

Waldkonflikte in Zeiten des Klimawandels

Eine sozial-ökologische Analyse

Anna S. Brietzke, Diana Hummel,
Michael Kreß-Ludwig, Martina Mund,
Engelbert Schramm, Deike U. Lüdtkke



Anna S. Brietzke^{1,2}, Diana Hummel^{1,3,4}, Michael Kreß-Ludwig¹, Martina Mund⁵,
Engelbert Schramm¹, Deike U. Lüdtké^{1,3}

¹ Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt am Main

² Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Archäologie und Kulturanthropologie, Abteilung für
Altamerikanistik und Ethnologie, Bonn

³ Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum (SBIK-F), Frankfurt am Main

⁴ Goethe Universität Frankfurt am Main, Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Internationale Beziehungen und
Internationale Politische Ökonomie, Frankfurt am Main

⁵ Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum Gotha/ThüringenForst, Referat Klimafolgen, Forschung und
Versuchswesen, Gotha

Waldkonflikte in Zeiten des Klimawandels

Eine sozial-ökologische Analyse

Impressum

Herausgeber:

Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH
Hamburger Allee 45
60486 Frankfurt am Main
www.isoe.de

Die PDF-Version ist unter <https://zenodo.org/records/17752447> sowie www.isoe-publikationen.de frei verfügbar.

CC-BY-SA 4.0 international

DOI: 10.5281/zenodo.17752447

ISSN 1614-8193

Die Reihe „ISOE-Materialien Soziale Ökologie“ setzt die Reihe „Materialien Soziale Ökologie (MSÖ)“ (ISSN: 1617-3120) fort.

Titelbild:

focus finder – stock.adobe.com

Zitiervorschlag:

Brietzke, Anna S., Diana Hummel, Michael Kreß-Ludwig, Martina Mund, Engelbert Schramm, Deike U. Lüdtké (2025):
Waldkonflikte in Zeiten des Klimawandels – Eine sozial-ökologische Analyse. ISOE-Materialien Soziale Ökologie 78.
Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). <https://doi.org/10.5281/zenodo.17752447>

Frankfurt am Main, 2025

Zu diesem Text

Waldwirtschaft, Naturschutz, Freizeitaktivitäten, Jagd und Klimaanpassung: Der Umgang mit dem Wald steht in Deutschland im Spannungsfeld vielfältiger Erwartungen und Herausforderungen, die sich angesichts des Klimawandels und der unterschiedlichen Politik der Bundesländer sehr verschieden ausgestalten. Das Forschungsprojekt „Konflikte um den Wald der Zukunft“ untersucht lokale Aushandlungsprozesse an zwei Fallbeispielen in deutschen Mittelgebirgsregionen, um zu verstehen, wie sich sozial-ökologische Konflikte in verschiedenen, verflochtenen Bereichen konkret ausgestalten. In beiden Fallbeispielen wurde an Runden Tischen eine Konfliktbearbeitung mit Mediationsverfahren erprobt.

Ziel der Publikation ist es, zentrale Charakteristika und Dynamiken lokaler Waldkonflikte zu identifizieren, praxisrelevante Ansätze der Konfliktbearbeitung aufzuzeigen und das bestehende Analyseschema sozial-ökologischer Konflikte weiterzuentwickeln. Auf Grundlage der Aushandlungen an den Runden Tischen werden Einblicke in die Wechselwirkungen zwischen ökologischen Bedingungen, sozialen Beziehungen und institutionellen Rahmenbedingungen gegeben. Die Ergebnisse tragen dazu bei, ein tieferes Verständnis der Konfliktdynamiken und ihrer möglichen Systemtransformationen im Kontext des Klimawandels zu entwickeln.

About this text

Forest management, nature conservation, leisure activities, hunting, and climate adaptation: The way in which the forest is dealt with is subject to a wide range of expectations and challenges in Germany, which vary greatly in light of climate change and the differing policies of the federal states. The research project 'Conflicts over the forest of the future' examines local negotiation processes based on two case studies in German low mountain range regions in order to understand how social-ecological conflicts take concrete shape in the different, interrelated fields. In both case studies, conflict transformation through mediation procedures was tested in round-table discussions.

The aim of the publication is to identify key characteristics and dynamics of local forest conflicts, highlight practical approaches to conflict transformation, and further develop the existing analytical framework for social-ecological conflicts. Based on the negotiations at the roundtables, the publication offers insights into the interactions between ecological conditions, social relationships, and institutional parameters. The results contribute to a deeper understanding of conflict dynamics and their potential for system transformations in the context of climate change.

Inhalt

| | | |
|----------|--|------------|
| 1 | Einleitung | 5 |
| 1.1 | Hintergrund | 5 |
| 1.2 | Ziele der Publikation | 5 |
| 1.3 | Stand der Forschung | 6 |
| 1.4 | Aufbau der Publikation | 7 |
| 2 | Unsere Perspektive auf sozial-ökologische Waldkonflikte | 8 |
| 2.1 | Sozial-ökologische Konfliktanalyse | 8 |
| 2.2 | Konfliktbearbeitung und -transformation | 9 |
| 2.3 | Vorgehen der Konfliktbearbeitung: Mediation an Runden Tischen | 9 |
| 2.4 | Auswahl der Fallbeispiele, Erhebung und Auswertung des empirischen Materials | 12 |
| 2.5 | Analyseschema für sozial-ökologische Waldkonflikte | 13 |
| 2.5.1 | Regionalspezifische Rahmenbedingungen | 13 |
| 2.5.2 | Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung | 14 |
| 2.5.3 | Konfliktbearbeitung | 17 |
| 3 | Sozial-ökologische Konfliktanalyse der Fallbeispiele | 19 |
| 3.1 | Fallbeispiel 1: „Schieferwald“ | 19 |
| 3.1.1 | Regionalspezifische Rahmenbedingungen | 19 |
| 3.1.2 | Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung | 23 |
| 3.1.3 | Konfliktbearbeitung | 44 |
| 3.1.4 | Zwischenfazit | 48 |
| 3.2 | Fallbeispiel 2: „Basaltwald“ | 50 |
| 3.2.1 | Regionalspezifische Rahmenbedingungen | 50 |
| 3.2.2 | Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung | 55 |
| 3.2.3 | Konfliktbearbeitung | 76 |
| 3.2.4 | Zwischenfazit | 81 |
| 4 | Übergeordnete Schlussfolgerungen | 84 |
| 4.1 | Dynamiken lokaler Waldkonflikte | 84 |
| 4.2 | Erkenntnisse zur Konfliktbearbeitung am Runden Tisch | 89 |
| 5 | Fazit | 95 |
| | Abkürzungen | 97 |
| | Material | 97 |
| | Literatur | 98 |
| | Danksagung | 100 |

1 Einleitung

1.1 Hintergrund

Vielfältige Perspektiven zum „Wald der Zukunft“ werden derzeit deutschlandweit thematisiert und von zahlreichen Akteuren ausgehandelt: Welcher Umgang mit Kahlf Flächen ist richtig? Welche Baumarten sind angesichts des Klimawandels geeignet? Welche Rolle spielen Wildbestände für nachwachsende Wälder? Welche Arten und Biotope sollten unbedingt geschützt und erhalten werden? Was bedeuten die Veränderungen durch den Klimawandel für den Klima- und Wasserschutz sowie für Erholung und Tourismus im Wald? Kurzum: Wie soll angesichts des Klimawandels der Umgang mit dem Wald ausgestaltet werden, damit dieser zum einen für die Zukunft bestmöglich gewappnet ist und zum anderen möglichst den vielfältigen Erwartungen gerecht wird?

Diese Fragen stellen sich von Wald zu Wald unterschiedlich (Niemelä et al. 2005), denn nicht nur lokale Gegebenheiten wie Baumarten, Topografie und Klima unterscheiden sich je nach Region. Auch die gewachsenen persönlichen Beziehungen der Akteure, die (auch historisch unterschiedliche) Nutzung des Waldes, die für den spezifischen Wald in Deutschland als „Forsteinrichtung“ vorhandene Zehn-Jahresplanung sowie das Zusammenspiel von Bodenbeschaffenheit und Pflanzenaufwuchs sind je nach Waldgebiet so verschieden (Brietzke et al. 2025), dass es sich geradezu aufdrängt, die Konflikte¹ um den Wald der Zukunft im Kleinen zu betrachten.

Im Forschungsprojekt „Konflikte um den Wald der Zukunft – Analyse und kooperative Bearbeitung von waldbezogenen Aushandlungsprozessen im Kontext des Klimawandels“² haben wir Konfliktanalyse (siehe 2.1) und Konfliktbearbeitung (siehe 2.2) miteinander verknüpft. Ausgehend von sieben Konflikten in Mittelgebirgsregionen verschiedener Bundesländer wurden zwei Fälle genauer untersucht. In beiden Fallbeispielen wurden unter Anwendung von Mediationsverfahren Runde Tische durchgeführt. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen drei zentrale Fragen: 1) Wie manifestieren sich Konflikte um den Wald der Zukunft auf lokaler Ebene und welche charakteristischen Merkmale und Dynamiken lassen sich dabei erkennen? 2) Wie hat sich in den Fallbeispielen die Konfliktbearbeitung ausgestaltet? 3) Inwieweit lassen sich die Ergebnisse und Erkenntnisse hieraus auf andere Regionen oder Fälle übertragen?

1.2 Ziele der Publikation

In diesem Text beschreiben und analysieren wir lokale Waldkonflikte in ihrer Komplexität anhand eines Analyseschemas für sozial-ökologische Konflikte (Fickel & Hummel 2019, Frick-Trzebitzky et al. 2021). Ziel der Publikation ist es, auf Basis empirischer Fallbeispiele lokaler Waldkonflikte erstens deren zentrale Charakteristika und Dynamiken zu identifizieren und zu verstehen, zweitens praxisrelevante Ansätze der Konfliktbearbeitung aufzuzeigen und drittens das zugrundeliegende Analyseschema sozial-ökologischer Konflikte methodisch weiterzuentwickeln.

Im Zentrum steht hingegen nicht die Klärung der Frage, welche Argumente und Positionen als legitim oder zutreffend gelten. Vielmehr sollen unterschiedliche Formen der Beziehung zum Wald als gleichwertige Ausdrucksformen sozial-ökologischer Wirklichkeiten anerkannt, nachvollzogen und sichtbar gemacht werden. Dies schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Aussagen analytisch geprüft oder hinsichtlich ihrer Funktion im Konfliktgeschehen eingeordnet werden.

¹ Hier und im Folgenden definieren wir Konflikt nach Glasl (1999): In einem Konflikt ist die Interaktion zwischen den Akteuren (Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen) durch unterschiedliche Wahrnehmungen, Emotionen oder Interessen gekennzeichnet, und mindestens eine Partei fühlt sich durch das Verhalten einer anderen Partei beeinträchtigt oder eingeschränkt.

² Das Forschungsprojekt wurde zwischen Oktober 2022 und Oktober 2025 am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) durchgeführt. Es wurde gefördert vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) mit dem Förderkennzeichen 2220NR234X.

1.3 Stand der Forschung

Waldkonflikte sind in Europa zwar seit vielen Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Doch obwohl Eckerberg & Sandström (2013: 3) das Thema in ihrem Editorial des *Special Issue: Forest Land Use and Conflict Management: Global Issues and Lessons Learned* bereits vor mehr als zehn Jahren als wachsendes Forschungsfeld bezeichnen, wird es innerhalb der Waldforschung nach wie vor eher marginal berücksichtigt. Viele der vorhandenen Studien eint die Perspektive, dass Konflikte nicht nur problematisch sind, sondern ebenso Wandel anstoßen und neue Ideen hervorbringen können. Dementsprechend wird über die Analyse von Konflikten hinaus häufig diskutiert, wie gelingendes Konfliktmanagement gestaltet werden kann (z. B. Hellström 2001, Sarkki 2008, Eckerberg & Sandström 2013, Niemelä et al. 2005). Bereits in frühen Arbeiten (Hellström 2001, Niemelä et al. 2005) wird betont, dass sich die wenigsten Konflikte „lösen“ lassen. Stattdessen komme es darauf an, die Kommunikation zwischen den Akteuren zu fördern, Perspektivwechsel zu ermöglichen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu stärken.

Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Energiewende haben Waldkonflikte in den letzten Jahren verschärft oder neue hervorgebracht. So untersuchten O'Brien et al. (2025) jüngst Konflikte im Kontext der Wiederherstellung des Waldes (*forest restoration*). Die Autor*innen zeigen, dass unterschiedliche Werthaltungen, Interessen und Problemdeutungen zu konkurrierenden Vorstellungen von „Wiederherstellung“ führen. Dies kann Konflikte verschärfen. Sie plädieren daher dafür, zugrundeliegende Werte- und Wissenssysteme frühzeitig in politische Prozesse einzubeziehen.

Auch in Deutschland wird die Rolle des Klimawandels in Diskursen um nachhaltige Waldbewirtschaftung untersucht. Bereits Winkel et al. (2011) zeigen, dass sowohl Naturschutz- als auch Forstakteure das Argument Klimawandel strategisch nutzen, um ihre politischen Ziele zu untermauern. Milad et al. (2012) greifen ähnliche Fragen auf und analysierten naturschutzfachliche und forstwirtschaftliche Vorstellungen vom Umgang mit klimawandelbedingten Veränderungen im Wald. Da die Auswirkungen des Klimawandels im Wald jedoch für viele Akteure erst in den letzten Jahren deutlich erfahrbar wurden, stellt sich nun die Frage, wie sie mit dieser Situation tatsächlich umgehen. In einer jüngeren Studie stellen Mack et al. (2023) anhand einer Medienanalyse dar, welche Akteure sich medial wie über das derzeitige sogenannte „Waldsterben 2.0“ äußern. Sie identifizieren Polarisierungen zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz und zeigen gleichzeitig auf, dass beide Gruppen durchaus fragmentiert und nicht eindeutig voneinander abzugrenzen sind, wie häufig angenommen (ebd.: 11). Offen bleibt jedoch, wie sich die Debatten lokal ausgestalten und welche Rolle konkrete Waldgebiete dabei spielen. Anknüpfen lässt sich dabei etwa an die Forschung von Müller & Imhof (2019), die am Beispiel Nationalpark Bayerischer Wald zeigen, wie lokale Akteure im Kontext absterbender Fichtenflächen die Bedeutungen von Wald neu aushandeln und inwiefern dies bestehende Konflikte über das Landschaftsmanagement prägt. Da für die Analyse vorwiegend Zeitungsartikel herangezogen wurden, stellt sich jedoch auch hier die Frage, wie sich die Akteure jenseits medialer Repräsentation begegnen.

Diese offenen Fragen verdeutlichen, dass Waldkonflikte nicht nur als diskursive Interessengegensätze verstanden werden sollten. Vielmehr bedarf es einer Untersuchung ihrer konkreten Bedeutungszuschreibungen im lokalen Kontext sowie der Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren. Dabei spielen insbesondere die Wechselwirkungen und Interdependenzen zwischen sozialen und physischen Strukturen und Prozessen eine zentrale Rolle. Ein tieferes Verständnis dieser Zusammenhänge setzt die Analyse der standortspezifischen Bedingungen, Parameter und Dynamiken lokaler Waldkonflikte voraus (Brietzke et al. 2025). Zudem sind die Akteurskonstellationen in lokalen Kontexten häufig deutlich komplexer (sowohl heterogener in der Zusammensetzung als auch hinsichtlich der Vielschichtigkeit der zugrundeliegenden Interessen, Bedürfnisse und Handlungsebenen) als die vor allem untersuchten Konfliktlinien zwischen Forstwirtschaft und Natur-

schutz. In diesem Zusammenhang ist es auch wesentlich, die verschiedenen Formen der Beziehung zwischen Menschen, Gesellschaft und Wald zu berücksichtigen. Halla et al. (2023) weisen darauf hin, dass diese Beziehungen entscheidend zur Entstehung und Eskalation von Konflikten beitragen können.

1.4 Aufbau der Publikation

Diese Publikation soll einen Beitrag dazu leisten, die beschriebene Forschungslücke hinsichtlich konkreter lokaler Dynamiken, sozial-ökologischer Wechselwirkungen sowie Prozessen der Konflikttransformation zu schließen. Dafür kombiniert sie empirische Fallanalysen mit methodischen Reflexionen.

Der Text ist in fünf Kapitel gegliedert. In der Einleitung haben wir in das Thema, die Zielsetzung und den Forschungskontext eingeführt. Das folgende Kapitel 2 erläutert unsere Perspektive auf sozial-ökologische Waldkonflikte. Nach einer knappen Einführung in die sozial-ökologische Konfliktanalyse sowie in unser Verständnis der Konfliktbearbeitung und -transformation stellen wir unser methodisches Konzept zur Analyse und Bearbeitung von Waldkonflikten vor. Dazu zählen die Beschreibung des eingesetzten Mediationsverfahrens sowie des Vorgehens, empirisches Material zu gewinnen und dieses auszuwerten. Abschließend präsentieren wir das weiterentwickelte Analyseschema, das als Grundlage für die folgende Untersuchung der Konflikte dient. Kapitel 3 bildet den empirischen Kern der Publikation: die sozial-ökologische Konfliktanalyse zweier Fallbeispiele. Für jedes Beispiel werden zunächst die Akteure skizziert und die wesentlichen ortsspezifischen (sozial-)ökologischen Strukturen und Prozesse betrachtet, worauf eine disziplinübergreifende Konfliktbeschreibung sowie die Darstellung der Konfliktbearbeitung und deren Auswirkungen aufbauen. In Kapitel 4 heben wir zentrale Erkenntnisse aus den Fallanalysen hervor und reflektieren sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für Forschung und Praxis. Im abschließenden Fazit in Kapitel 5 reflektieren wir die Anpassung und Anwendung des Analyseschemas, diskutieren die Übertragbarkeit der Ergebnisse und formulieren Anknüpfungspunkte für weiterführende Forschungsfragen.

2 Unsere Perspektive auf sozial-ökologische Waldkonflikte

In unserem Forschungsprojekt sind wir problemorientiert vorgegangen. Zentrale Grundlage ist dabei die Verwobenheit der Analyse von Konflikten mit ihrer Bearbeitung und damit auch mit Versuchen ihrer „Lösung“. Letztlich baut ein (proaktives) Gestalten der Konflikte auf einem möglichst adäquaten Verstehen der Konflikte auf. Die Analyse zielt daher nicht allein auf ein vertieftes Verständnis des Konfliktfeldes, sondern auch auf handlungsrelevantes Wissen, das eine gemeinsame Bearbeitung von Konflikten überhaupt erst ermöglicht. Gleichzeitig erlaubt die praktische Konfliktbearbeitung, etwa in einem Mediationsverfahren, vertiefte Einblicke in Zusammenhänge und Dynamiken – vor allem durch die Äußerungen der Konfliktbeteiligten. Einen entsprechenden Ansatz zur sozial-ökologischen Analyse und Bearbeitung von Waldkonflikten haben einige der Autor*innen dieses Textes in einer früheren Publikation entwickelt (Brietzke et al. 2025). Darin wird betont, dass eine sozial-ökologische Perspektive für beide Prozesse zentral ist: Das Verständnis standortspezifischer Bedingungen, sozialer und sozial-ökologischer Zusammenhänge ist für die Analyse und Bearbeitung der Konflikte gleichermaßen unerlässlich.

In diesem Kapitel stellen wir zunächst unseren konzeptionellen Ansatz zur Konfliktanalyse (2.1) sowie zur Konfliktbearbeitung und -transformation (2.2) vor. Darauf aufbauend beschreiben wir, wie wir methodisch vorgegangen sind: Dazu gehören die Konfliktbearbeitung in Form einer Mediation im Rahmen Runder Tische (2.3), die Wahl der Fallbeispiele sowie das Erheben und Auswerten des empirischen Materials (2.4). Abschließend erläutern wir das Analyseschema, das wir zur Untersuchung sozial-ökologischer Waldkonflikte weiterentwickelt haben (2.5).

2.1 Sozial-ökologische Konfliktanalyse

Der Klimawandel, der Druck auf die Biodiversität der Wälder sowie widerstreitende Ansprüche hinsichtlich deren Schutzes und Nutzung können aus sozial-ökologischer Perspektive als Merkmale krisenhafter Entwicklungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse beschrieben werden – somit als Merkmale der unterschiedlichen Formen, in denen Akteure und Gesellschaften ihre Beziehungen zur Natur regulieren und gestalten (Becker & Jahn 2006; Hummel et al. 2017). Diese Entwicklungen führen vermehrt zu Situationen, in denen diese Beziehungen neu auszuhandeln oder neu anzupassen sind. Um damit zusammenhängende Konflikte zu untersuchen, greifen wir auf ein Analyseschema zurück, das als Rahmen für eine disziplinübergreifende Analyse von Konflikten um das Management und den Schutz von Biodiversität konzipiert wurde (Fickel & Hummel 2019). Das Analyseschema wurde auch für weitere Problemlagen empirisch angewandt, etwa die Analyse von Konflikten im Kontext von Fließgewässern (Fickel et al. 2019, Frick-Trzebitzky et al. 2021). Es baut auf der Erkenntnis auf, dass sich gesellschaftliche Handlungsmuster und natürliche Wirkungszusammenhänge wechselseitig beeinflussen und somit komplexe Krisendynamiken auslösen können. Werden Konflikte im Waldkontext als sozial-ökologischer Systemzusammenhang analysiert, rücken die Verwobenheit und Interaktion von sozialen und physischen Strukturen und Prozessen in den sozial-ökologischen Systemen (SES) der Wälder ins Zentrum der Betrachtung. So lassen sich, auf den Naturwissenschaften aufbauend, interdisziplinäre Erkenntnisse über Veränderungen der Wälder (und deren Biodiversität und Ökosystemfunktionen sowie den genutzten Ökosystemleistungen) mit sozialwissenschaftlichen Perspektiven auf die Akteure bzw. Konfliktparteien in ihren aktuellen (auch historisch bedingten) Konstellationen untersuchen (Brietzke et al. 2025).

2.2 Konfliktbearbeitung und -transformation

Wie zuvor beschrieben, geht es bei der sozial-ökologischen Analyse von Waldkonflikten um eine systematische Berücksichtigung der Interaktionen und Wechselwirkungen zwischen sozialen und physischen Strukturen und Prozessen.

Bei der Bearbeitung bzw. der Transformation von Konflikten wiederum liegt der Schwerpunkt auf einer grundlegenden Veränderung der Beziehungen zwischen den an einem Konflikt beteiligten Parteien sowie auf deren gemeinsamer Lösungssuche. Dies kann nur erreicht werden, wenn der Kontext und die historischen Aspekte, die dem Konflikt zugrunde liegen, berücksichtigt werden und alle am Konflikt beteiligten Parteien ihre Rolle im Umgang mit dem Konflikt erkennen (Lederach 2014, Miall 2004). Bei einer Konflikttransformation geht es nicht allein um die Beendigung unerwünschter Zustände. Sie unterscheidet sich damit vom klassischen Konfliktmanagement: Dort können auch symbolische Wirkungen im Vordergrund stehen oder die Suche nach möglichst einfachen und leicht realisierbaren Lösungen und deren Verwirklichung. Werden die Ursachen des Konflikts jedoch nicht oder nur unzureichend angesprochen, kann in der Folge leicht ein weiterer Konflikt resultieren. Bei einer Konflikttransformation hingegen wird ein Konflikt vielmehr als ein dynamisches Beziehungsumfeld verstanden, in dem sich Konflikteskalation und -deeskalation abwechseln können. Dadurch entstehen Dynamiken, mit denen sich konstruktive Veränderungen erreichen lassen. Der Konflikt kann mittel- bis langfristig transformiert werden, wenn die Konfliktparteien das jeweilige Problem als eine Gelegenheit sehen, auf Symptome einzugehen und Beziehungen zu bearbeiten (Lederach 2014).

Eine lokale Konflikttransformation ermöglicht die Entwicklung und Umsetzung konkreter ortsspezifischer Strategien im Umgang mit dem Wald (Brietzke et al. 2025). Auf lokaler Ebene werden Akteure an Grenzen ihres Handlungsspielraums stoßen, aber insgesamt können Konflikte zu positiven Veränderungen für ein bestimmtes sozial-ökologisches System führen und als Ansatzpunkte für sozial-ökologischen Wandel verstanden werden. Wenn sich die beteiligten Akteure auf die Reflexion einlassen und den gemeinsamen Umgang mit dem Konflikt als Lernprozess begreifen, können sie sowohl Wissen über den Wald austauschen als auch lernen, einander zu verstehen und zu vertrauen (Sotirov et al. 2017). Im besten Fall begünstigt eine Konflikttransformation also gleichzeitig soziales Lernen und einen anpassungsfähigen Umgang mit dem Wald (Brietzke et al. 2025).

2.3 Vorgehen der Konfliktbearbeitung: Mediation an Runden Tischen

Methoden der Mediation können einen Prozess der Konflikttransformation unterstützen. Wir haben hier das offene Beteiligungsformat „Runder Tisch“ (Wachinger et al. 2020) mit mediationsbasierten Elementen kombiniert, um Konflikttanalyse und -bearbeitung eng miteinander zu verzahnen. Der Runde Tisch dient dabei als Plattform, um unterschiedliche Sichtweisen und Interessen zu einem bestimmten Thema zusammenzubringen und gemeinsam über mögliche Umgangsweisen zu beraten.

Ein zentrales Prinzip des Runden Tisches ist, dass alle relevanten Interessen vertreten und alle Teilnehmenden gleichberechtigt sind. Bei der Auswahl der Teilnehmenden ist daher zentral, möglichst alle Blickwinkel und betroffenen Gruppen einzubeziehen. Dadurch ist gewährleistet, dass die Diskussion nicht nur ausgewogen, sondern auch hinsichtlich der für den Konflikt relevanten Interessen, Betroffenheiten und Perspektiven repräsentativ ist. So können unterschiedliche Fachkompetenzen, Erfahrungen und Bewertungen in einem produktiven Austausch zusammengeführt und gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Der Runde Tisch schafft damit idealerweise Raum für eine gleichberechtigte Diskussion und unterstützt die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren. Dabei werden bestehende Meinungsverschiedenheiten sowie Konflikte

deutlich. Zugleich kann das Format zu einem Verständnis der unterschiedlichen Positionen beitragen und es erlauben, den Konflikt gemeinsam zu betrachten und zu thematisieren.

Um am Runden Tisch die Konfliktbearbeitung zu vertiefen und ergebnisorientiert zu gestalten, haben wir diesen gezielt um Mediationselemente ergänzt. Mediation ist ein methodisch strukturiertes Verfahren, das durch eine neutrale Moderation gesteuert wird und auf eine einvernehmliche und verbindliche Lösung bestehender Konflikte abzielt (Besemer 2009, Tenczek et al. 2017). Während ein Runder Tisch nicht notwendigerweise verbindliche Ergebnisse anstrebt, sondern den Austausch zwischen unterschiedlichen Interessenlagen in den Mittelpunkt stellt, ermöglichen die mediationsbasierten Elemente eine strukturierte Gesprächsführung und fördern das gemeinsame Erarbeiten von Empfehlungen, die alle Beteiligten mittragen können. Die resultierende Bearbeitung von Konflikten im Rahmen Runder Tische erlaubt damit nicht nur, Argumente auszutauschen, sondern es kann auch gegenseitiges Verständnis geschaffen und an der Integration verschiedener Standpunkte gearbeitet werden.

Im Projekt wurde die Konfliktbearbeitung entlang eines phasenorientierten Vorgehens strukturiert (Abbildung 1), das sich an etablierten Modellen der Mediation orientiert (z. B. Besemer 2009, Tenczek et al. 2017). Der Mediationsprozess folgt einem aufeinander aufbauenden, iterativen Grundschemata, dessen einzelne Phasen im Projekt mit spezifischen Methoden ausgestaltet wurden. Diese Phasen sind im Folgenden beschrieben und anhand der Umsetzung in den Runden Tischen der Fallbeispiele veranschaulicht.

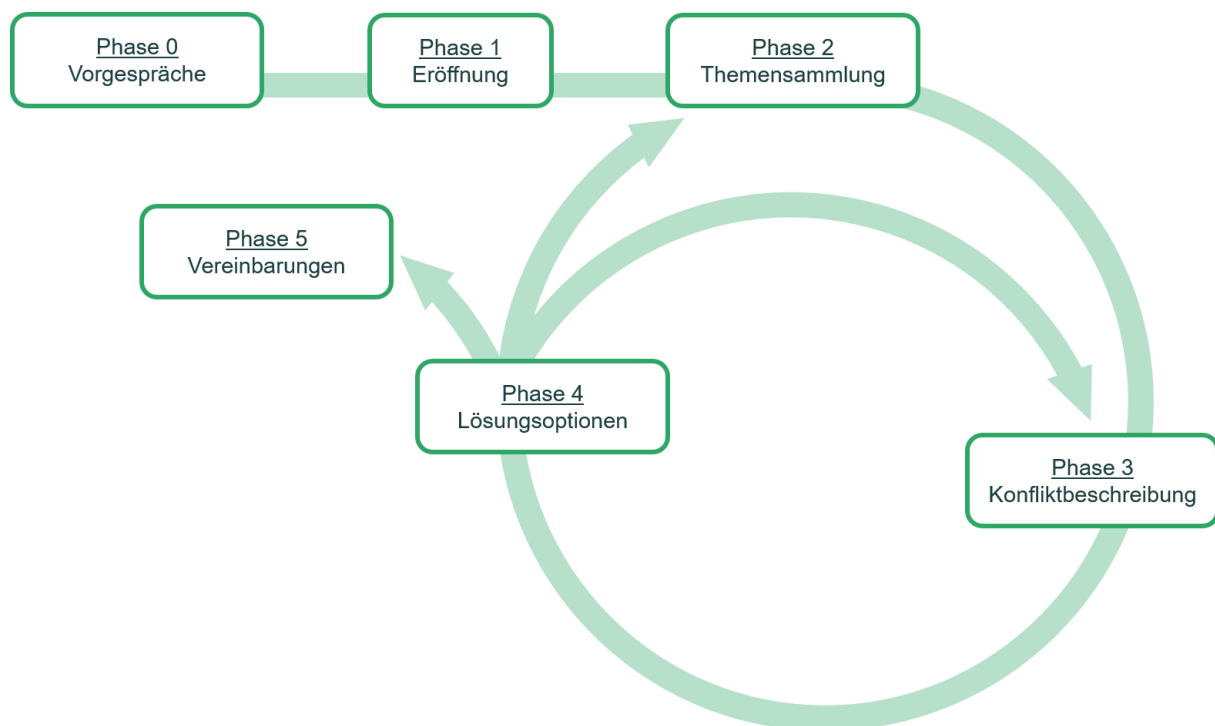


Abbildung 1: Phasen der Mediation, wie sie idealtypisch während der Konfliktbearbeitung an Runden Tischen Anwendung finden können, in Anlehnung an Besemer 2009 und Tenczek et al. 2017.

Phase 0: Zusammenstellung der Interessen und Beteiligten

In der Vorphase werden alle relevanten Akteure (basierend auf einer zuvor stattgefundenen Akteursanalyse und ersten bilateralen Gesprächen) angesprochen und eingeladen: Alle wesentlichen Interessen und Perspektiven sollen durch mindestens eine Person vertreten sein. In dieser Phase findet eine erste Erfassung des vordergründigen Konflikts aus der Sicht mehrerer Akteursgruppen statt. Die Akteure können ihre Sicht des Konfliktgegenstandes bilateral schildern und ergänzende

Vorschläge machen, welche Personen oder Interessen in den Prozess einzubeziehen sind. Zusätzlich werden organisatorische Aspekte des Runden Tisches geregelt, wie z. B. die Festlegung von Termin und Ort.

Phase 1: Eröffnung

Beim Auftakt des Runden Tisches findet ein erstes Kennenlernen aller Teilnehmenden statt. Der Ablauf des Runden Tisches, die Rahmenbedingungen sowie die Umgangsregeln des Prozesses (z. B. Freiwilligkeit, Datenschutz, Vertraulichkeit und Transparenz, Entscheidungsbefugnisse, Ergebnisoffenheit, Gesprächsregeln, Weitergabe von Informationen) werden gemeinsam festgelegt und schriftlich dokumentiert. Die Teilnehmenden entscheiden dabei auch gemeinsam, ob und zu welchem Zeitpunkt Inhalte für eine Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden dürfen oder die Presse informiert wird.

Phase 2: Themensammlung

Alle Teilnehmenden benennen und beschreiben individuell alle Themen und Fragen, die am Runden Tisch behandelt werden sollen. Diese werden für alle sichtbar dokumentiert und, wo möglich, thematisch gebündelt. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Teilnehmenden sich gegenseitig zuhören und keine Unterbrechungen oder Diskussionen stattfinden – allerdings sollten Verständnisfragen direkt geklärt werden. Falls mehrere Themengruppen genannt werden, entscheiden die Teilnehmenden in einem nächsten Schritt gemeinsam, mit welchen Themen sie die Bearbeitung beginnen möchten.

Phase 3: Beschreibung der Perspektiven, Interessen, Hintergründe und Bewertungen eines Themas

Nach der Entscheidung für ein bestimmtes Thema stellen alle Teilnehmenden ihre Sicht dazu dar. Hierbei sollen tieferliegende Motive, Bedürfnisse, Interessen und Hintergründe aufgedeckt und mit allen Teilnehmenden geteilt werden. Ziel ist es, ein gegenseitiges Verständnis zu schaffen, ohne dass bereits eine Übereinstimmung erforderlich ist. Der Übergang zu Phase 4 kann fließend sein.

Phase 4: Gemeinsame Bearbeitung, Ideensammlung und Entwicklung der Lösungsoptionen

Gemeinsam werden unterschiedliche Lösungsoptionen gesammelt und entwickelt. Dabei kann der Einsatz unterschiedlicher Kreativitätstechniken oder systemischer Methoden unterstützen (z. B. Brainstorming, Ortsbegehungen, partizipative Kartengestaltung oder „World Cafés“). Vorschläge für Lösungen werden gesammelt und diskutiert. Anschließend wird gemeinsam bewertet, welche Optionen realisierbar und konsensfähig sind. Danach wird festgehalten, welche Lösungsoptionen weiterverfolgt und in die Abschlussvereinbarung aufgenommen werden sollen (siehe Phase 5). Weitere Themen aus Phase 2 können anschließend in derselben Abfolge (von Phase 3 und 4) bearbeitet werden.

Phase 5: Gemeinsam getroffene (Abschluss-)Vereinbarungen

Abschließend wird eine gemeinsame Entscheidung zu den Lösungen getroffen, mit denen alle Teilnehmenden einverstanden sind. Die Einigung wird als Abschlussvereinbarung schriftlich ausgearbeitet und von den Teilnehmenden unterschrieben. Falls erforderlich, können die am Runden Tisch getroffenen Entscheidungen dann in die behördliche Umsetzung bzw. in die Beschlussfassung durch die repräsentativen Gremien eingebracht werden.

Um eine Trennung zwischen den fachlichen Rollen (z. B. wissenschaftliche Begleitung des Prozesses, Konfliktanalyse) und der Moderationsrolle (z. B. Gesprächsführung, Konfliktdeeskalation) sicherzustellen, haben wir die Moderation der Runden Tische bewusst an eine externe Mediatorin übertragen.

2.4 Auswahl der Fallbeispiele, Erhebung und Auswertung des empirischen Materials

Die beschriebenen Konfliktanalysen und -bearbeitungen haben wir in konkreten Fallbeispielen durchgeführt. Diese wurden so gewählt, dass sie jeweils eines der in einer Vorrecherche als besonders relevant und aktuell definierten Konfliktfelder abdecken: Wiederbewaldung, Management bestehender Schutzgebiete und Waldbrandrisiken. Darüber hinaus wurde hinsichtlich der Regionen, der Waldökosysteme und der Akteurskonstellationen auf Heterogenität geachtet. Unser Forschungsprojekt sah vor, zwei Fallbeispiele vertieft zu bearbeiten. Da jedoch nicht davon auszugehen war, dass sich alle Fallbeispiele zu einem vollständigen Mediationsprozess bereiterklären würden, haben wir zunächst in drei potenziellen Fallbeispielen Auftakttreffen des Runden Tisches veranstaltet. In zwei Fällen befürworteten die Teilnehmenden eine Fortsetzung des Runden Tisches, woraufhin wir jeweils drei weitere Sitzungen durchführten (siehe 2.3), die wir wissenschaftlich begleiteten und auswerteten. Im dritten Fall endete der Prozess nach dem ersten Treffen. Die Teilnehmenden stuften die von ihnen identifizierten Herausforderungen als außerhalb ihres Handlungsspielraums ein und sahen keinen Bedarf für eine weitere gemeinsame Konfliktbearbeitung.

Für die Erhebung des empirischen Materials wurden die Sitzungen der Runden Tische bewusst nicht aufgezeichnet, um eine möglichst offene und ungezwungene Gesprächsatmosphäre zu ermöglichen. Stattdessen wurden die Sitzungen schriftlich dokumentiert und die notierten Stichpunkte wurden am Folgetag als Gesprächsprotokoll ausformuliert. Anders als ein Transkript enthalten diese Protokolle neben wörtlichen auch sinngemäße Wiedergaben und weisen auch Lücken auf (da schon in diesem Schritt eine Auswahl getroffen wurde, welche Inhalte für die Diskussion besonders relevant erscheinen). Ergänzend wurden in den Mitschriften nonverbale Elemente wie Gesten und Blicke beschrieben. Jede Sitzung wurde von zwei Personen protokolliert. Die Mitschriften wurden im Anschluss abgeglichen und zusammengeführt, was zur intersubjektiven Nachvollziehbarkeit der Beobachtungen beitrug.

Für die Auswertung des empirischen Materials haben wir das Analyseschema für sozial-ökologische Konflikte von Fickel & Hummel (2019) und Frick-Trzebitzky et al. (2021) herangezogen und abgeändert (siehe 2.5). Aus dem überarbeiteten Analyseschema haben wir Codes abgeleitet und die Protokolle der Runden Tische in MAXQDA nach den angegebenen Kategorien codiert. Das Ziel war, wiederkehrende Muster sozial-ökologischer Interaktionen und Konfliktkomponenten systematisch zu erfassen. Die qualitative Analyse der Codierungen erfolgte fortlaufend im Schreibprozess.

Damit die genannten Akteure anonym bleiben und gleichzeitig die relevanten Aspekte der Konfliktanalyse benannt werden können, pseudonymisieren wir sowohl die Waldgebiete als auch die Akteure. Die Wälder heißen in diesem Text basierend auf ihrer vorwiegenden Bodenstruktur „Schieferwald“ und „Basaltwald“. Diese Namen benennen ein wichtiges Merkmal des jeweiligen Waldes und lassen gleichzeitig Raum für die Komplexität der Konflikte und die Vielfalt der Waldbeziehungen. Auch die Akteure sind pseudonymisiert, indem Alter und Geschlecht, aber auch weitere Kontexte nicht erwähnt werden. Sofern bei den Akteuren Personalunionen vorlagen, wurden diese in der Analyse aufgelöst und den jeweiligen Positionen zugeordnet. Da die vollständige Nennung der verwendeten Dokumente ebenfalls Rückschlüsse auf die Waldgebiete und Akteure zulassen könnte, wurden die Quellen der Dokumente ebenfalls pseudonymisiert und Größenangaben gerundet.

2.5 Analyseschema für sozial-ökologische Waldkonflikte

Für die sozial-ökologische Konfliktanalyse (siehe 2.1) greifen wir auf das Analyseschema von Fickel & Hummel (2019) zurück. Die Autor*innen betonen, dass ihr Schema abhängig von der jeweiligen Fragestellung flexibel anzupassen ist (2019: 17). Auch der Umfang der Bearbeitung einzelner Kategorien des Schemas richtet sich entsprechend nach dem spezifischen Problem. Um das Analyseschema besser an unsere Forschung anzupassen, haben wir sowohl die Struktur wie auch einzelne Kategorien überarbeitet. Die einzelnen Aspekte dessen stellen wir nachfolgend vor. Eine zusammenfassende Darstellung bietet Tabelle 1 am Ende des Abschnitts.

2.5.1 Regionalspezifische Rahmenbedingungen

Um sozial-ökologische Konflikte zu verstehen, ist es notwendig, die regionalspezifischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, soweit sie konfliktrelevant sind. (Sozial-)Ökologische Kompetenzen und Erfahrungen erlauben es, Wirkungszusammenhänge, wie z. B. jene zwischen Ökosystemen und sozialer Praxis, zu rekonstruieren oder auch die Relevanz von ökologischen Veränderungen für den Konflikt aufzuzeigen.

Akteure

Wir beginnen daher die Darstellung der Fallbeispiele damit, die an den Runden Tischen beteiligten Akteure zu beschreiben. Sie alle sind auf verschiedene Weise vom Konfliktgeschehen betroffen und motiviert, dieses mitzugestalten, verfügen aber über unterschiedlich großes Ausmaß an Einflussmöglichkeiten (Fickel & Hummel 2019: 19).

Standortbedingungen

In beiden Fallbeispielen geben wir zuerst einen kurzen Überblick über die Waldgebiete, indem wir relevante Standortbedingungen beschreiben. So lassen sich die relevanten Gegebenheiten vor Ort einordnen, ohne dass die konkreten Gebiete offengelegt werden.

Konfliktrelevante Kategorien

Darauf aufbauend vertiefen wir bei jedem Fallbeispiel entsprechende Kategorien, die sich an den von den Teilnehmenden am Runden Tisch ausgewählten Themen orientieren. Diese Kategorien können also je nach lokalen Standortbedingungen, Akteuren und Konfliktgegenständen unterschiedlich sein. Beispielsweise spielt in Fallbeispiel 1 die Wildsituation eine Rolle, die in Fallbeispiel 2 nicht zur Sprache kam. Im Gegensatz dazu waren besonders geschützte Arten Gegenstand des Konflikts in Fallbeispiel 2.

Ökosystemfunktionen und -leistungen

Abschließend stellen wir – soweit möglich – die Ökosystemfunktionen und -leistungen dar, die die teilnehmenden Akteure im jeweiligen Fallbeispiel als relevant erachteten. Allgemein tragen die Ökosystemfunktionen zum Erhalt und der Funktionsfähigkeit des Ökosystems bei. Durch den Schutz von Wasser, Boden, Klima und Biodiversität können gleichzeitig unterschiedliche Ökosystemleistungen in Anspruch genommen werden und bieten im Kontext Wald darüber hinaus z. B. Raum für Erholung, Holznutzung und Jagd.

2.5.2 Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung

In der daran anschließenden sozial-ökologischen Konfliktbeschreibung zeigen wir, wie sich die Waldkonflikte vor Ort jeweils konkret ausgestalten.

Konfliktgegenstände

Ein erster Blick darauf, worum es den Beteiligten geht und woran sich die Konflikte entzünden, hilft dabei, die komplexen Zusammenhänge ausdifferenzieren und zu verstehen (Fickel & Hummel 2019: 8). Daher geben wir zunächst einen Überblick über die Konfliktgegenstände, die für die am Runden Tisch vertretenen Parteien relevant waren und verhandelt wurden.

Nutzungsdynamiken

Um die Konflikte jedoch in ihrer Tiefe und Dynamik zu erfassen, sind auch die dahinterliegenden Bedeutungen und Strukturen zu berücksichtigen, die nicht unmittelbar erkennbar sind, aber das Konfliktgeschehen wesentlich prägen. Daher richten wir den Blick anschließend auf die Nutzungsdynamiken von Biodiversität und Ökosystemleistungen und die damit verbundenen sozial-ökologischen Handlungen der Akteure. Nutzungsdynamiken umfassen das Management und die Nutzung von Biodiversität und Ökosystemleistungen, aber auch Handlungen mit möglichen nicht-intendierten Folgen (Fickel & Hummel 2019: 22). Einzelne Stränge dieser Nutzungsdynamiken sind wiederum als *sozial-ökologische Handlungen* (ebd.: 23) der Akteure zu verstehen.

Betrachtet man den Wald als SES, prägen vier verflochtene Dimensionen die sozial-ökologischen Prozesse und Strukturen (Abbildung 2). Wir bezeichnen sie als Gestaltungsdimensionen (Hummel et al. 2023: 22), da sie die Regulation des sozial-ökologischen Waldsystems maßgeblich prägen und sowohl Treiber von Konflikten als auch Ansatzpunkte für deren Bearbeitung darstellen: *Wissen* (z. B. wissenschaftliches und praktisches Wissen), *Praktiken* (Verhaltensmuster bei der Nutzung von Ressourcen und Ökosystemleistungen in ihrer materiellen und symbolischen Bedeutung), *Technologien* (vom Menschen geschaffene, werkzeugartige Strukturen, die diese Nutzung ermöglichen) und *Institutionen* (formelle und informelle Handlungsregeln in Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesetzgebung) (Brietzke et al. 2025: 1). Um die Nutzungsdynamiken innerhalb der erforschten Waldkonflikte besser zu verstehen, betrachten wir diese vier Gestaltungsdimensionen des SES: a) Welche Wissensformen strukturieren die Interaktionen und Nutzungen der Akteure? b) Welche Praktiken prägen das Verhältnis der Akteure zum Wald und dessen Nutzungen? c) Welche Technologien sind für die Interaktionen mit dem Wald und die Nutzungen der Akteure relevant? d) Wie werden die Interaktionen mit dem Wald und die Nutzungen der Akteure durch Institutionen geregelt? (ebd.: 3).

Um die Perspektiven der Akteure genauer zu untersuchen, identifizieren wir anschließend jene sozial-ökologischen Handlungen, die die Akteursgruppen kritisiert oder unterstützt haben, also sowohl wahrgenommene *Beeinträchtigungen* als auch *positive Wirkungen*. Damit knüpfen wir an die Beobachtung an, dass sozial-ökologische Handlungen dann zum Konfliktgegenstand werden, wenn sie aus Sicht einzelner Akteure entweder das sozial-ökologische System oder die eigenen Nutzungen beeinträchtigen (Fickel & Hummel 2019: 22). Zugleich berücksichtigen wir, dass auch wahrgenommene positive Wirkungen der sozial-ökologischen Handlungen anderer Akteure eine Rolle im Konfliktgeschehen spielen können (Frick-Trzebitzky et al. 2021: 19).



Abbildung 2: Sozial-ökologisches System (SES) nach Mehring et al. 2017: 175.

Konfliktkomponenten

Um die tieferliegenden Ebenen der Konfliktgegenstände zu untersuchen, orientieren wir uns an der von Fickel & Hummel vorgeschlagenen Konflikttypologie (2019: 24). Aufbauend auf Moore (2003), Sidaway (2005) und Redpath et al. (2015) unterscheiden sie fünf zu untersuchende „Elemente eines Konflikts“: Interessen, Werte, Wissen, Beziehungen und Verfahren. Die Auswahl der Elemente für die Analyse hängt jedoch von den zu analysierenden Konflikten ab (Fickel & Hummel 2019: 25). Für die vorliegende Konfliktanalyse ergänzen wir in Anlehnung an Redpath et al. (2015: 6) das Element Strukturen, da strukturelle Rahmenbedingungen für unsere Konfliktanalyse von zentraler Bedeutung sind. Außerdem bezeichnen wir die sechs Elemente nicht wie Fickel & Hummel (2019) und Redpath et al. (2015) als Konflikttypen, sondern als Konfliktkomponenten, da unser Ziel nicht darin besteht, einzelne Konflikte einem oder mehreren Typen zuzuordnen. Vielmehr verstehen wir die sechs Komponenten als analytische Brille, mit der sich verschiedene, miteinander verflochtene Aspekte des Konfliktgeschehens gezielt in den Blick nehmen lassen (Abbildung 3).



Abbildung 3: Sechs Konfliktkomponenten, abgewandelt nach Fickel & Hummel 2019: 25.

Die sechs Konfliktkomponenten definieren wir wie folgt:

- a) **Konfliktkomponente Interessen:** Verschiedene Akteure möchten mit einem sozial-ökologischen System unterschiedliche Interessen realisieren. An diesen Interessen orientieren Akteure ihre Handlungen. Fickel & Hummel zufolge ist diese Konfliktkomponente charakterisiert durch den Fokus auf den materiellen oder immateriellen Nutzen für die Akteure (2019: 25).
- b) **Konfliktkomponente Werte:** Bei der Betrachtung der Interessen wird deutlich, dass diese nicht isoliert stehen, sondern eng mit den Werten der Akteure verwoben sind. Wenn Akteure „grundlegende, identitätsstiftende normative Bezugspunkte nicht realisiert“ sehen, können Konflikte um Werte entstehen. In diesen Fällen werden die Grundsätze diskutiert, mit denen die Akteure die sozial-ökologischen Verhältnisse bewerten (Fickel & Hummel 2019: 25).
- c) **Konfliktkomponente Wissen:** Argumente und Positionierungen bauen auch auf Wissen auf. Konflikte treten auch dann auf, „wenn die Akteure Sachverhalte unterschiedlich bewerten, weil sie einen unterschiedlichen Informationsstand hierzu haben“ (Frick-Trzebitzky et al. 2021: 25). Meist liegen dem unterschiedliche Wissensbestände der Akteure zugrunde. Sie sind dann uneins darüber, welches Wissen für valide erachtet wird (Fickel & Hummel 2019: 26). Wenn diese Wahrnehmungen auseinandergehen, können sogenannte Ermessenskonflikte entstehen.
- d) **Konfliktkomponente Beziehungen:** Fehlende Anerkennung, die Missachtung einzelner Interessen oder offene Herabwürdigung können die Beziehungen der Akteure nachhaltig beeinträchtigen. Solche Konflikte sind Moore zufolge häufig von Stereotypen, Emotionen und Fehlkommunikation geprägt (2003: 64). Meist basieren sie auf früheren Interaktionen der Beteiligten (Frick-Trzebitzky et al. 2021: 26). In der Analyse ist daher besonderes Augenmerk darauf zu legen, welche Art der sozialen Beziehung und Anerkennung sich die Akteure wünschen (Fickel & Hummel 2019: 27). Darüber hinaus sind Selbst- und Fremdzuschreibungen in den Blick zu nehmen. Wie sich Akteure selbst sehen und wie sie andere wahrnehmen, kann wichtige Hinweise auf die Beziehungsebene der Konflikte geben (Fickel 2023).
- e) **Konfliktkomponente Strukturen:** Soziale, ökonomische, rechtliche und kulturelle Strukturen können ebenfalls eine Konfliktkomponente darstellen. Entscheidend ist dabei, in welchem gesellschaftlichen und institutionellen Rahmen die Konflikte stattfinden und wie dieser die Konfliktverläufe beeinflusst. Häufig sind es Marginalisierungen oder strukturelle Ungleichheiten, die einzelne Akteure infrage stellen und verändert sehen wollen (Redpath et al. 2015: 7).
- f) **Konfliktkomponente Verfahren:** Wenn Akteure versuchen, ihren Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse zu gestalten, handelt es sich um die Konfliktkomponente Verfahren. Dabei geht es den Akteuren weniger um konkrete inhaltliche Forderungen, sondern vielmehr um die Fragen, wie Entscheidungen getroffen werden und wer daran beteiligt ist. Im Vordergrund steht also nicht ein spezifisches Interesse, sondern das Bestreben, soziale Machtverhältnisse und Positionen zu beeinflussen (Fickel & Hummel 2019: 27). Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem zu verstehen, welche unterschiedlichen Vorstellungen von Entscheidungsfindung oder Konfliktbearbeitung die Akteure haben (Redpath et al. 2015: 7) und ob sie die bestehenden Prozesse als gerecht empfinden (Fickel & Hummel 2019: 27).

Ebenen des Konflikts

Um die untersuchten Konflikte in ihrer Vielschichtigkeit besser zu verstehen, beziehen wir auch die unterschiedlichen Ebenen des Konflikts in die Analyse ein. Konfliktodynamiken verlaufen häufig über mehrere Ebenen hinweg oder werden durch diese beeinflusst. In Anlehnung an Fickel & Hummel unterscheiden wir dabei zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene (2019: 27–28).

Kommunikative Konfliktodynamiken am Runden Tisch

Am Runden Tisch bekamen wir Einblicke in die Kommunikation und Interaktionen der beteiligten Akteure. Vor diesem Hintergrund richten wir den Blick auf die kommunikativen Konfliktodynamiken

am Runden Tisch. Im Zentrum stehen dabei die Aspekte Kommunikation, Machtverhältnisse, Emotionen³ und Gruppendynamik sowie der Verlauf des Konfliktgeschehens. Unser Interesse gilt nicht allein den inhaltlichen Argumenten, sondern besonders den kommunikativen Mustern: Wie wurde durch kommunikative Strategien der Austausch am Runden Tisch gestaltet und inwiefern trugen diese zur Verständigung oder zur Verschärfung der Konflikte bei? Welche Gruppen oder Einzelpersonen übernahmen aktive oder passive Rollen in der Diskussion? Gab es klare Machtverhältnisse, etwa durch formale Positionen oder informelle Deutungshoheiten, und zeigten sich erkennbare Allianzen? Wie genau fanden Annäherungen statt? Wie entwickelte sich die kommunikative Dynamik im Verlauf der Diskussion?

2.5.3 Konfliktbearbeitung

Anschließend beschreiben und reflektieren wir die Konfliktbearbeitung am jeweiligen Runden Tisch. Zunächst betrachten wir dabei die Ausgestaltung der Sitzungen, d. h., wie diese methodisch organisiert und strukturiert waren. Daran anschließend beschreiben wir die von den Teilnehmenden erarbeiteten Ergebnisse. Ein weiterer Fokus liegt auf den Grenzen des Formats: Wir zeigen, in welchen Situationen unser Format der Konfliktbearbeitung herausgefordert war. Darüber hinaus geben wir Einblicke, inwiefern die Runden Tische Impulse für Systemtransformationen anstoßen konnten, ob sich Ansätze einer Verstetigung gezeigt haben und welche weiteren langfristigen Wirkungen abzusehen sind.

| 0. Problemstellung als Forschungsfragen formulieren | | |
|---|--|---|
| 1. Regionalspezifische Rahmenbedingungen | Akteure Welche Akteure sind betroffen, haben Einfluss und wie sind sie organisiert? | |
| | Standortbedingungen Welche natürlichen Strukturen und Prozesse finden sich am jeweiligen Standort? | |
| | Konfliktrelevante Kategorien Welche weiteren Kategorien spielen eine Rolle für die jeweiligen Konflikte? | |
| | Ökosystemfunktionen und -leistungen Welche Ökosystemfunktionen sind von Bedeutung? Welche ökologischen Zusammenhänge und Ökosystemleistungen sind zu betrachten? | |
| 2. Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung | Konfliktgegenstände Wie lässt sich der übergreifende Konflikt anhand von Konfliktgegenständen ausdifferenzieren? | |
| | Nutzungsdynamiken Wie sehen mit dem Konflikt verbundene Nutzungsdynamiken aus und welche sozialen und ökologischen Auswirkungen haben sie? | Gestaltungsdimensionen (Wissen, Praktiken, Technologie, Institutionen) Wie beeinflussen die Gestaltungsdimensionen die Nutzungsdynamiken im SES? |
| | | Positive Wirkungen und Beeinträchtigungen durch sozial-ökologische Handlungen Welche positiven Wirkungen und Beeinträchtigungen artikulieren Parteien in Bezug auf die sozial-ökologischen Handlungen anderer Parteien? |

³ Bujijs & Lawrence (2013) kritisieren, dass Emotionen in der Analyse von Waldkonflikten bislang kaum berücksichtigt und häufig als irrational abgewertet werden. Sie plädieren dafür, emotionale Dimensionen explizit in den Blick zu nehmen, um tieferliegende Ursachen von Konflikten besser zu verstehen.

| | | |
|-------------------------------|--|---|
| | Konfliktkomponenten Was sind die tieferliegenden Motivationen der Parteien in Bezug auf den Konfliktgegenstand? | Interessen Welche Interessen wollen Parteien verwirklicht sehen? |
| | | Werte Welche Werte wollen Parteien verwirklicht sehen? |
| | | Wissen Welches Wissen wollen Parteien validiert oder akzeptiert sehen? |
| | | Beziehungen Welche Beziehungsvorstellung wollen Parteien verwirklicht sehen? |
| | | Strukturen Welche Strukturen wollen Parteien verändern? |
| | | Verfahren Welches Entscheidungsverfahren wollen Parteien verwirklicht sehen? |
| | Ebenen Auf welche Art und Weise spielen Meso- und Makroebene in die Konflikte hinein? | |
| | Kommunikative Konfliktodynamiken am Runden Tisch Wie gestalten sich Interaktion und Kommunikation der Konfliktparteien und welche Dynamiken sind erkennbar? | Kommunikation Wie kommunizieren die Konfliktparteien (miteinander)? |
| | | Machtverhältnisse Welche formalen oder informellen Machtverhältnisse bestehen? Welche Allianzen, Blockbildungen oder Deutungshoheiten sind erkennbar? |
| | | Emotionen und Gruppendynamik Welche Emotionen werden geäußert? Wie gestalten die Akteure das Miteinander? |
| | | Verlauf des Konfliktgeschehens (Wie) verändert sich die Dynamik im Verlauf? Gibt es Phasen von Eskalation oder Entspannung? |
| 3. Konfliktbearbeitung | Ausgestaltung der Sitzungen des Runden Tisches Wie ist die Konfliktbearbeitung ausgestaltet? | |
| | Erarbeitete Ergebnisse Welche Empfehlungen formulieren die Akteure gemeinsam aus? | |
| | Grenzen des Formats Welche Herausforderungen bleiben bestehen? | |
| | Systemtransformation, Verstetigung und langfristige Wirkungen des Runden Tisches Inwiefern bewirken die Empfehlungen Systemtransformationen? Welche langfristigen Wirkungen sind absehbar? | |

Tabelle 1: Analyseschema, angepasst nach Fickel & Hummel (2019).

3 Sozial-ökologische Konfliktanalyse der Fallbeispiele

In diesem Kapitel analysieren wir die Waldkonflikte in den beiden Fallbeispielen mithilfe des vorgestellten Analyseschemas.

3.1 Fallbeispiel 1: „Schieferwald“

Der „Schieferwald“ ist ein Kommunalwald, in dem in den Jahren ab 2018 ein Großteil der Fichten abgestorben ist, wodurch sich vielerorts das Waldbild stark verändert hat. Dies beschäftigt eine Vielzahl von Akteuren auf unterschiedliche Art. In den Diskussionen am Runden Tisch zeigten sich mehrere zentrale Konfliktgegenstände: Zum einen ging es um den Einfluss von Wild auf die Waldverjüngung, vor allem um die Frage, inwieweit Wild das Wachsen ungeschützter Bäume beeinträchtigt und welche Folgen dies für Förster*innen, Jagdpächter*innen und Kommunalvertreter*innen hat. Zum anderen wurde diskutiert, inwiefern die Holzernte sowie Erholungssuchende das Wild stören und dadurch die Jagd erschweren. Auch die Auswahl von Baumarten für eingegattete Pflanzungen wurde kontrovers diskutiert – besonders die Frage, bis zu welchem Grad speziell die Douglasie eine geeignete Baumart darstellt. Am Rande wurden die Auswirkungen der Holzentnahme mit schweren Maschinen auf den Wald und mögliche Maßnahmen zu deren Verminderung thematisiert. Aufgrund dieser Konfliktgegenstände fokussieren wir im folgenden Abschnitt auf die Auswirkungen des Klimawandels, aktuelle Waldschäden sowie die Wildsituation.

3.1.1 Regionalspezifische Rahmenbedingungen

Akteure am Runden Tisch

Vertreten waren seitens der waldbesitzenden Gemeinde ein*e Bürgermeister*in, Mitglieder des Gemeindeparlaments und des kommunalen Verwaltungsorgans sowie Vertreter*innen des Bauamts. Für den Forst nahmen der*die Forstamtsleiter*in und die Revierleiter*innen teil. Aus dem Bereich Naturschutz kamen Vertreter*innen eines lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands und einer regionalen Naturschutzinitiative an den Runden Tisch. Darüber hinaus beteiligten sich Vertreter*innen des Heimatvereins und der*die in der Region zuständige*r Tourismuskordinator*in. Mehrere Jagdpächter*innen, darunter der*die Vorsitzende des Jagdvereins sowie die Vorsitzenden der örtlichen Hegegemeinschaft, nahmen ebenfalls teil. Die multifunktionale Landschaft repräsentierten ein*e Vertreter*in des Landschaftspflegeverbands und der*die Naturparkleiter*in. Zu Gast waren bei einzelnen Sitzungen auch zwei Anwohner*innen, zwei Vertreter*innen einer überregionalen Naturschutzorganisation, ein*e Forsteinrichter*in und ein*e Vertreter*in eines Waldbesitzerverbands. Insgesamt kamen so 41 verschiedene Personen zusammen, je Sitzung bewegte sich die Teilnehmendenzahl zwischen 13 und 28 Personen. Drei weitere eingeladene Akteursgruppen (aus der Landwirtschaft, benachbarten Forstrevieren sowie einer zivilgesellschaftlichen Organisation) haben die Einladung nicht angenommen. In den Sitzungen erwähnt wurden darüber hinaus noch weitere Akteursgruppen: Die Waldbesuchenden wurden von den Teilnehmenden in Tourist*innen (Radfahrende, Wandernde, Geocacher*innen) und Anwohner*innen (Spaziergänger*innen, Hundebesitzende) unterteilt. In mehreren Momenten wurden Landwirt*innen als Teilnehmende vermisst.

Standortbedingungen

Die Standortbedingungen des „Schieferwalds“ können wir aufgrund möglicher Rückverfolgung nur sehr punktuell beschreiben. Wir beschränken uns daher auf die Aspekte, die für die Konflikte am wichtigsten sind, und verzichten meist auf konkrete Zahlenangaben.

Das betrachtete Waldgebiet ist rund 4.000 ha groß und lässt sich zu etwa gleichen Teilen den Klimastufen „schwach subkontinental“ und „schwach subatlantisch“ zuordnen. Je nach Höhenlage reichen die mittleren Jahresniederschläge von 630 bis 850 mm. In der Vegetationszeit kommt es zu erheblichen Wasserdefiziten.

Der Geländewasserhaushalt liegt größtenteils in den Bereichen „mäßig frisch“ bis „frisch“. Auf einem kleinen Teil der Fläche sind „mäßig trockene“ bis „trockene“ Standorte zu finden (pseudonymisierte Referenz 1). Die Böden haben ihren Ursprung überwiegend in Tonschiefern aus dem Erdzeitalter des Devons (vor etwa 360 bis 420 Millionen Jahren), teilweise versetzt mit Grauwackenschiefer (pseudonymisierte Referenzen 1 und 2). Teile des Gebietes weisen Lössüberlagerungen auf (pseudonymisierte Referenz 1), was die Bodenstruktur feiner und die Nährstoffversorgung besser macht. Je nach Lössüberlagerung variiert die Bodenart überwiegend zwischen sandigen und schluffigen Lehmen und die Trophiestufe vorwiegend zwischen „mesotroph“ (d. h. mäßige Nährstoffversorgung) und „gut mesotroph“ (pseudonymisierte Referenz 3). Als Bodentyp dominieren Braunerden, also Böden, die meist gut durchlüftet und fruchtbar sind; vereinzelt kommen auch feuchtere oder stärker versauerte Böden wie Pseudogleye und Podsol-Braunerden vor.

Ein Teilgebiet ist aufgrund seines ausgeprägten Reliefs und vielen Steillagen ökologisch besonders bedeutsam und sehr artenreich. Durch die relativ hohen Temperaturen und geringen Niederschläge in dem Gebiet gilt die Buche als noch vitale und konkurrenzfähige Baumart, sie dominiert aber nicht gegenüber anderen Baumarten wie in höheren Lagen. Somit bilden überwiegend baumartenreiche Mischwälder die natürliche Vegetation. Auf den trockenen, steilen Standorten kommen überwiegend Eichen-Hainbuchenwälder vor. Das Waldgebiet ist zu rund drei Vierteln mit Laubholz bestockt (v. a. Buche gefolgt von Eiche) und zu rund einem Viertel mit Nadelholz (v. a. Fichte und Douglasie) (pseudonymisierte Referenz 1).

Klima(-wandel)

Das Waldgebiet ist als Teil der gemäßigten Klimazone Mitteleuropas von den Auswirkungen des globalen Klimawandels betroffen (IPCC 2021; siehe Kasten). Dieser ist eine der größten Herausforderung für den Erhalt und die nachhaltige, multifunktionale Bewirtschaftung des „Schieferwaldes“. So ist absehbar, dass nicht nur die mittlere Lufttemperatur zunehmen wird, sondern auch die Häufigkeit, Dauer und Intensität von Trockenheit, Hitze und anderen Extremereignissen wie Stürmen und Starkregen. Wann genau und in welchem Maße diese Veränderungen bzw. Ereignisse eintreffen werden, ist aber mit sehr großen Unsicherheiten behaftet.

Aufgrund des bereits herrschenden Klimas und der Bodenverhältnisse kann das Waldgebiet als moderat sensitiv („sensitiv“ im Sinne von verwundbar) gegenüber des zu erwarteten Klimawandels eingestuft werden. Die Böden haben oft nur eine geringe Wasserspeicherkapazität und es wird erwartet, dass sich im betrachteten Waldgebiet die zuvor genannten Wuchszonen bis zu den Jahren 2041–2050 zur randlichen bzw. zentralen Eichen-Mischwaldzone verschieben werden. Weite Teile des Waldgebietes werden dann vermutlich ein schwach bis mäßig subkontinentales Klima aufweisen (pseudonymisierte Referenz 4). Vor allem auf den steilen, schon jetzt trockenen Standorten, wird sich der Klimawandel sehr wahrscheinlich besonders ungünstig auswirken.

Waldschäden

Die negativen Auswirkungen wiederholter Trockenheit und Hitze der Periode 2018–2023 auf Vitalität, Wachstum und Mortalität der Bäume sind vielerorts bereits offensichtlich. In diesen Jahren entstanden im „Schieferwald“ Kahlfächen auf einem Flächenanteil von rund 7 %, was insgesamt mehreren hundert Hektar entspricht. Der Anteil an gestörten Flächen lag bei knapp 1.000 ha, von denen rund 90 % ehemalige Fichtenbestände waren. In der Summe führten Trockenheit und massiver Insektenbefall dazu, dass das Dreifache der geplanten Menge an Fichtenholz eingeschlagen

wurde. Dadurch verringerte sich der Flächenanteil der Fichte in nur zehn Jahren von 25 % auf 10 %. Auch andere Baumarten wie bspw. Buchen und Eichen weisen Schäden infolge der ungewöhnlichen starken und wiederholten Trockenheit und Hitze auf. Die Douglasienbestände des betrachteten Waldgebietes zeigen bislang keine größeren Schäden.

Die Ursachen für die großen Waldschäden seit 2018 sind sehr komplex. Neben prädisponierenden Faktoren wie Baumart, Bodeneigenschaften, Hanglage und Exposition, vorhergehende Bewirtschaftung und Bestandesstruktur, haben im Allgemeinen primäre und sekundäre, abiotische (z. B. extreme Trockenheit, Hitze) und biotische Faktoren (z. B. Insekten, individuelle Vitalität des Baumes) Einfluss auf Art, Ausmaß und Entwicklung der Schäden. Trotz dieser Komplexität gilt für alle Baumarten und Standorte (also auch im „Schieferwald“), dass die extreme und wiederholte Trockenheit und Hitze seit 2018 der primäre Faktor und Treiber des aktuellen Schadgeschehens sind. Auch unter dem Schirm von Altbäumen sind im „Schieferwald“ bislang nur sehr geringe bis keine trockenheits- und hitzebedingten Schäden in der Naturverjüngung aufgetreten. Auf einer Kahlfläche ist die Verjüngung jedoch – unabhängig davon, ob sie natürlich oder künstlich erfolgt – in besonderem Maße Witterungsextremen ausgesetzt, was die Etablierung einer neuen Baumgeneration unter den Witterungsbedingungen der letzten Jahre besonders erschwert. Einige Pflanzenarten wie Gemeine Brombeere, Besenginster und verschiedene Gräser sind auf den Kahlflächen sehr wüchsig und konkurrenzstark gegenüber den forstlich erwünschten Baumarten. Sie sind als Sukzessionsarten nicht nur gut an das harsche Freiflächenklima angepasst, sondern benötigen auch die hohe Strahlung und Nährstoffversorgung. Die Wüchsigkeit und Ausbreitung der Sukzessionsarten können so weit gehen, dass sie die Keimung und das Wachstum der Baumarten vermindern und die Etablierung eines neuen Waldbestandes hinauszögern, stellenweise sogar verhindern könnten. Zugleich haben die Sukzessionsarten aber eine wichtige Funktion bei der Wiederbewaldung, da sie den Boden und die Baumkeimlinge vor Witterungsextremen schützen sowie Erosion und das Auswaschen von Nährstoffen verhindern. Zudem sind sie als Teil sogenannter Schlagfluren ein zeitlich begrenztes Habitat für zahlreiche licht- und wärmeliebende Tierarten. Generell scheint es im „Schieferwald“ trotz der Dominanz von Brombeere und Ginster auf vielen Kahlflächen ausreichend Baumverjüngung zu geben. Wildverbiss könnte allerdings das Wachstum und die Vielfalt der sich hier verjüngenden Bäume gefährden.

Wildsituation

Der Forsteinrichtung zufolge ist der Wildverbiss in vielen Teilen durch Rot- und Damhirsche, Mufflons und Rehe sehr hoch. Auch auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen kommt es in einigen Jagdrevieren zu erheblichen Wildschäden. Vor mehr als zehn Jahren schätzte die Gemeinde im „Schieferwald“ den wirtschaftlichen Schaden bereits auf eine Million Euro; die vorherige Forsteinrichtung ermittelte allein Verbisschäden in Höhe einer dreiviertel Million Euro.

Ohne Schutzmaßnahmen sei laut aktueller Forsteinrichtung in der Region eine natürliche Verjüngung kaum möglich. Entsprechende Wildverbisserhebungen mit Weisergattern fanden an 56 Aufnahmepunkten statt. Der durchschnittliche Verbiss über alle Aufnahmepunkte liegt bei 42 %, die Streuung bei 0 % bis 95,5 %. Da die Extremwerte 0 % und 95,5 % als wenig plausibel und nicht repräsentativ angenommen werden, wird von Verbissraten zwischen 1 % und 88 % ausgegangen. Aus betriebswirtschaftlicher wie ökologischer Sicht sei dieser Befund als kritisch einzuschätzen, da er mit einer erheblichen Verzögerung der Wiederbewaldung auf den Kahlflächen, einer Hemmung der Vorausverjüngung unter Schirm und einer Verringerung der nachwachsende Baumartenvielfalt verbunden ist. Die Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass die Wilddichte im „Schieferwald“ unterschiedlich verteilt ist. Dies hängt an den standörtlichen Rahmenbedingungen, aber auch an den Managementmaßnahmen, die die Jagdreviere unterschiedlich handhaben.

Ökosystemfunktionen und -leistungen

Der „Schieferwald“ wird als Wirtschaftswald genutzt; dabei hat die Entnahme von Bäumen und Nutzung des Holzes eine regionalwirtschaftliche Bedeutung. Der Umsatz durch den Forstbetrieb macht etwa 7 % bis 8 % des Gesamthaushalts der Kommune aus. Ein Teil des Holzes wird als Energieholz in Biomasse-Kraftwerken und als Brennholz für Privatpersonen genutzt. Dabei holen viele Personen ihr Brennholz als sogenannte „Selbstwerber“ aus dem Gemeindewald.

Die Jagd wird im „Schieferwald“ ebenfalls als essenzieller Bestandteil der Waldnutzung angesehen, um Wildbestände zu regulieren und so Verbiss-, Schäl- und Fegeschäden zu reduzieren. Gleichzeitig dient die Jagd der nachhaltigen Quelle von Wildfleisch für die regionale Versorgung und bietet als Freizeitbeschäftigung und Gelegenheit für soziale Zusammenkünfte auch kulturelle Ökosystemleistungen. Beispielweise wurden in der Gemeinde in einem Jahr durchschnittlich 6 Rothirsche pro 100 ha Wald erjagt, in zwei Revieren sogar 34 Tiere je 100 ha. Mit vielen Jagdrevieren und diversen Pachtverträgen ist eine große Jägerschaft in dem Gebiet vertreten. So trägt die Jagd auch in geringem Umfang zu Einnahmen der Gemeinde durch Pachtverträge bei.

Der „Schieferwald“ bietet vielfältige Lebensräume für zahlreiche Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sowie Mikroorganismen. Zu deren Unterstützung sind in dem betrachteten Waldgebiet mehrere Schutzgebiete mit den Schwerpunkten Biotop- und Artenschutz ausgewiesen. Hierzu zählen u. a. ein Naturpark, ein Naturschutzgebiet, FFH-Gebiete, Kompensationsflächen sowie ausgewiesene Biotopschutzflächen. Während der Naturpark einen Großteil der Fläche einnimmt, ergänzen die weiteren Schutzkategorien das Gebiet punktuell und tragen zur ökologischen Vielfalt und zum Erhalt sensibler Lebensräume bei. Zudem wird langfristig der Schutz von im Mittel zehn Habitatbäumen pro Hektar angestrebt. Die FFH-Gebiete zeichnen sich durch artenreiche, naturnahe Laubmischwälder aus mit den besonderen Erhaltungszielen Strukturvielfalt, Alt- und Totholz sowie Baumhöhlen (pseudonymisierte Referenzen 5 und 6).

Darüber hinaus trägt der „Schieferwald“ zur Lebensqualität der Menschen bei: Er dient nicht nur als Naherholungsgebiet und bedeutendes Ausflugsziel für Naturtourismus, sondern nimmt durch seine Funktion als Naturpark im gesamten Gebiet einen hohen Stellenwert ein, worauf eine Zunahme der Freizeitnutzung im „Schieferwald“ in den letzten Jahren hindeutet. Darüber hinaus fungiert der Wald als Sichtschutzwald, der als natürliche Barriere gegen Lärm und Wind wirkt, sowie als Frischluftschneise, die die Auswirkungen von Emissionen entlang von Straßen oder Siedlungen mindert.

Weiterhin ist das betrachtete Gebiet zu ca. 11 % Wasserschutzgebiet und übernimmt eine entscheidende Rolle im Wasserkreislauf. Es fungiert als natürlicher Wasserspeicher und -filter: Während das Wasser langsam in tiefere Schichten versickert, halten die Waldböden Schadstoffe zurück. Aktuelle Modelle gehen von einer langjährigen mittleren Grundwasserneubildung von 25–50 mm/a in diesem Gebieten aus (Stein et al. 2024). Die Gemeinde versorgt sich trotz einer schwierigen hydrogeologischen Situation zu zwei Dritteln mit Trinkwasser aus den eigenen Ressourcen.

Ferner sind knapp 20 % der Gebietsfläche als Bodenschutzwald deklariert. Ein dichtes Wurzelwerk stabilisiert dabei den Boden, schützt somit vor Erosion, Erd- oder Hangrutschen und reduziert den Oberflächenabfluss, was Überschwemmungen mindern kann.

3.1.2 Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung

Konfliktgegenstände

Im Verlauf der Runden Tische im „Schieferwald“ haben die Teilnehmenden zahlreiche Konfliktthemen genannt, gestreift oder angedeutet. Ein Großteil davon wurde bereits beim ersten Runden Tisch erkennbar, als die Teilnehmenden reihum äußerten, was ihnen besonders wichtig ist. Weitere Konfliktgegenstände traten erst im späteren Verlauf der Diskussionen zutage. In der ersten Sitzung einigten sich die Teilnehmenden darauf, den „Umgang mit Schadflächen“ als übergreifendes Thema zu wählen. Dadurch konnten sie sich fokussieren und zugleich angrenzende Unterthemen wie Wiederbewaldung, Baumartenwahl, Artenvielfalt, Verbiss und Jagd, Erholung sowie Waldbewirtschaftung einbeziehen. Gleichzeitig war der Umgang mit Schadflächen hochaktuell: Auf 20 % des Kommunalwaldes waren in den letzten Jahren die Bäume abgestorben (siehe 3.1.1), was alte Streitpunkte wieder aufflammen und neue entstehen ließ.

Für diese Flächen hat das Forstamt ein Wiederbewaldungskonzept erarbeitet. Dem stimmten die Teilnehmenden beim Runden Tisch größtenteils zu. Das Konzept beinhaltet den Ansatz, auf den Schadflächen punktuell kleine Flächen einzugattern (12 m × 12 m) und darin jene Baumarten zu pflanzen, die laut Forstamt potenziell besonders wirtschaftlich und/oder voraussichtlich möglichst gut gegen den Klimawandel gewappnet sind (z. B. Eichen und Douglasien). Zwischen den kleinen eingegatterten Flächen soll wiederum nicht gepflanzt, sondern vorerst beobachtet werden, welche Naturverjüngung sich dort entwickelt (z. B. Birken oder Kirschen). Im Laufe der Zeit sollen dann sowohl die bepflanzten Flächen als auch die Flächen der Naturverjüngung durchforstet werden, um vom Vorwald als frühe Entwicklungsphase zu einem vitalen Folgebestand zu kommen. Trotz des grundsätzlichen Einverständnisses mit dem Wiederbewaldungskonzept kristallisierten sich am Thema „Umgang mit Schadflächen“ einige Konfliktgegenstände heraus.

Zunächst ist da die Frage, inwiefern Wild – vor allem die Rothirsch-, aber auch die Rehpopulation – das Wachstum der nicht durch Gatter geschützten Bäume beeinträchtigt und welche Konsequenzen dies für die Akteure aus Forstwirtschaft, Jagd, Gemeindeverwaltung und -parlament hat. Weiterhin geht es um die Frage, inwiefern Wild durch a) Holzernte sowohl auf geschädigten als auch auf nachwachsenden Flächen und b) Erholungssuchende gestört wird und dadurch weniger sichtbar oder sogar in seiner Reproduktion beeinflusst wird. Dies würde die Jagd erschweren, weil das Wild weniger sichtbar oder in geringerer Anzahl vorhanden wäre. Diese beiden Konfliktgegenstände waren in den Diskussionen dominant. Doch auch die Baumartenwahl für die Pflanzung innerhalb der Gatter wurde mehrfach angebracht – vor allem, inwiefern die Baumart Douglasie eine gute Wahl ist. Weniger dominant, aber doch als Konfliktgegenstand erkennbar war die Frage, inwiefern die Menge der Holzentnahme und die Nutzung schwerer Maschinen den Wald beeinträchtigen und inwiefern sich dies reduzieren ließe.

Nutzungsdynamiken

Um die Nutzungsdynamiken im „Schieferwald“ besser zu verstehen, betrachten wir im Folgenden die vier Gestaltungsdimensionen des SES: a) Welche Wissensformen strukturieren die Interaktionen und Nutzungen der Akteure? b) Welche Praktiken prägen das Verhältnis der Akteure zum Wald und dessen Nutzungen? c) Welche Technologien sind für die Interaktionen mit dem Wald und die Nutzungen der Akteure relevant? d) Wie werden die Interaktionen mit dem Wald und die Nutzungen der Akteure durch Institutionen geregelt?

Wissen

Zunächst wurden Erfahrungswissen und Fachwissen als strukturierende Wissensformen erkennbar: Die Akteure griffen in den Sitzungen des Runden Tisches auf ihr Erfahrungs- und Fachwissen zurück. Alle Akteure brachten ein sehr ausgeprägtes Wissen über den „Schieferwald“ mit. Sie beobachteten zum Teil stetig und nahmen sehr bewusst Zusammenhänge und Veränderungen wahr. Ein*e Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands bspw. erwähnte explizit, dass er*sie besonders Schadflächen seit längerer Zeit beobachtet und feststellt, dass dort schon nach kurzer Zeit neue Bäume wachsen. Er*sie knüpfte daran die Einschätzung, der Wald könne sich selbst regenerieren. Ein*e Revierleiter*in kam auf Grundlage seiner*ihrer Beobachtungen von Schadflächen zu dem Schluss, dass dort häufig Brombeeren wachsen, unter denen keine Lichtbaumarten mehr hochkommen. Und ein*e Jagdpächter*in wiederum hatte vielfach die Reaktion von Wild auf Menschen abseits der Wege beobachtet, weswegen sie*er meinte, dass das Wild sich dann zurückzieht und für Jäger*innen weniger sichtbar wird.

Bei der Betrachtung der Dimension Wissen fällt außerdem auf, dass es sehr häufig auch um Nichtwissen ging. Insbesondere verwiesen die Akteure auf zunehmende Ungewissheiten sowie auf die Entwertung von ehemals gesichertem Wissen aufgrund des Klimawandels. Der*die Forstamtsleiter*in bspw. beschrieb dies als starken Einschnitt in seiner*ihrer Fähigkeit, Vorhersagen zu machen und Folgen abzuschätzen:

Forstamtsleiter*in: „Das größte Problem ist der unkalkulierbare Klimawandel. Wir haben keine Gewissheiten mehr wie bisher: Bei der und der Lage ergibt sich die und die natürliche Vegetation. Das ist das größte Problem.“

Die Aussage verweist auf ein zentrales Paradox aktueller forstlicher Praxis: Die frühere Gewissheit weicht zunehmend einer Ungewissheit, besonders im Hinblick auf die Entwicklung der Vegetation. In gewisser Weise werden die Ungewissheiten zur größten Gewissheit. Erfahrungswissen, das sich über Jahrzehnte bewährt hat, relativiert sich zunehmend. Stattdessen richtet sich die Aufmerksamkeit der Forstleute im „Schieferwald“ verstärkt auf kurzfristige Entwicklungen. Ein*e Revierleiter*in brachte die aus den Erfahrungen der letzten trockenen Sommer resultierende Unsicherheit zum Ausdruck:

Revierleiter*in: „Was pflanzen wir? Ganz ehrlich: Ich hab' keine Ahnung. Momentan sieht es so aus, als wenn wir die Buche und die Eiche direkt hinterher verlieren.“

Auch der*die Vertreter*in des Heimatvereins sah unvorhersehbare klimabedingte Extremereignisse als zentrale Risiken für die Zukunft des Waldes. Er*sie versuchte basierend auf den eigenen Erfahrungen zukünftige Entwicklungen abzuschätzen:

Vertreter*in des Heimatvereins: „Ich vermute, wir werden Jahre mit Starkregenereignissen, Unwettern, Sturmereignissen, dann mal zu trocken, dann wieder Jahre mit Frost haben. Das reicht ja schon, dass manchen Baumarten die Grätsche aufgeht.“

Wie Fach- und Erfahrungswissen kann auch Nichtwissen zum Handeln anleiten. Die Akteure am Runden Tisch begegnen ihrem Nichtwissen nicht mit Ohnmacht und dem Unterlassen von Handeln, sondern passen vielmehr ihre Praktiken daran an. Es geht ihnen um die Frage, welche Praktiken in der aktuellen Situation (noch) geeignet sind. Nichtwissen wurde jedoch auch angeführt, um

bestimmte Praktiken zu erklären oder zu legitimieren. Es zeichnet sich ab, dass die unterschiedlichen Wissensbestände (und Nichtwissensbestände) in den Konflikten eine Rolle spielen (siehe 3.1.2 Konfliktkomponente Wissen sowie Kapitel 4).

Praktiken

Die Fülle an Praktiken, die in und mit dem „Schieferwald“ umgesetzt werden, ist nahezu unerschöpflich. Für einen ersten Überblick stellen wir zunächst die Praktiken dar, die am Runden Tisch angesprochen wurden. Entsprechend handelt es sich nicht um eine repräsentative Darstellung aller im „Schieferwald“ relevanten Praktiken, sondern um eine Zusammenstellung jener Praktiken, die die Akteure in den Diskussionen hervorgehoben haben.

Angesprochen wurde etwa das Planen, Eingattern, Pflanzen und Durchforsten sowie das Ernten von Forstbeständen. Auch das Beobachten bei Kontrollgängen, etwa mit Blick auf den Zustand von Baumbeständen, ökologische Interaktionen oder das Erreichen von (von der Kommune als Eigentümerin vorgegebenen) wirtschaftlichen Zielen. Zur Sprache kamen außerdem das Beobachten und Hegen von Wild sowie jenseits der Schonzeiten das Bejagen als Ansitz- oder Drückjagd. Weiterhin wurden Spaziergehen im Wald, den Hund ausführen, Wandern, Fahrrad oder Mountainbike fahren, Geocaching sowie das Sammeln von Pilzen, Beeren und Kräutern genannt, ebenso ökologische Exkursionen, bei denen Bestandserhebungen vorgenommen oder andere Beobachtungen im Wald dokumentiert werden.

Technologien

Für ihre Interaktionen mit dem „Schieferwald“ sowie dessen Nutzung greifen die Akteure auf unterschiedliche Technologien zurück. Nachstehend werden exemplarisch jene Technologien beschrieben, die die Beteiligten selbst erwähnten. Zum Beispiel wurden Wegemarkierungen genannt, die u. a. der Orientierung und Besucherlenkung dienen, außerdem Gatter, die junge Bäume auf Pflanzflächen oder in Naturverjüngung vor Wildverbiss schützen sollen. Ergänzend wird ein sogenanntes Weisergattersystem genutzt, um den Einfluss von Wild auf die Naturverjüngung zu beobachten und forstlich bewerten zu können. Von den forstlichen Ernte- und Rücketechnologien wurde insbesondere der Harvester erwähnt, der häufig zur maschinellen Holzernte eingesetzt wird, um Bäume zu fällen, zu entasten und zuzuschneiden. Im jagdlichen Bereich wurden Hochsitze als wichtige Technologien genannt, um die Beobachtung und Bejagung von Wild zu erleichtern.

Institutionen

Die Interaktionen mit dem „Schieferwald“ und die Nutzungen der Akteure sind in hohem Maße institutionell geregelt. Dabei wirken formale und informelle Vorgaben auf unterschiedlichen Ebenen zusammen. Das Bundeswaldgesetz, das jeweilige Landeswaldgesetz sowie das Landesjagdgesetz setzen rechtliche Leitplanken für Nutzung, Schutz und Bewirtschaftung des „Schieferwaldes“. Zentrale Steuerungsinstrumente in der Forstwirtschaft sind die Forsteinrichtung, die zeitgleich zu den Runden Tischen erarbeitet wurde, sowie das Wiederaufforstungs- bzw. Verjüngungskonzept für Schadflächen. Sie legen fest, wie die Bewirtschaftung erfolgt, welche und wie viele Baumarten wo gepflanzt werden und wie sich der Wald langfristig entwickeln soll. Auch die FSC-Zertifizierung beeinflusst die Waldbewirtschaftung, indem sie bestimmte ökologische, soziale oder ökonomische Standards setzt, die eingehalten werden müssen – z. B. den erlaubten Prozentsatz an Douglasien. Im jagdlichen Bereich regeln die Pachtverträge (hier die Abschussanreize bzw. Sanktionen in Bonus-Malus-Verträgen) und Abschusspläne die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Jagdpächter*innen und sollen Anreize schaffen, bestimmte wild- und waldbiologische Ziele zu erreichen. Darüber hinaus spielen übergeordnete gesetzliche Rahmenbedingungen

eine zentrale Rolle: Auch die Freizeitnutzung ist institutionell geregelt. So bringt etwa das Ausweisen eines Premiumwanderwegs, der hervorragend markiert sein und einen besonders hohen Erlebniswert aufweisen soll, bestimmte Anforderungen an die Wegeführung, Beschilderung oder Instandhaltung mit sich und kann so – auch bei dessen Nutzung durch Wandernde und Erholungssuchende – den Umgang mit dem Wald indirekt mitsteuern.

Wissen, Praktiken, Technologien und Institutionen beeinflussen sich im „Schieferwald“ wechselseitig und prägen die sozial-ökologischen Prozesse und Strukturen. Institutionen wie Gesetze und Verträge setzen den normativen und rechtlichen Rahmen für den Umgang mit dem Wald. So geben bspw. das Bundeswaldgesetz, das Landeswaldgesetz und die FSC-Zertifizierung Rahmenbedingungen vor, bis wann Schadflächen aufgeforstet werden müssen und welche Baumarten sowie welches Pflanz- und Saatgut dabei verwendet werden dürfen. Pachtverträge regulieren, wer jagen darf und für die Jagd verantwortlich ist, aber auch, wie viel Wild geschossen werden soll. Institutionen beeinflussen nicht nur die Praktiken der Akteure, sondern bestimmen auch, welche Technologien eingesetzt werden dürfen, wie z. B. Bejagungsschneisen.

Positive Wirkungen und Beeinträchtigungen aus Sicht der Akteure

Im sozial-ökologischen System „Schieferwald“ sind die Gestaltungsdimensionen Wissen, Praktiken, Technologien und Institutionen also eng verflochten und erzeugen spezifische Nutzungsdynamiken. Diese Nutzungsdynamiken werden von einzelnen Akteuren bewertet: Beeinflussen sie das sozial-ökologische System aus ihrer Perspektive positiv oder negativ? *Positive Wirkungen* von Nutzungen anderer Akteure wurden insbesondere in Bezug auf deren grundsätzliche sozial-ökologische Handlungen geäußert. Beispielsweise betonte der*die Tourismuskordinator*in die Pflege und den Schutz des Waldes durch Forstwirtschaft, Naturschutz und Jagd:

Tourismuskordinator*in: „Der Tourismus profitiert von allen Interessensgruppen und von den Bemühungen von Forst, Naturschutz, und Jägerschaft in Wald- und Wildpflege und Schutz des Waldes.“

Positive Walderlebnisse für touristische Nutzer*innen entstehen aus seiner Sicht auch dadurch, dass Forstleute Wege sichern und durch ihre Arbeit zu einer schönen Waldkulisse beitragen. Darüber hinaus setzen sich Naturschutzakteure für Arten- und Biotopvielfalt ein, was die Gegend oder die Route zu etwas Besonderem macht. Die Förderung der natürlichen Lebensräume verschiedener Wildtierarten durch die Jagdpächter*innen ermöglicht den touristischen Nutzer*innen vielleicht auch mal eine seltene Begegnung mit einem Wildtier.

Von anderen Akteuren werden wiederum ordnende Strukturen im Bereich der Freizeitnutzung positiv hervorgehoben. Der*die Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands hob die Einrichtung von Wanderwegen hervor. Er*sie versteht sie nicht nur als infrastrukturelles Angebot, sondern als regulierende Maßnahme mit Wirkungen, die letztlich dem SES zugutekommen, etwa der Ruhe des Wildes oder dem Naturschutz:

Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands: „Es sind vor allem die Menschen, die wandern, die freuen sich, wenn sie geführt werden. Viele laufen bei mir vor der Tür vorbei. Das ist in aller Regel ein angenehmes Publikum. Die Störung, das sind dann Einzelne. Ich würde das positiv formulieren. Dass die [...] [Premiumwege] wirklich eine ordnende Funktion haben.“

In Bezug auf die Jagd argumentierte der*die Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands, dass sie im Wald eine ausgleichende Funktion übernommen habe:

Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands: „Jetzt hat der Mensch schon so viel eingegriffen. Bär und Wolf sind weg. Und deswegen brauchen wir die Jäger*innen.“

Das SES profitiert laut dieser Schlussfolgerung von der Wildbestandsregulierung durch die Jagd.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass eine grundsätzliche Akzeptanz und teils auch Wertschätzung gegenüber den sozial-ökologischen Handlungen anderer Akteure vorhanden war – besonders dann, wenn diese als Beitrag zu übergeordneten Zielen wie Schutz, Pflege oder Besucherlenkung im Wald wahrgenommen werden. Die Wirkungen bestimmter sozial-ökologischer Handlungen anderer Akteure wurden folglich durchaus als positiv gewertet.

Beeinträchtigungen wurden eher in Bezug auf die Intensität dieser sozial-ökologischen Handlungen beschrieben.

| Sozial-ökologische Handlung | Wahrgenommene Beeinträchtigung | Wahrgenommene Folgen für das SES | Wahrgenommen durch |
|-----------------------------|---|---|---------------------|
| 1) Jagd | zu wenig Jagd (besonders in bestimmten Gebieten, z. B. Kahlflächen) | <ul style="list-style-type: none"> • hoher Verbiss (besonders von seltenen Baumarten) führt zu geringer Baumartenvielfalt • Wiederbewaldung gefährdet | Forst, Kommune |
| 2) Freizeitaktivitäten | zu viele Besucher*innen im Wald | <ul style="list-style-type: none"> • Wild gestresst • Förderung von Verbiss • Wild weniger sichtbar | Jagd |
| 3) Holznutzung | zu viel und zu lange andauernde Holzernte und -rückung | <ul style="list-style-type: none"> • Wild gestresst • Förderung von Verbiss • Wild weniger sichtbar | Jagd |
| 4) Wiederaufforstung | zu viel Pflanzung der Douglasie | <ul style="list-style-type: none"> • Möglicher Verlust des FSC-Siegels | Umwelt-/Naturschutz |
| 5) Holznutzung | zu starke Entnahme abgestorbener Bäume und zu viel Bodenverdichtung durch Maschinen | <ul style="list-style-type: none"> • Zerkleinerung des Bodens • Verlust von Biomasse | Umwelt-/Naturschutz |

Tabelle 2: Wahrgenommene Beeinträchtigungen durch sozial-ökologische Handlungen anderer Akteure im „Schieferwald“.

- 1) Die meisten Jagdreviere des „Schieferwaldes“ sind vertraglich an Jagdpächter*innen verpachtet. Die Revierleiter*innen und der*die Forstamtsleiter*in kritisierten, dass besonders auf den Kahlflächen zu wenig Wild geschossen werde. Aus ihrer Sicht ist der Rehwild- und Rotwildbestand in vielen Jagdrevieren zu hoch, was dazu führe, dass der Wildverbiss die nicht eingegattete Naturverjüngung stark beeinträchtige. Sie argumentierten, dass zu viele Pflanzen verbissen würden, sodass kaum Bäume wachsen können und nicht ausreichend Schatten entsteht, in dessen Schutz Bäume nachwachsen können. Zudem würden ausgerechnet die seltenen Baumarten verbissen, sodass die von ihnen gewünschte Vielfalt an Baumarten nicht entsteht. Ihre Forderung an die Jagdpächter*innen war daher, vor allem auf Schadflächen mehr bis deutlich mehr Wild zu schießen.

- 2) Die Jagdpächter*innen kritisierten, dass zu viele Besucher*innen im Wald unterwegs seien. Aus ihrer Sicht hat die Freizeitnutzung im Wald zugenommen. Sie argumentierten, dass die Erholungssuchenden insbesondere, wenn sie die Wege verlassen, das Wild stören und unter Druck setzen würden. Das führe dazu, dass das Wild aufgrund von Stress noch mehr Pflanzen verbeißt sowie schreckhafter und für die Jagdpächter*innen weniger sichtbar werde. Somit werde es für sie schwieriger, die Abschussanforderungen zu erfüllen. Ihre Forderung an die Akteure der Bereiche Gemeinde, Forst und Tourismus war, die Lenkung der Besucher*innen zu verbessern sowie die Freizeitnutzung so zu regulieren, dass dem Wild mehr Ruhe ermöglicht wird.
- 3) Die Jagdpächter*innen kritisierten außerdem, dass zu viel Holzernte und -rückung stattfindet und die Arbeiten teilweise zu lange dauerten. Aus ihrer Sicht hat die Holzernte insgesamt zugenommen. Sie argumentierten, dass dadurch ebenfalls das Wild gestört werde mit vergleichbaren Folgen wie bei der Freizeitnutzung: mehr Stress für das Wild, erhöhter Verbiss und erschwerte Sichtbarkeit für Jäger*innen. Ihre Forderung an die Revierleiter*innen und den*die Forstamtsleiter*in war, die Bestände weniger intensiv und zügiger zu durchforsten.
- 4) Die Vertreter*innen des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands wiesen darauf hin, dass es zu Veränderungen im SES mit unbekannten Risiken komme, wenn zu viele Douglasien gepflanzt werden. Aus ihrer Sicht ist es fraglich, inwieweit der Ansatz, 20 % Douglasie in die Buchenwälder zu bringen, mit der FSC-Zertifizierung vereinbar sei. Sie argumentierten, dass die Kommune Gefahr laufen könnte, für ihren Gemeindewald das FSC-Siegel zu verlieren, da die Zertifizierung einen Grenzwert von 20 % für „nicht-heimische Baumarten“ vorsieht, zu denen FSC die Douglasie zählt. Ihre Forderung an die Revierleiter*innen und den*die Forstamtsleiter*in war, die Pflanzung der Douglasie gut abzuwägen, sowie nicht davon auszugehen, den Wald allein durch diese Baumart retten zu können.
- 5) Ein*e Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative kritisierte in Bezug auf eine konkrete Beobachtung im Kommunalwald, dass dort zu viele abgestorbene Bäume aus dem Wald geholt würden und dabei der Boden zerfahren werde. Aus seiner*ihrer Sicht wurde das Entnehmen der Bäume mit „viel Gewalt“ durchgeführt. Er*sie argumentierte, dass auch abgestorbene Bäume zum Mikroklima beitragen und es den Bäumen, Sträuchern und Insekten zugutekomme, wenn auf einzelnen Flächen keine forstliche Nutzung stattfindet. Seine*ihre Forderung an die Revierleiter*innen, den*die Forstamtsleiter*in, die Mitglieder des Gemeindeparlaments und den*die Bürgermeister*in war, für bestimmte Teilgebiete Regelungen zu treffen, sodass dort die abgestorbenen Bäume aufgrund ihrer Biotopfunktion stehenbleiben und mehr Flächen (teilweise) aus der forstlichen Nutzung zu nehmen.

Konfliktkomponenten

Konfliktkomponente Interessen

Mitglieder des Gemeindeparlaments und des kommunalen Verwaltungsorgans:

Die anwesenden Mitglieder des Gemeindeparlaments und des kommunalen Verwaltungsorgans wollen einen intakten und nutzbaren Wald. Sie äußerten immer wieder, wie wichtig ihnen das Gleichgewicht zwischen Forstwirtschaft/Holzertrag und Tourismus ist. Genannte Interessen sind, die Gemeinde touristisch attraktiver zu machen, die private Brennholznutzung weiterhin zu gewährleisten, das FSC-Siegel zu behalten, offen zu sein für andere Baumarten sowie Austausch mit den Jagdpächter*innen und das Finden eines Umgangs mit ihnen. Im Laufe der Sitzungen des Runden Tisches konnten wir jedoch nicht erkennen, inwiefern die geäußerten Interessen Konsens unter den anwesenden Mitgliedern des Gemeindeparlaments und des kommunalen Verwaltungsorgans sind.

Bürgermeister*in:

Der*die Bürgermeisterin möchte den Erhalt und die nachhaltige Nutzung des „Schieferwaldes“ sichern. Für ihn*sie spielt der Wald eine ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle. Ziel ist es, den Wald als Arbeitgeber und regionalen Wirtschaftsfaktor zu stärken. Der*die Bürgermeister*in möchte die Bevölkerung in Waldfragen beteiligen und den Dialog zwischen verschiedenen Interessengruppen wie Jägerschaft, Naturschutz, Tourismus und Landschaftspflege fördern. In die laufende Forsteinrichtung, die extern erarbeitet wird, sollen zentrale Anliegen aus dem Runden Tisch aufgenommen werden.

Revierleiter*innen und Forstamtsleiter*in:

Die von den Revierleiter*innen und dem*der Forstamtsleiter*in am Runden Tisch geäußerten Interessen betreffen insbesondere die Wiederbewaldung. Sie wollen den „Schieferwald“ als Wald erhalten. Ihr Ziel ist es, dabei forstwirtschaftliche Risiken „zu streuen und zu vermeiden“. Entsprechend streben sie eine möglichst breit gefächerte Zusammensetzung von Baumarten sowie eine möglichst breite Altersstrukturierung an. Zudem wollen sie Kahlflächen schnell beschatten, damit diese nicht von Brombeere, Ginster oder Holunder bewachsen werden, was das Aufwachsen von Bäumen erschwere. Da sich selbst aussamende Bäume aus ihrer Sicht am besten an die standörtlichen Bedingungen anpassen, wollen die Revierleiter*innen und der*die Forstamtsleiter*in, dass auf einem Großteil der Kahlflächen (80 %) Naturverjüngung stattfindet. In dieser frühen Phase ist ihnen auf der Kahlfläche eine möglichst große Vielfalt an Baumarten wichtig. Welche Baumarten dort wachsen, ist auf diesen 80 % der Fläche und in dieser Phase zweitrangig, erst später entscheiden sie mit Forstmaßnahmen, welche Bäume sie im Bestand behalten wollen und welche nicht. Allerdings soll die natürliche Verjüngung auf maximal 80 % begrenzt bleiben, um zu vermeiden, dass vor allem wieder Fichten nachwachsen. Diese Baumart soll sich aus ihrer Sicht nicht wieder durchsetzen. Daher pflanzen sie auf einem kleineren Teil der Kahlfläche ausgewählte Baumarten (z. B. Eiche). Sie „streben trotzdem einen angemessenen Nadelbestand an, auch für die Wirtschaftlichkeit“, und pflanzen deswegen auch Douglasien, die sich ihrer Erfahrung nach sehr gut verjüngen. Ein zentrales Anliegen ist ihnen, dass sowohl die gepflanzten als auch die von selbst wachsenden Baumarten aufwachsen können. Sie wollen besonders die jungen Bäume davor schützen, von Wild „angeknabbert“ zu werden, was das Aufwachsen je nach Intensität erschwert bis verwehrt. Daher schützen sie gepflanzte Bäume mit Gattern, während die Naturverjüngung durch die Jagd abgesichert werden soll. Insofern streben sie in der Bestandszahl „angepasste Wildbestände“ an, die niedriger als die heutigen sind, und wollen dazu „mit den Jägern*innen permanent zusammenarbeiten“.

Vertreter*innen des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands:

Die Vertreter*innen des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands setzen sich für eine „naturgemäße Waldbewirtschaftung“ des „Schieferwalds“ ein. Darunter verstehen sie u. a., Wasser im Wald zurückzuhalten, die Biodiversität zu erhalten sowie Rückzugs- und Erholungsorten für Tiere zu schaffen. Außerdem wollen sie Erosion und Bodenverdichtung vermeiden. Ein wichtiges Anliegen ist ihnen, die FSC-Zertifizierung zu behalten, weshalb sie beim Pflanzen von Douglasien besondere Zurückhaltung fordern. Neben ökologischen Zielen ist ihnen auch der pädagogische Aspekt wichtig. Sie wünschen sich, dass die Teilnehmenden des Runden Tisches ihrem Bildungsauftrag nachkommen und Bildungselemente entwickeln, mit denen sie den Waldbesuchenden die aktuelle Situation im Wald näherbringen können. Gleichzeitig sprechen sie sich dafür aus, Unruhe im Wald zu vermeiden und ihn nicht zu attraktiv werden zu lassen für Mountainbiking abseits der Wege. Da es in der Region (fast) keine Raubbeutetiere mehr gibt, befürworten sie eine regulierende Jagd, um das ökologische Gleichgewicht im Wald zu erhalten.

Jagdpächter*innen:

Die Jagdpächter*innen setzen sich für mehr Ruhe im Wald ein, da das Wild aus ihrer Sicht unter „hohem Druck“ steht, der verringert werden müsse. Sie fordern deshalb eine verbesserte Lenkung von Besucher*innen, vor allem durch stärkere Kontrolle und Einhaltung bestehender Regeln (z. B. auf den Wegen bleiben, Hunde anleinen). Neue „Attraktionen“ für Waldbesuchende wie zusätzliche Mountainbike-Trails lehnen sie ab, da diese aus ihrer Sicht zu noch mehr Unruhe führen würden. Insgesamt kritisierten sie, dass der Zugang zum Wald zunehmend über infrastrukturelle Einrichtungen wie Mountainbike-Trails oder Kletterwäldern gesteuert wird. Diese Entwicklung lehnen sie sowohl in Bezug auf bereits bestehende Anlagen als auch auf potenziell zukünftige Vorhaben ab. Die Jagdpächter*innen beklagten, dass durch die zahlreichen Waldschäden auch langanhaltende Holzernte stattfindet, die das Wild zusätzlich beunruhigt. Ein weiteres Interesse der Jagdpächter*innen ist, das Wild besser sehen zu können. Der forstliche Ansatz, mehr Naturverjüngung zuzulassen, stellt sie vor neue Herausforderungen. Mit wachsender Naturverjüngung werde es schwieriger, das Wild auf den Flächen sehen und schießen zu können. Besonders der Ginster wurde in diesem Zusammenhang häufig genannt als eine Art, die zwar frühzeitig auf den Schadflächen wächst, diese aber sehr viel weniger überschaubar macht. Die Jagdpächter*innen forderten außerdem mehr Kompromissbereitschaft von anderen Akteuren. Sie wünschen sich eine stärkere finanzielle Beteiligung an der Wiederbewaldung sowohl durch den Staat als auch durch die Waldbesuchenden und Holznutzer*innen. Wie viele andere Akteure wollen auch die Jagdpächter*innen, dass auf den Schadflächen etwas passiert. Sie befürworten den forstlichen Einsatz für Wiederbewaldung. Anders als der*die Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative sind viele von ihnen für die Entnahme der toten Bäume sowohl aus emotional-ästhetischen als auch aus sicherheitstechnischen Gründen. Die Jagdpächter*innen wollen „miteinander und nicht gegeneinander arbeiten“.

Tourismuskordinator*in:

Der*die Tourismuskordinator*in wünscht sich ebenfalls einen intakten Wald. Er*sie möchte, dass das Alleinstellungsmerkmal der Region touristisch genutzt werden kann und hofft, dass die Bemühungen des Forstes in der Wiederbewaldung erfolgreich sein werden. Aus seiner*ihrer Perspektive stellen Schadflächen einen Mangel in der Qualität der Landschaft dar. Allerdings entstünden auch neue Waldbilder, z. B. gibt es neue Sichtachsen und die Ginsterblüte habe hohen ästhetischen Wert. Für den Tourismus seien Abwechslung und Blicke besonders wichtig. Auch auf die Beschattung des Waldes legte der*die Tourismuskordinator*in Wert, da dies den Waldbesuchern gerade im Sommer eine angenehme Aufenthaltsqualität bietet. Bei starker Nutzung des Waldes durch Mountainbiker*innen bevorzugt der*die Tourismuskordinator*in es, spezielle Wege zu bauen, um diese Art der Nutzung zu lenken. Allerdings unterstützt er*sie die Forderung der Jagdpächter*innen, dass die Kommune ihre Hoheit, auch einmal Nein zu sagen, bei einzelnen engagierten Initiativen der Freizeitnutzung öfter ausüben sollte.

Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative:

Der*die Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative forderte, dass auf Kahlfeldern Holzernte und Räumungen weniger gewaltvoll durchgeführt werden und die Wege weniger von Maschinen zerfahren werden. Sein*ihr Interesse ist, dass der Wald mehr „sich selbst überlassen“ wird. Beispielsweise sollen tote Bäume einfach stehen bleiben, da auch sie zum Mikroklima beitragen. Ertrag solle nicht an erster Stelle stehen. Stattdessen vertrat er*sie, dass „Urwaldflächen“ noch etwas ausgeweitet werden. Ein weiteres Interesse ist es, Naturführer*innen auszubilden, die waldbezogene Themen den Waldbesuchenden und der Bevölkerung gegenüber kommunizieren und diese Aufgabe mit Freude tun.

Vertreter*in des Landschaftspflegeverbands:

Der*die Vertreter*in des Landschaftspflegeverbands verfolgt das Interesse, dass nicht nur die Bäume Aufmerksamkeit bekommen, sondern auch die Waldwiesen, die Randbereiche und die Funktion des Waldes als Frischluftschneise. Darüber hinaus möchte er*sie, dass durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Verständnis und Unterstützung für die Arbeit derjenigen geschaffen wird, die sich um die „Hege und Pflege“ des Waldes kümmern. So möchte der*die Vertreter*in des Landschaftspflegeverbands Menschen erreichen, informieren und für einen achtsamen Umgang mit dem Wald sensibilisieren. Aus seiner*ihrer Sicht verhalten sich informierte Besucher*innen rücksichtsvoller und es besteht eine stärkere soziale Kontrolle im Sinne eines verantwortungsvollen Miteinanders im Wald.

Vertreter*innen des Heimatvereins:

Ein zentrales Interesse der Vertreter*innen des Heimatvereins besteht darin, die Waldbewirtschaftung so zu gestalten, dass sowohl ökologische Anforderungen wie CO₂-Bindung, Klimaanpassung und Artenvielfalt als auch praktische Herausforderungen wie Verkehrssicherung und Wegeinstandhaltung berücksichtigt werden. Dabei wünschen sie sich die Förderung von Baumartenvielfalt und die Anpassung an zukünftige klimatische Unsicherheiten. Ein weiteres Interesse der Vertreter*innen des Heimatvereins ist es, einen Umgang mit Veränderungen zu finden. Daher sollten alle Beteiligten bereit sein, sich weiterzuentwickeln und sich an neue Gegebenheiten anzupassen. Die Vertreter*innen des Heimatvereins formulierten das Interesse, dass das Thema Schadflächen über die Wald- und Klimapädagogik aufgegriffen wird und z. B. Führungen dazu angeboten werden. Außerdem schlossen sie sich dem Interesse der Jagdpächter*innen an, dass Waldbesuchende auf den Wegen bleiben sollten.

Naturparkleiter*in:

Der*die Naturparkleiter*in äußerte ebenfalls das Interesse, Wildtiere vor Unruhe und Störungen zu schützen, indem die Waldbesuchenden gezielt durch Wege gelenkt werden. Diese Wegeführung betreffe vor allem Tourist*innen. Regelmäßige Spaziergänger*innen (z. B. Personen mit Hunden auf ihren Standardstrecken) stellen aus seiner*ihrer Sicht keine große Störung dar, da sich das Wild an deren Anwesenheit gewöhnt habe. Ein weiteres Interesse liegt darin, dass auch dünne Bäume bzw. junge Wälder wertgeschätzt werden, auch sie bieten Lebensräume. Zudem setzt er*sie sich dafür ein, bislang wenig genutzte Baumarten wie die Birke stärker in den Blick zu nehmen und sie bei der Holznutzung mehr zu wertschätzen.

Konfliktkomponente Werte

„Nutzen vs. Stilllegen“

Am Runden Tisch zum „Schieferwald“ zeigt sich, dass die Teilnehmenden grundsätzlich die Vielfalt der Werte anerkennen, die dem Wald zugeschrieben werden. Dennoch wird deutlich, dass Konflikte auch da entstehen, wo bestimmte Werte priorisiert und stark betont werden. Anhand einer Situation am Runden Tisch zeigen wir im Folgenden exemplarisch, wie Werte in den Diskussionen über den „Schieferwald“ vereinfacht und kontrastiert werden und dadurch konfliktverschärfend wirken können. Werte sind in solchen Aushandlungsprozessen häufig nicht explizit benannt, sondern verbergen sich hinter Debatten um konkrete sozial-ökologische Handlungen. Mit ihnen verknüpft ist unmittelbar die normative Frage, welche Handlungen als sinnvoll, notwendig oder gerechtfertigt gelten. In den Diskussionen über diese praktischen Handlungen werden oft Dichotomien angeführt, also polarisierte Gegensätze, z. B. „Nutzen“ vs. „Stilllegen“, wie das folgende Zitat veranschaulicht:

Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative: „Aber man muss auch gewisse Flächen einfach mal gehen lassen, sich selbst überlassen. Auch hingehen, den Wald einfach mal machen lassen. Urwaldflächen würde ich noch'n bisschen ausweiten. Das kommt dem Kleingetier, [...] den Bäumen, den Sträuchern zugute. Ertrag ist nicht alles.“

Hiermit stellte der*die Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative den „Ertrag“ auf der einen Seite und „Kleingetier, Bäume, Sträucher“ auf der anderen Seite gegenüber. Er*sie beschrieb damit die häufig reproduzierte Dichotomie von „bewirtschaftet“ vs. „nicht-bewirtschaftet“ und stellte damit ökonomische und ökologische Werte einander gegenüber.

Bei den Sitzungen des Runden Tisches wurde deutlich, dass ein Phänomen zur Entstehung dieser Dichotomie beiträgt: Die auf eigenen Vorannahmen basierende Reduzierung der (tatsächlich vielfältigen) Werte der anderen Partei auf einen einzigen Maximalwert zeigt sich zum einen im genannten Zitat mit der Annahme, für das Gegenüber sei Ertrag „alles“. Zum anderen wird dies in der daran anschließenden Äußerung von einem*einer Jagdpächter*in deutlich:

Jagdpächter*in: „[...] Zu der Sache Kahlfäche sich selbst überlassen, da hat er*sie [anonymisiert] recht. Aber unser Wald ist Tourismus, Erholung, Wirtschaft, Jagdpacht. [...] Den Wald sich selbst überlassen hört sich gut an, aber das wird nicht gehen. Wald ist auch Nutzung für die Allgemeinbevölkerung, wird für Brennholz genutzt. Dafür ist er nun einmal da [...].“

Der*die Jagdpächter*in reagierte auf das Statement vonseiten der regionalen Naturschutzinitiative, indem er*sie gegen den grundsätzlichen Ansatz „den Wald sich selbst überlassen“ argumentierte. Diese Dynamik setzt sich auch in weiteren Diskussionsbeiträgen fort, etwa durch den*die Forsteinrichter*in, der*die sich gegen eine „großflächige Stilllegung“ aussprach, die jedoch von dem*der Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative eigentlich gar nicht angesprochen war:

Forsteinrichter*in: „Dass der Wald so viele Ziele vereint: Naturschutz betreiben, Artenschutz, andererseits das Bedürfnis nach Holz. Da muss man den Spagat finden zwischen [...], was meiner Ansicht nach nicht durch großflächige Stilllegung zu erreichen ist. Eine Nutzung des Waldes widerspricht nicht dem Naturschutz. Es entstehen auch Biotope, die so eigentlich gar nicht geplant waren. Welche, die es in rein belassenen Gebieten gar nicht gibt.“

Auch hier wird „Stilllegung“ als Gegenbild zur multifunktionalen Nutzung des Waldes dargestellt, obwohl eine vollständige „Stilllegung“ zuvor überhaupt nicht gefordert wurde. Die Dichotomie „bewirtschafteter Wald“ vs. „nicht-bewirtschafteter Wald“ wurde durch die drei zitierten Diskussionsbeiträge verstärkt und erweckte den Eindruck, hier stünden sich zwei unvereinbare Interessen mit dahinterliegenden unvereinbaren Werten gegenüber: Wirtschaftswald oder „Urwald“. Ein gemeinsames Aushandeln wird so fast unmöglich. Diese Vereinfachung und Gegenüberstellung kann dazu führen, dass die tatsächliche Wertevielfalt in der Debatte verlorengeht.

Auffällig ist, dass der*die Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative – als es um ihn*sie selbst ging – diese Reduzierung seiner*ihrer Werte auf den einzigen Wert „natürliche Prozesse schützen“ bemerkte und versuchte, dies zu korrigieren:

Vertreter*in der regionalen Naturschutzinitiative: „Nur mal zur Klarstellung: Ich will nicht den kompletten Wald sich selbst überlassen.“

Das Beispiel zeigt, dass nicht unbedingt die Werte selbst, sondern ihre diskursive Reduktion auf polarisierende Gegensätze wie „Nutzen“ vs. „Stilllegen“ zentrale Konflikttreiber darstellen. Diese Vereinfachung erschwert nicht nur die gegenseitige Verständigung, sondern auch eine konstruktive Aushandlung über konkrete Handlungsmöglichkeiten. Die Diskussion am Runden Tisch zum „Schieferwald“ verdeutlicht somit exemplarisch, wie wichtig es ist, die tatsächliche Wertevielfalt anzuerkennen und im Diskurs angemessen zu repräsentieren, um Polarisierung entgegenzuwirken und Kompromissbildung zu ermöglichen.

„Wald vor Wild vs. Wald mit Wild“

Ein weiteres Beispiel, bei dem die Konfliktkomponente Werte am Runden Tisch zutage trat, ist die Frage nach der Prioritätensetzung zwischen „Wald“ und „Wild“. Im Zentrum stand die Kritik der Jagdpächter*innen, dass im „Schieferwald“ derzeit die Strategie „Wald vor Wild“ verfolgt werde. Demnach werde Bäumen und Wiederbewaldung ein höherer Stellenwert eingeräumt als dem Schutz des Wildes. Die Jagdpächter*innen selbst stellten dem den Ansatz „Wald mit Wild“ gegenüber, das ihr eigenes Werteverständnis widerspiegelt. Insbesondere die Forderung von Kommune und Forst, die Abschusszahlen deutlich zu erhöhen, interpretierten die Jagdpächter*innen als einseitige Priorisierung des Waldes:

Jagdpächter*in: „Die anspruchsloseste Form ist, das Wild totzuschießen. Ständig sind Erholungssuchende unterwegs und stören das Wild. Wo sollen die hin? Wo sollen die äsen? Was sollen die äsen? Die müssen äsen! Wir brauchen Wald *mit* Wild.“

Mit dieser Aussage nahm der*die Jagdpächter*in die Sprecherrolle für das Wild ein. Aus seiner*ihrer Sicht ist das Wild bereits sehr gestört durch Erholungssuchende, hat aber ein Recht auf Nahrung. Die Formulierung „die anspruchsloseste Form“ verweist abwertend auf die Strategie des erhöhten Abschusses und impliziert eine Art zu handeln, die als nicht werteorientiert wahrgenommen wird. Aus Sicht der Jagdpächter*innen wird der Tierschutz der Holznutzung untergeordnet. Die Kritik richtet sich auch gegen die zugrundeliegende Problemanalyse: Ein erhöhter Verbiss sei vielmehr zurückzuführen auf hohen Druck durch Waldarbeiten und Waldbesuchende und weniger auf einen zu hohen Wildbestand. Vor diesem Hintergrund forderten die Jagdpächter*innen eine breitere Verteilung der Verantwortung: Der Staat müsse finanziell mehr unterstützen und auch Waldnutzer*innen müssten „zur Kasse gebeten werden“, schließlich gehe es um die zentrale Frage:

Jagdpächter*in: „Was ist uns der Wald wert?“

Für die Kommune wies der*die Bürgermeister*in die Unterstellung eines einseitigen Werteverständnisses zurück:

Bürgermeister*in: „Es ist nicht Wald vor Wild, so wie Sie das gesagt haben.“

Aus kommunaler und forstlicher Perspektive stelle sich die Situation anders dar: In vielen Jagdrevieren des Gemeindewalds ließe sich das Ziel, die Schadflächen überhaupt wieder zu bewalden, nur mit deutlich höherem Abschuss erreichen. Sonst gäbe es auf diesen Flächen in Zukunft womöglich gar keinen Wald, in dem Wild leben kann. Der Forst möchte nicht mehr als 20 % der Schadflächen gattern, neben enormen Kosten ginge dies mit einer nicht gewünschten Verkleinerung des Lebensraums einher:

Revierleiter*in: „Wenn wir eingattern, ist es Eiche oder Weißtanne, Tanne allgemein. Buche und alle anderen müssen von so kommen. Man wird nicht alles eingattern können. Wollen wir auch nicht, weil mit jedem Gatter wird der Lebensraum kleiner. Man konzentriert das Wild dann auf den Restflächen. Es sind keine Rettungsmaßnahmen, nur Unterstützungen. Keiner will Zäune im Wald. Eiche und Tanne kriegen wir anders nicht hoch, das ist wie ein Büffet.“

Hier versuchte der*die Revierleiter*in die eigene Wertevielfalt deutlich zu machen: Es gehe ihm*ihr nicht darum, Wild vollständig aus dem Wald zu verdrängen, sondern darum, die Regeneration des Waldes sicherzustellen, ohne gleichzeitig den Lebensraum des Wildes massiv einzuschränken. Auch ein*e Jagdpächter*in betonte die Notwendigkeit der Differenzierung, die er*sie auf zwei derzeit stattfindende Wandel aufbaute:

Jagdpächter*in: „Grundsätzlich ist die Jägerschaft im Generationenwandel. Wir akzeptieren Bonus-Malus-Verträge. Wir sind in guter Kommunikation mit dem Forst. Die Freizeitnutzung im Wald hat zugenommen, wodurch sich Austrittszeiten ändern. Das zieht einen Wandel der Bejagung nach sich. [...] Ja, man muss versuchen, die Wildbestände in großen Teilen runterzubekommen. Dass der Bestand zu hoch ist, liegt nicht an der Gesamtjägerschaft, sondern an einzelnen Zellen. Kommunikation ist wichtig, dass gemeinschaftlich gehandelt werden kann.“

Der*die Jagdpächter*in hob hervor, dass sich zum einen die Jagd in einem Wandel befände, etwa durch geänderte Austrittszeiten des Wildes infolge zunehmender Freizeitnutzung. Zum anderen verwies er*sie auf einen intergenerationellen Wertewandel innerhalb der Jägerschaft. Eine neue Generation akzeptiere neue Steuerungsinstrumente wie bspw. Bonus-Malus-Verträge. Zugleich nahm der*die Jagdpächter*in in der Aussage eine interne Differenzierung innerhalb der Jägerschaft vor: Die Verantwortung für einen überhöhten Wildbestand dürfe nicht pauschal der gesamten Jägerschaft zugeschrieben werden, sondern sei auf einzelne Jagdpächter*innen („Zellen“) zurückzuführen. Die Aussage zeigt eine grundsätzliche Veränderungsbereitschaft, den Wunsch nach kooperativer Zusammenarbeit, aber auch das Bedürfnis als Akteursgruppe differenziert wahrgenommen zu werden.

Die Debatte um „Wald vor Wild“ vs. „Wald mit Wild“ offenbart einen grundlegenden Wertekonflikt über die Frage, welche Schutzinteressen Vorrang genießen sollen. Es wird jedoch auch deutlich, dass die Polarisierung der Werte nicht zwingend auf unvereinbaren Positionen beruht: Sowohl die Jagdpächter*innen als auch forstliche und kommunale Akteure artikulierten differenzierte Perspektiven, die zum Teil Überschneidungen andeuten. Die zentrale Herausforderung an einem Runden Tisch besteht somit nicht darin, sich auf bestimmte Werte zu einigen, sondern darin, die bestehende Wertevielfalt anzuerkennen, dabei auch Überschneidungen sichtbar zu machen und auf dieser Basis gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Konfliktkomponente Wissen

Auch die Konfliktkomponente Wissen war am Runden Tisch zum „Schieferwald“ erkennbar. Ein Hinweis auf einen eventuellen Ermessenskonflikt ist die Diskussion darüber, wie viele Menschen eigentlich im Wald unterwegs sind. Bei einer gemeinsamen Waldbegehung wurde diskutiert, inwiefern es sinnvoll sein könnte, eine Wildbeobachtungsstation einzurichten, um Waldbesucher*innen zu lenken und ihnen dennoch Naturerlebnisse zu ermöglichen.

Jagdpächter*in 1: „Das Wild ist schon jetzt unter hohem Druck, wenn dann noch die Horde tobt ...“

Tourismuskordinator*in: „Ich glaub’ nicht, dass die Horde tobt.“ [...]

Anwohner*in: „Hier ist doch fast nie jemand unterwegs!“

Jagdpächter*in 2: „Man denkt gar nicht, an welchen Ecken man überall Menschen trifft ...“

Hier stehen sich das Wissen von Jagdpächter*innen, Anwohner*in und Tourismuskordinator*in gegenüber. Die Jagdpächter*innen berichteten mehrfach, dass sie im Wald häufig und auch an unerwarteten Stellen Waldbesuchenden begegnen. Sie stellten fest, dass diese Begegnungen besonders seit der Corona-Pandemie zugenommen haben, und schlossen daraus, dass sich die Zahl der Waldbesuchenden deutlich erhöht habe. Der*die Tourismuskordinator*in relativierte die Einschätzung. Er*sie nehme zwar wahr, dass bspw. die von ihm*ihr eingerichteten Premiumwanderwege angenommen werden, sieht den Tourismus in der Gemeinde jedoch noch in den Kinderschuhen. Zudem hält er einen großen Ansturm für eher unwahrscheinlich. Der*die Anwohner*in führte seine*ihre Sicht nicht weiter aus, aber es ist vorstellbar, dass er*sie bei seinen Waldbesuchen auf weiter Flur kaum eine Menschenseele trifft. Jagdpächter*in 2 wiederum wies darauf hin, dass die Zahl der Waldbesuchenden unterschätzt werde.

Gleichzeitig ist die Konnotation der Frage „Wie viele Menschen sind unterwegs?“ zu berücksichtigen: Die*der Jagdpächter*in beschrieben die Begegnungen mit Waldbesuchenden meist als störend, sie verschreckten das Wild und erschwerten die Jagd. Für den*die Tourismuskordinator*in hingegen sind eher noch nicht genug Waldbesuchende unterwegs. Und der*die Anwohner*in genießt im Wald die Ruhe und Einsamkeit.

Es zeigt sich, dass die Akteure ihre Einschätzungen zur Zahl der Waldbesuchenden auf Grundlage eigener Beobachtungen treffen, die sie in sehr unterschiedlichen Kontexten machen, etwa bei der Jagd, beim Spaziergehen oder beim Planen touristischer Angebote. Diese Beobachtungen interpretieren und bewerten sie jeweils aus der Perspektive ihrer eigenen bzw. priorisierten Waldbnutzung, was zu abweichenden Auffassungen über die Nutzung des Waldes führt.

Dieses Beispiel zeigt: Die Konfliktkomponente Wissen umfasst weit mehr als Auseinandersetzungen um wissenschaftliche Daten. Sie bezieht sich auf die unterschiedlichen Wissensbestände der Akteure – also das, was sie aufgrund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen für wahr halten und worauf sie ihre Argumentation und ihr Handeln stützen. Wenn sich diese Bilder der Realität unterscheiden, beeinflusst das unmittelbar die Dynamik von Konflikten.

Darüber hinaus sind auch Konflikte um Wissen erkennbar, die weniger sichtbar ausgetragen werden. So werden Frick-Trzebitzky et al. zufolge Konflikte um Wissen häufig nicht direkt benannt, sondern indirekt als Frage oder Unsicherheit formuliert (Frick-Trzebitzky et al. 2021: 25). Auf diese Art und Weise lässt sich Kritik vorsichtig ansprechen, ohne dabei die Autorität der anderen Person zu untergraben. Ein Beispiel hierfür ist die Situation, in der ein*e Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands zur Brombeere nachfragte: Der*die Revierleiter*in erläuterte, was aus seiner*ihrer Sicht in den kommenden Jahren auf jenen Schadflächen passiere, auf denen noch kein Jungaufwuchs vorhanden ist, also wo keine jungen Bäume unter den absterbenden stehen. Er*sie prognostizierte mit großer Überzeugung:

Revierleiter*in: „Wenn ein Vorwald schon da ist, wird das schnell auch wieder eine Waldfläche.

Wenn nicht, wachsen dort wuchshemmende Pflanzen wie Brombeere, Ginster oder Holunder.

Dann ist die Fläche verbuscht. Nach fünf, sechs Jahren ist das zwei, drei Meter hoch.“

Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands: „Ich hab’ noch paar Wissensfragen.

Die Brombeere hat im Garten fünf bis sechs Jahre Lebensdauer. Ist das im Wald anders?“

Revierleiter*in: „Ein Brombeerfeld ist relativ stabil. Es kommt immer was nach. Außer es bricht mal was zusammen, zum Beispiel durch Nassschnee. Lichtbaumarten brauchen aber Licht, um dort zu wachsen.“

Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands: „Die zweite Frage ist: Hängt der Bewuchs nicht auch ein bisschen vom Boden ab? Bei [Nachbargemeinde] haben sie keine Brombeeren, bei uns sind sie überall präsent.“

Revierleiter*in: „Das kommt auf die Bedingungen an [...]“

Eine erste Lesart legt nahe, dass die Argumentation von dem*der Revierleiter*in für den*die Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands aus seinem*ihrem Wissen heraus nicht nachvollziehbar ist. Er*sie zieht in Erwägung, dass sein*ihr Erfahrungswissen aus dem Garten im Wald nicht gelten könnte. Er*sie spricht den*die Revierleiter*in als Experte*Expertin an und fordert ihn*sie auf, sein*ihr Wissen zu teilen. Eine alternative Lesart hebt eine implizite Kritik hervor: Die*der Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands hinterfragt die Darstellung der Brombeere als Störfaktor. Er*sie verpackt seine*ihre Kritik bewusst in Fragen, um die bestehenden Wissenshierarchien nicht zu verletzen und ein kooperatives Verhältnis aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig möchte er*sie nicht auf kritische Inhalte verzichten und plädiert mit dem Hinweis auf die notwendige Berücksichtigung des Bodens für eine differenzierte Betrachtung.

Am Beispiel der Brombeer-Diskussion im „Schieferwald“ wird deutlich, wie vielfältig und vielschichtig die Konfliktkomponente Wissen ausgeprägt sein kann. Dabei zeigt sich, dass entscheidende Hinterfragungen nicht nur in offen ausgetragenen Differenzen liegen, sondern gerade auch in vorsichtig kommunizierten Unsicherheiten und Fragen.

Konfliktkomponente Beziehungen

Die Konfliktkomponente Beziehungen zeigte sich am Runden Tisch zum „Schieferwald“ durch teilweise fehlende Vertrautheit und Unsicherheiten im Umgang miteinander sowie durch unausgesprochene Erwartungen und selektive Kommunikation.

Mehrere Akteure betonten, dass der Runde Tisch erstmals die Möglichkeit bot, sich in großer Runde zu begegnen:

Bürgermeister*in: „[...] weil wir es noch nie geschafft haben, dass alle gemeinsam an einem Tisch sitzen.“

Vorsitzende*r des Jagdvereins [bei der ersten Sitzung]: „Alle an einen Tisch zu bekommen, das ist schwierig, das ist hier heute gut gelungen. Wenn Schlagworte da stehen und Einzelne darüber ins Gespräch kommen, ist schon etwas gewonnen.“

Dieser Aspekt wurde zwar nur am Rande thematisiert, zeigt jedoch, dass einige Akteure den Eindruck hatten, bisher hätten nicht alle Seiten die Bereitschaft gehabt, aufeinander zuzugehen, sich auszutauschen und gemeinsam etwas zu erarbeiten. Der fehlende gemeinschaftliche Dialog wurde bedauert. Außerdem wurde eine gewisse Unsicherheit im Umgang miteinander erkennbar, die darauf zurückzuführen ist, dass der Austausch noch nicht zur Gewohnheit geworden ist:

Mitglied des Gemeindeparlaments: „Was ich beim letzten Runden Tisch sehr gut fand, war, dass die Jägerschaft mit am Tisch saß. Die Frage war immer, wie begegnet man denen?“

Das Mitglied des Gemeindeparkaments verweist auf die bisherige Distanz zwischen Kommune und Jagdpächter*innen. Er*sie schätzt die neue Möglichkeit der direkten und persönlichen Kommunikation, nachdem es den Mitgliedern des Gemeindeparkaments offenbar längere Zeit schwergefallen war, mit ihnen zu interagieren.

Auch Fehlkommunikation kann auf die Konfliktkomponente Beziehungen hinweisen. Folgendes Beispiel von der ersten Sitzung des Runden Tisches verdeutlicht dies:

Jagdpächter*in: „Wir hatten mit dem*der Bürgermeister*in [anonymisiert] ausgemacht, dass ihr vom Forst Bejagungs- und Äsungsschneisen macht und wir bejagen.“

Bürgermeister*in: „Das hatten wir so nicht abgesprochen. Wir stellen die Flächen zur Verfügung. Aber wir machen nicht die Schneisen. Deshalb warten wir auf die Vorschläge der Jägerschaft.“

Die Jagdpächter*innen erwarteten, dass der*die Bürgermeister*in und der Forst hinsichtlich der Bejagungsschneisen auf sie zukommen. Aus ihrer Sicht ist es das Interesse der Kommune und des Forstes, dass sie auf den Schadflächen jagen. Umgekehrt erwartete jedoch auch der*die Bürgermeister*in, dass die Jagdpächter*innen Ideen für die Einrichtung der Jagdschneisen einbringen. Er*sie sieht diese jagdliche Infrastruktur im Verantwortungsbereich der Jagdpächter*innen. Die gegenseitige Erwartung an das Gegenüber, den ersten Schritt zu machen, führte letztlich dazu, dass das Vorhaben nicht breiter umgesetzt wurde. Der Fehlkommunikation lagen somit unterschiedliche Vorstellungen von Verantwortung zugrunde.

In diesem Zusammenhang wird ein zweiter Aspekt deutlich. Bei der zweiten Sitzung deutete der*die Bürgermeister*in an, dass es mit einzelnen Jagdpächter*innen bereits konkrete Vereinbarungen gegeben hat.

Bürgermeister*in: „Wir haben ja auch Jagdschneisen angesprochen. Haben versprochen, dass wir die Hälfte der Mulchkosten zahlen. Dass wir im gemeinsamen Austausch das angehen.“

Moderation: „Wurde das jetzt nach dem letzten Runden Tisch besprochen?“

Bürgermeister*in: „Ach, das ist schon alt. Aber manche wussten es ja nicht.“

Hier zeigt sich, dass die Kommunikation nicht an alle gerichtet war, sondern nur mit einzelnen Jagdpächter*innen stattgefunden hatte. Die selektive Kommunikation führte dazu, dass manche Jagdpächter*innen nicht einbezogen wurden. Es entstanden unterschiedliche Erwartungshaltungen: Einige Jagdpächter*innen gingen davon aus, dass es noch keine Absprachen gab, andere fühlten sich bereits eingebunden, was die Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Bejagungsschneisen erschwerte und auf beiden Seiten zu Irritationen führte und den Prozess erschwerte.

Die Beispiele zeigen, dass nicht nur Interessen und Werte, sondern auch unausgesprochene Erwartungen, unklare Rollen und selektive Kommunikation die Zusammenarbeit erschweren können. Der Runde Tisch bot hier einen Rahmen, in dem sich solche Beziehungsspannungen zeigten und zumindest teilweise bearbeitet werden konnten.

Im Kontext der Konfliktkomponente Beziehungen hilft es, auch Selbst- und Fremdzuschreibungen der Akteure zu betrachten und dabei über die von Moore (2003) genannten Stereotype hinauszugehen. Solche Zuschreibungen beeinflussen, wie sich Akteure im Konflikt verorten und wie sie anderen gegenüber treten. Bei der ersten Sitzung am Runden Tisch formulierten besonders die Jagdpächter*innen ihr Selbstverständnis. Dabei wurde auch deutlich, wie sie glauben, von den anderen Akteuren wahrgenommen zu werden:

Jagdpächter*in: „Man sucht in so einem Spiel immer den Bösen, das ist immer leicht, den Jäger als den Bösen zu nennen.“

Der*die Jagdpächter*in fühlte sich von anderen Akteuren in eine negativ konnotierte Rolle gedrängt. In dieser Rolle sah sich aber bereits der*die Tourismuskordinator*in:

Tourismuskordinator*in: „Bisher dachte ich immer, der Wanderer ist der Buhmann und der Bösewicht. Jetzt ist es der*die Jäger*in. Dann sind wir zusammen die Buhmänner.“

Beide Akteure fühlten sich in eine Rolle gedrängt, die mit Störung oder Schuld konnotiert ist und nicht selten eine Abwehrhaltung oder Rechtfertigungsdruck nach sich zieht. Einige Jagdpächter*innen fühlten sich nicht nur als „Böse“ im Konflikt klassifiziert, sondern darüber hinaus auch für komplexe Konfliktgegenstände allein verantwortlich gemacht.

Die Jagdpächter*innen beschrieben sich selbst jedoch als kooperativ und kompromissbereit und betonten, dass sie bereits im Austausch mit dem Forst seien. Sie seien „am Wald als Gesamtpaket interessiert“. Manche Jagdpächter*innen hoben hervor, dass sie die Jagd als Hobby betreiben und nur bedingt finanziellen Aufwand unternehmen können. Aus ihrer Sicht wird ihr Beitrag für die Gemeinde häufig nicht ausreichend anerkannt. Sie verwiesen darauf, dass die Jagdpacht eine wichtige Einnahmequelle darstelle.

Auch bei anderen Akteuren waren Selbstzuschreibungen erkennbar: Der*die Tourismuskordinator*in etwa betonte die Bedeutung des Tourismus als nicht zu unterschätzenden regionalen Wirtschaftsfaktor. Der*die Forstamtsleiter*in wiederum sieht sich selbst als Vermittler im Konflikt und betonte engagierte Bemühungen zur Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Ein*e Vertreter*in des Heimatvereins stützte diese Perspektive, indem er*sie dem Forst Fachexpertise zusprach:

Vertreter*in des Heimatvereins: „Der Forst sind die Fachleute.“

Des Weiteren ließ sich beobachten, dass einige der Beteiligten sich selbst gar nicht als Konfliktpartei sehen. Der Landschaftspflegeverband eint durch seine paritätische Zusammensetzung naturschutzfachliche, land- und forstwirtschaftliche sowie kommunalpolitische Interessen und positionierte sich deshalb eher vermittelnd, um sich nicht einseitig im Konflikt zu verorten. Der*die Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands erklärte:

Vertreter*in des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands: „Ich habe kein Interesse am Wald, ich will nur, dass der wächst.“

Auch der*die Forsteinrichter*in betonte stark, dass seine*ihre Funktion auf Neutralität beruhe und er*sie kein Interesse am „Schieferwald“ habe:

Forsteinrichter*in: „Wir sind neutrale Gutachter, wir haben kein Interesse.“

Solche Aussagen lassen sich als Versuch deuten, Neutralität zu signalisieren und sich aus konfliktiven Zuschreibungen herauszuhalten – sei es zur Wahrung von Objektivität oder zur Absicherung

der eigenen Position. Gleichzeitig können andere Akteure dies als Ausweichverhalten oder mangelnde Verantwortungsübernahme wahrnehmen.

Am Beispiel des „Schieferwalds“ zeigt sich, dass Beziehungskonflikte sich nicht nur durch offene Konfrontationen äußern, sondern auch durch Selbst- und Fremdzuschreibungen. Die Akteure positionierten sich dadurch im Konflikt, sei es als Betroffene, Vermittler*innen oder neutrale Instanzen. Diese Vielfalt macht deutlich, dass die Konflikte nicht entlang binärer Gegensätze strukturiert sind, sondern dass ihnen ambivalente Beziehungskonstellationen zugrunde liegen.

Konfliktkomponente Strukturen

Ein erster Aspekt der Komponente Strukturen wird erkennbar in der Auseinandersetzung über die Jagdpachtverträge. Die Jagdpächter*innen kritisierten, dass die Gemeinde neue Pachtverträge mit von ihr allein vorgegebenen Zielsetzungen formuliert habe. Sie sehen sich dadurch doppelt belastet: Abschussanforderungen werden durch Jagdrecht und Kommune festgelegt, zusätzlich fänden durch den Forst langanhaltende waldbauliche Maßnahmen statt, die es erschwerten, die Abschussanforderungen zu erfüllen. Die Jagdpächter*innen empfinden diese Kombination als strukturell ungerecht, da sie die Ausübung der Jagd einschränke und gleichzeitig hohe Anforderungen an sie stelle.

Als zusätzliches Steuerungsinstrument hat die Gemeinde (nach einem Beschluss des Gemeinderats) Bonus-Malus-Verträge eingeführt: Wenn Jagdpächter*innen mehr Wild schießen als gefordert, bekommen sie Geld zurück, wenn sie weniger schießen als gefordert, müssen sie Geld nachzahlen. Einige Jagdpächter*innen sehen dieses System kritisch, da es die ohnehin vorhandene strukturelle Belastung von Verantwortung und Finanzlast erhöht. Aus Sicht der Jagdpächter*innen zeigt sich darin, wie stark ihr Handeln durch externe Strukturen reguliert wird, ohne dass sie selbst ausreichenden Einfluss auf die Rahmenbedingungen haben.

Ein weiteres strukturelles Spannungsfeld ergab sich in der Diskussion um Jagdschneisen. Hier stellte sich die Frage, wer für Anlage und Pflege der Bejagungsschneisen finanziell aufkommt: die Kommune als Waldbesitzerin oder die Pächter*innen als Jagdausübende. Die Jagdpächter*innen zeigten sich zunächst nicht bereit, die Kosten für die Anlage der Jagdschneise zu tragen und die alleinige Verantwortung für deren Pflege zu übernehmen. Sie verwiesen auf die Rolle weiterer Waldnutzer*innen sowie auf die der Allgemeinheit (bzw. des Staates) und forderten von diesen Seiten finanzielle Beteiligung bei der Wiederbewaldung. Im späteren Verlauf der Diskussion stimmten die anwesenden Jagdpächter*innen schließlich einem Kompromiss zu.

Ein weiteres Beispiel für die Konfliktkomponente Strukturen ist die Kommunikation mit den Waldbesuchenden. Beispielsweise kritisierte der*die Tourismuskordinator*in:

Tourismuskordinator*in: „Das ist für den Wanderer nicht ganz ersichtlich, die momentane Einschlagstätigkeit an verschiedensten Stellen. [...] Kommunikation ist besonders wichtig, mit den Waldbesuchenden im Gespräch zu sein. Situationen sind vor allem dann schwierig, wenn sie nicht informiert sind.“

Der*die Tourismuskordinator*in wies damit auf ein strukturelles Problem hin: Waldbesuchende würden im Wald nicht informiert über den aktuellen Zustand des Waldes und über den forstlichen Umgang damit. Diese Intransparenz trage dazu bei, dass durch Unverständnis konflikthafte Begegnungen entstehen. Aus seiner*ihrer Sicht gibt es für die fehlende Kommunikation mit Waldbesuchenden bislang keine institutionalisierten Lösungen.

Ebenen des Konflikts

Im Rahmen der Diskussionen an den Runden Tischen wurden die Verflechtungen der lokalen Konflikte mit politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf der Meso- und auf der Makroebene erkennbar. Die Akteure nahmen in ihrer Argumentation auf diese Ebenen Bezug und werden zugleich von ihnen beeinflusst.

Die Mesoebene, die u. a. das Landeswaldgesetz und landesspezifische forstpolitische Regelungen umfasst, wurde in den Diskussionen mehrfach thematisiert. Der*die Forstamtsleiter*in merkte an, sich mit der geplanten Wiederaufforstung von lediglich 20 % der Kahlfächen juristisch „an der Grenze“ des Bundes- und Landeswaldgesetzes zu bewegen. Gesetzlich sei nämlich vorgeschrieben, innerhalb einer bestimmten Zahl von Jahren eine Wiederbewaldung einzuleiten, wozu der Bewuchs mit Brombeere, Ginster oder Holunder nicht zähle.

Konflikte um die Spaziergänger*innen und Wandernde im Wald, die nach Beobachtungen der Jagdpächter*innen eventuell das Wild stören, sind bereits durch die Makroebene vorstrukturiert. Das allgemeine Betretungsrecht des Waldes, das im Bundeswaldgesetz verankert ist, erlaubt zwar Einschränkungen, diese müssen jedoch im Rahmen der im Landeswaldgesetz genannten Tatbestände erfolgen – also entsprechend von Vorgaben auf der Mesoebene. Solche Begrenzungen können z. B. für Gebiete mit Naturschutzauflagen, für Pflanzwälder oder für Ruhezeiten des Wildes ausgesprochen werden.

Mit einer Waldzertifizierung bestätigt der Zertifizierer, dass die Bewirtschaftungsweise des jeweiligen Forstbetriebs seinen Anforderungen entspricht. Es gibt in Deutschland mit dem FSC und dem PEFC zwei verschiedene Zertifizierungssysteme für Forstunternehmen, die sich hinsichtlich ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Richtlinien, aber auch der Betrachtung der Produktverarbeitung deutlich unterscheiden. Der Forstbetrieb hat sich für eins dieser Systeme entschieden. Wenn der Erhalt der Zertifizierung von Wald und Forstbetrieb angesprochen wird, geht es folglich um Aspekte, die auf der Makroebene festgelegt wurden. Wie beschrieben sahen Vertreter*innen des lokalen Umwelt- und Naturschutzverbands mit der Entscheidung für eine stärkere Ausrichtung auf die Douglasie die FSC-Zertifizierung gefährdet. Ein Mitglied des Gemeinderats argumentierte dagegen, das Siegel müsse sich an die durch den Klimawandel veränderten Voraussetzungen anpassen. Er*sie formulierte die Perspektive, als Kommune auch Impulse zu geben und auf diese Problemlage auf Seiten des FSC aufmerksam zu machen.

Die Makroebene, die internationale, europäische und bundespolitische Rahmenbedingungen umfasst, wurde ebenfalls ausdrücklich angesprochen. Beispielsweise verwies ein*e Jagdpächter*in auf die historische Entwicklung des Wirtschaftswalds in Deutschland und erinnerte, dass dessen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg durch staatliche Unterstützung möglich gewesen sei. Auch heute seien staatliche Mittel erforderlich, um die Waldflächen an den Klimawandel anzupassen. In diesem Kontext forderte ein*e weitere*r Jagdpächter*in, dass auch andere Waldnutzende einen finanziellen Beitrag für den Wald leisten müssten. Er*sie machte deutlich, dass die Herausforderungen nicht allein von Jagdpächter*innen und Forstwirtschaft bewältigt werden könnten, und verwies stattdessen auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung und politische Steuerung jenseits der lokalen Ebene. Auch der*die Bürgermeister*in griff diesen Punkt auf mit dem Hinweis, dass sich mit der zu erwartenden Baumartenvielfalt und mit der Einführung neuer Baumarten auch Industrie und Konsumverhalten verändern müssten.

Insgesamt zeigt sich am Beispiel des „Schieferwalds“, dass Waldkonflikte sehr eng mit der Meso- und Makroebene verflochten sind. Politische, gesetzliche und ökonomische Rahmenbedingungen bestimmen maßgeblich den forstlichen Umgang mit Kahlfächen und prägen den Handlungsspielraum der lokalen Akteure. Herausforderungen wie der Klimawandel, gesetzliche Vorgaben und Zertifizierungsstandards liegen in vielen Fällen außerhalb des lokalen Handlungsspielraums. Sie werden jedoch auch angeführt, um die eigenen sozial-ökologischen Handlungen zu legitimieren

oder jene anderer Akteure zu kritisieren. Gleichzeitig bestehen auf der Mikroebene durchaus Gestaltungsmöglichkeiten – etwa durch die konkrete Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben, durch die Wahl des Zertifizierungssystems oder durch Rückmeldungen an übergeordnete Institutionen.

Kommunikative Konfliktodynamiken am Runden Tisch

Kommunikation

Die Kommunikation der Teilnehmenden war zu Beginn vielfach geprägt von Selbstvergewisserung, Verteidigung und vorsichtiger Annäherung. Besonders die Jagdpächter*innen legten Wert darauf, in ihren Wortbeiträgen die eigene Gruppe zu beschreiben. Damit positionierten sie sich nicht nur als eigenständige Akteursgruppe (und grenzten sich zugleich von den anderen Teilnehmenden ab), sondern versuchten auch, möglichen Vorurteilen gegenüber ihrer Rolle im Konflikt vorzubeugen. Diese Selbstbeschreibung diente einerseits dazu, die Deutungshoheit über die eigene Gruppe abzusichern, und andererseits als Öffnungsgeste gegenüber den anderen Beteiligten, etwa durch die Betonung der eigenen Kooperationsbereitschaft. Interessanterweise kam es dabei auch zu Abgrenzungen innerhalb der eigenen Gruppe: Es wurde betont, dass „nur einzelne Zellen“ dafür verantwortlich seien, dass der Wildbestand zu hoch sei. Außerdem verwiesen einige Jagdpächter*innen auf einen Generationenwechsel innerhalb der Jägerschaft, wodurch sich implizit eine Distanz zu älteren Praktiken oder Haltungen erkennen ließ.

Darüber hinaus bestand beim ersten Runden Tisch noch Uneinigkeit darüber, ob es überhaupt Konflikte gibt. Manche Teilnehmende sprachen Konflikte an, andere wiegelten ab, z. B. mit dem Hinweis, dass bereits viel geredet und geregelt werde. Trotzdem bauten die Akteure beim ersten Treffen ein Grundgerüst für ihre Kommunikation auf. Einige äußerten explizite Wertschätzung, dass andere Parteien anwesend waren, oder betonten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit:

Mitglied des Gemeindeparlaments: „Ich finde gut, dass eine große Belegschaft aus der Jagd da ist.“

Jagdpächter*in: „Das Grundgesetz vom Forst besagt, dass miteinander und nicht gegeneinander gearbeitet werden soll. Die Jägerschaft bemüht sich darum.“

Die angeführten sprachlichen Strategien (Selbstvergewisserung, Abgrenzung der eigenen Gruppe, Betonung von Kooperationsbereitschaft) zeigen, wie die Teilnehmenden Kommunikation längst nicht nur zum Informationsaustausch nutzten, sondern gezielt auch dazu, Positionen zu markieren, Deutungshoheit über die eigenen Interessen zu sichern und zugleich vorsichtige Annäherungen an die anderen Akteure zu formulieren.

Machtverhältnisse

Einige Teilnehmenden kannten sich bereits vor dem Runden Tisch, viele begegneten sich jedoch zum ersten Mal. Eine gewisse Bekanntheit bestand vor allem gegenüber dem*der Bürgermeister*in sowie mindestens einer Person vom Forst. Die Forstleute wurden wiederholt als Expert*innen angesprochen. Das zeigt sich in den zahlreichen fachlichen Fragen, die an sie gerichtet wurden. Dadurch verblieb die Deutungshoheit zu weiten Teilen beim Forst. Diese Position wurde durch das Auftreten von dem*der Forstamtsleiter*in zusätzlich gestärkt, der*die manche Diskussionen gar nicht erst aufkommen lassen wollte, wie an folgender Stelle deutlich wird:

Forstamtsleiter*in: „Wenn wir Bäume fällen, macht das immer Sinn, sonst hätten wir es ja nicht gemacht.“

Durch den impliziten Ausschluss von Widerspruch wird Macht durch sprachliche Setzung ausgeübt. Dies führte jedoch nicht dazu, dass keine Kritik geäußert wurde. Die Jagdpächter*innen kritisierten offen den jagdlichen Ansatz von Gemeinde und Forst, den sie als „Wald vor Wild“ bezeichneten. Zugleich relativierten sie ihre eigene Einflussmöglichkeit, indem sie sich als „schwächstes Glied in der Kette“ bezeichnen. Dies lässt sich als Versuch interpretieren, sich von der Verantwortung, die ihnen zugeschrieben wird, zu entlasten. Gleichzeitig verlagerten sie die Verantwortung auf abwesende Akteure: den Staat, der mehr fördern sollte, die Nutzer*innen, die einen finanziellen Anteil am Waldumbau tragen sollten, sowie die Erholungssuchenden, die das Wild weniger stören sollten.

Diese Beobachtungen zeigen, dass Macht am Runden Tisch einerseits über formale Positionen und zugeschriebenes Expertenwissen bestand und andererseits durch sprachliche Setzungen und die Steuerung von Diskussionen ausgeübt wurde. Gleichzeitig präsentierten sich andere Akteure bewusst als wenig machtvoll, indem sie ihre eigene Einflussmöglichkeit relativierten und Verantwortung auf andere verlagerten.

Emotionen und Gruppendynamik

In einzelnen Momenten wurden Emotionen geäußert, bspw. Sorge oder emotionale Belastung. Diese Äußerungen waren nicht nur Ausdruck individueller Betroffenheit, sondern hatten auch Einfluss auf die Gesprächsatmosphäre. Mehrere Teilnehmende teilten die Sorge um den Verlust des FSC-Siegels und diskutierten die Notwendigkeit, das Siegel an die Gegebenheiten des Klimawandels anzupassen. Der*die Forstamtsleiter*in wiederum reflektierte über die emotionalen Belastungen, die er*sie in den letzten Jahren in Bezug auf die entstandenen Kahlflecken erlebt hat:

Forstamtsleiter*in: „Das ist der Super-GAU. Wir waren in den letzten sechs Jahren schon oft den Tränen nah.“

Diese Äußerung ergänzt die sonst sachlich-strukturierte Herangehensweise beim Wiederbewaldungskonzept um eine emotionale Dimension. Sie verdeutlicht, dass professionelles Handeln und persönliche Betroffenheit hier zusammenwirken: Die emotionale Reaktion ist Teil der fachlichen Auseinandersetzung mit den Kahlflecken. Das Äußern von Sorge, Trauer oder Verzweiflung erleichterte es anderen Akteuren, sich einzufühlen, viele der Teilnehmenden empfinden schließlich ähnliche Gefühle in Bezug auf die Kahlflecken. Hinsichtlich der Gruppendynamik sind weitere Situationen aufschlussreich. Bemerkenswert ist bspw. folgende Einschätzung des*der Bürgermeisters*in:

Bürgermeister*in: „Es führt auch jedes Mal, wenn wir uns treffen, zur Entkrampfung.“

Hiermit betonte er*sie die Bedeutung einer *Face-to-face*-Kommunikation in konflikthaften Kontexten: Sie kann eine Atmosphäre schaffen, in der sich Spannungen abbauen lassen. Die Bemerkung verweist darauf, dass persönliche Begegnung und informeller Austausch als erleichternd und entlastend wahrgenommen werden.

Bei der zweiten Sitzung des Runden Tisches zeigte sich der*die Bürgermeister*in erstaunt über die unerwartet harmonische Gesprächsatmosphäre („Das war jetzt so harmonisch“). Die wahrgenommene Harmonie kann jedoch auch ein Hinweis darauf sein, dass kritische Stimmen nur vorsichtig oder gar nicht geäußert wurden, und zwar aus den genannten Gründen: Deutungshoheit des Forstes und Machtverhältnisse. In Ansätzen entwickelte sich jedoch ein Gruppengefühl, das sich sowohl sprachlich als auch durch gemeinsame Handlungen zeigte:

Jagdpächter*in: „Es ist ja so, jede Gruppe versucht ja [betont:] *ihrs* einzubringen, aber wir sind ja hier, um die Gruppe zu [betont:] *uns* zu machen.“

Mit dieser Äußerung rief der*die Jagdpächter*in dazu auf, nicht nur die eigenen Interessen und Perspektiven einzubringen, sondern sich mit der Gruppe als Ganzes zu identifizieren. Darüber hinaus zeigte sich, dass auch humorvolle Momente eine relevante soziale Funktion erfüllten: Das gemeinsame Lachen wirkte deeskalierend, erleichterte den Umgang mit Spannungen und stärkte auf gewisse Art und Weise die Beziehungsebene:

Moderatorin [fragte Vertreter*in von Bauamt, der*die bisher noch nichts gesagt hat]: „Möchten Sie noch etwas ergänzen?“ – **Vertreter*in Bauamt:** „Ich habe alles gesagt“ [von vielen Seiten Gelächter].

Forstamtsleiter*in: „Im besten Fall sieht man es kaum, dass durchforstet wurde. Das ist wie beim Friseur: Wenn jemand sagt, ‚war’n Sie beim Friseur?‘, dann war’s zu hart“ [von vielen Seiten Gelächter].

Eine besondere Wirkung hatte außerdem das gemeinsame Vor-Ort-Sein im Wald bei der dritten Sitzung des Runden Tisches: Die Gesprächsthemen wurden konkreter und das gemeinsame Aufbauen der Picknicktische und die informellen Gespräche beim Essen stärkten an einzelnen Stellen das Miteinander. Am Beginn der vierten Sitzung des Runden Tisches mussten die Teilnehmenden von der Moderatorin aktiv hereingebeten werden, da sie sich noch in Gruppen auf der Straße unterhielten. Diese Beobachtungen verdeutlichen, wie Emotionen, persönliche Begegnungen und informelle Interaktionen am Runden Tisch die Gesprächsatmosphäre prägten und das Entstehen eines Gruppengefühls in Ansätzen unterstützten.

Verlauf des Konfliktgeschehens

Am Runden Tisch haben sich die Teilnehmenden zum ersten Mal in großer Runde in Ruhe zugehört und die Perspektiven der anderen wahrgenommen. Zu Beginn standen jedoch auch fachliche Differenzen im Mittelpunkt der Diskussionen. Eine zentrale Frage war dabei: Lässt sich die Expertise der jeweils anderen Akteure anerkennen? Um mögliche Wissenslücken aufzufangen, boten wir vonseiten des Forschungsprojekts an, bei Bedarf externe Expert*innen hinzuzuziehen. Dies wurde jedoch nicht in Anspruch genommen. Stattdessen entstand ein gemeinsames Verständnis darüber, dass das vorhandene Wissen in der Gruppe ausreichte, um konstruktiv zu diskutieren und tragfähige Ideen zu entwickeln. Fachliche Autorität beruhte hier weniger auf der Institution, sondern auf dem Vertrauen innerhalb der Gruppe, also darauf, wer als glaubwürdig wahrgenommen wurde. Offenbar war das Vertrauen innerhalb der Gruppe groß genug, sodass zusätzliche externe Expertise nicht notwendig erschien.

Der Dialog am Runden Tisch bot Raum für pragmatische Aushandlungen. So verwies der*die Bürgermeister*in etwa auf das Verhältnis zu den Jagdpächter*innen mit den Worten:

Bürgermeister*in: „Wir verlangen viel von unseren Jagdpächtern. Aber wir kommen ihnen auch entgegen: Wir haben angeboten, dass wir die Schneisen machen.“

Diese Aussage verweist auf ein gewisses Spannungsverhältnis: Einerseits bestehen Erwartungen und Anforderungen, wie z. B. im Hinblick auf die Jagdpraxis. Andererseits wird den Jagdpächter*innen auch konkretes Entgegenkommen signalisiert. Das Verhältnis blieb damit ein Abwägen zwischen Forderungen und Zugeständnissen. Dieses Geben und Nehmen ist nicht frei von Interessenkonflikten, eröffnet aber punktuell Verhandlungsspielräume.

Beim Austausch über ihre Interessen und Bedürfnisse wurde den Teilnehmenden bewusst, dass einige ihrer Anliegen eigentlich gut zusammenpassen. Dies war der erste Schritt, um Lösungsideen zu entwickeln. So gelang es den Teilnehmenden sich vom übergeordneten Wertekonflikt („Wald vs. Wild“) zum Konkreten vorzuarbeiten, z. B. zu der Frage, wer welchen Beitrag zum gemeinsamen Interesse an Bejagungsschneisen beitragen kann.

3.1.3 Konfliktbearbeitung

Ausgestaltung der Sitzungen

Insgesamt fanden am Runden Tisch vier Sitzungen über einen Zeitraum von acht Monaten statt, hinzu kam eine dreimonatige Vorphase. Die einzelnen Sitzungen fanden jeweils in unterschiedlichen Räumlichkeiten der Kommune statt.

- In der Vorbereitung in Phase 0 „Vorgespräche“ (zur Übersicht der Phasen siehe 2.3) wurden nach einem Schneeballprinzip die verschiedenen Akteursgruppen eingeladen, an einem Prozess zur Konfliktbearbeitung teilzunehmen. Das Ziel sollte sein, praxisnahe Vorschläge zur Lösung von Waldkonflikten zu erarbeiten. In Telefonaten mit dem Projekt-, Moderations- und Mediationsteam konnten die angesprochenen Personen Konflikte schildern und Personen vorschlagen, die ebenfalls an dem Prozess beteiligt werden sollten. Alle so ermittelten Personen erhielten zusammen mit der Einladung zu einer ersten Sitzung eine kurze Beschreibung des Forschungsprojekts und der Vorgehensweise der Konfliktbearbeitung.
- Die Teilnehmenden kamen in der Auftakt-Sitzung (RT1) zusammen, um sich in Phase 1 „Eröffnung“ kennenzulernen und in Form einer verschriftlichten Vereinbarung die Rahmenbedingungen zu klären. Mit dieser Vereinbarung einigten sich die Teilnehmenden darauf, eine Mediation im Rahmen des Runden Tisches durchzuführen. Da es sich beim „Schieferwald“ um einen Gemeindewald handelt, wurde zusätzlich beschlossen, als Ziel des gesamten Prozesses eine Formulierung von gemeinsamen Handlungsempfehlungen für das Gemeindeparlament zu erarbeiten. In der anschließenden Phase 2 „Themensammlung“ sammelten die Teilnehmenden alle für das konkrete Waldgebiet wichtigen Themen und einigten sich darauf, die gemeinsame Konfliktbearbeitung mit dem Thema „Umgang mit Schadflächen“ zu beginnen. Dieses Thema bearbeiteten sie schließlich über alle folgenden Sitzungen (RT2–4) hinweg. Einen Fokus legten sie dabei auf die Unterthemen Wiederbewaldung und Jagdschneisen.
- In der zweiten Sitzung (RT2) stellte der*die Forstamtsleiter*in das Konzept zum geplanten Umgang mit Schadflächen vor. Die Teilnehmenden konnten Verständnisfragen und Hintergründe klären. Zudem wurden in Anlehnung an die Methode *Dynamic facilitation* (zur Bonsen & Zubizarreta 2014) die Bedürfnisse aller Teilnehmenden zum spezifischen Thema „Umgang mit Schadflächen“ eingeholt und gleichzeitig ihre Ansprüche und Interessen zusammengetragen. In einem gemeinsamen Brainstorming wurden daraufhin Lösungsmöglichkeiten zu den unterschiedlichen Bedürfnissen gesammelt. Alle Ergänzungen und Vorschläge wurden vom Moderationsteam für alle sichtbar notiert und anschließend von den Teilnehmenden hinsichtlich ihrer Relevanz bewertet.

- Auf Wunsch der Teilnehmenden fand in der dritten Sitzung (RT3) eine gemeinsame Waldbegehung zur Besichtigung einer beispielhaft angelegten Jagdschneise statt. In diesem Zusammenhang wurde außerdem das bereits vorgestellte Konzept zur Wiederbewaldung von Schadflächen exemplarisch in Augenschein genommen. Bei der Veranstaltung war neben dem fachlichen Input Raum für Diskussionen. Zusätzlich füllten die Teilnehmenden einen anonymen Fragebogen aus, auf dem sie Lösungs- und Gestaltungsoptionen zu bestimmten Unterthemen notierten. Das Moderationsteam zog diese heran, um Formulierungen für Empfehlungen zu konkreten Lösungen zu entwickeln, die in der nächsten Sitzung besprochen werden sollten.

Somit fanden Phase 3 „Konfliktbeschreibung“ und Phase 4 „Lösungsoptionen“ sowohl in der zweiten als auch in der dritten Sitzung (RT2, RT3) statt.

- In der letzten Sitzung (RT4) wurden in Phase 5 „Vereinbarungen“ die vom Moderationsteam auf Basis der Protokolle und der Fragebögen vorbereiteten Formulierungen zunächst gemeinsam diskutiert und angepasst. Die daraus entstandenen Empfehlungen wurden in einem separaten Dokument festgehalten und anschließend dem Gemeindeparlament vorgelegt, das diese im September 2024 einstimmig annahm.

Alle Sitzungen waren gut besucht (RT1: 28 Teilnehmende, RT2: 13 Teilnehmende, RT3: 24 Teilnehmende, RT4: 15 Teilnehmende) und die Diversität der unterschiedlichen Akteursgruppen war sehr gut abgedeckt.

Erarbeitete Ergebnisse

Die Teilnehmenden des Runden Tisches haben verschiedene Empfehlungen zum zukünftigen Umgang mit Schadflächen formuliert, besonders mit Blick auf Wiederbewaldung, Jagdmanagement sowie Tourismus und Erholung. Diese beinhalten auch neue Formen sozial-ökologischer Handlungen, die zu einer Konflikttransformation beitragen können.

Wiederbewaldung von Schadflächen

Bezüglich der Wiederbewaldung empfahl der Runde Tisch, das von der Gemeinde auf der Beispielschadfläche erprobte Vorgehen fortzuführen und auf weitere geeignete Schadflächen zu übertragen. Das Konzept sieht eine Kombination aus Pflanzung und Naturverjüngung vor: Auf etwa 20 % der Fläche sollen in kleinteiligen Gattern unterschiedliche, standortgeeignete Baumarten gepflanzt werden. Die übrigen 80 % der Fläche sollen sich über natürliche Verjüngung regenerieren. Dies soll durch ein geeignetes Monitoring dokumentiert und regelmäßig überprüft werden.

Bejagungsschneisen

Der Runde Tisch empfahl außerdem die Einrichtung von Bejagungsschneisen auf geeigneten Schadflächen. Die Ersteinrichtung erfolgt durch das Forstamt. Die entstehenden Kosten werden von der Kommune und den jeweiligen Jagdpächter*innen gemeinsam getragen. Für die kontinuierliche Pflege und Wirkungskontrolle der Schneisen sind die Jagdpächter*innen verantwortlich, wobei eine enge Abstimmung mit dem Forstamt sowie Beratung und ggf. Unterstützung gewährleistet wird.

Tourismus, Erholung und Kommunikation mit Waldbesucher*innen

Der Runde Tisch sprach sich dafür aus, die Kommunikation mit Waldbesucher*innen aktiv zu gestalten. Die Teilnehmenden sowie die forstlichen Akteure sollen zu folgenden Themen als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen: Klimawandel, Schadflächen, Natur- und Artenschutz,

Besucherlenkung, geplante forstliche Maßnahmen. Um eine möglichst breite und zielgruppengerechte Ansprache zu gewährleisten, sollen auch Multiplikator*innen aus relevanten Nutzer*innengruppen (z. B. Geocaching-Community, Mountainbike-Vereine) einbezogen werden. Ergänzend werden wald- und klimapädagogische Angebote im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung umgesetzt. Gleichzeitig wurde betont, dass die Erholungsfunktion des Waldes erhalten bleiben muss, auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für Kommune und Region, etwa im Hinblick auf Standortattraktivität und touristische Wertschöpfung.

Besucherlenkung

In Bezug auf die Lenkung der Besucher*innen empfahl der Runde Tisch, bestehende Angebote wie das Freizeitwegenetz des Naturparks sowie die zertifizierten Premiumwanderwege zu erhalten und weiterzuentwickeln. Das Ziel ist, die Störung empfindlicher Wald- und Wildbereiche zu minimieren. Die Maßnahmen sollen auch dazu beitragen, die Umweltbildung zu stärken und eine zielgerichtete Kommunikation mit den Waldbesucher*innen zu fördern.

Natur- und Artenschutz

Der Runde Tisch empfahl, dass der Forstbetrieb bei sämtlichen forstlichen Maßnahmen den Natur- und Artenschutz konsequent berücksichtigt und das bestehende Biotopbaum- und Totholzkonzept weiterhin umsetzt. Darüber hinaus sollen Nicht-Wald-Biotopflächen – z. B. Quellbereiche, Niedermoore, kleine Fließgewässer, Felsstandorte oder Waldwiesen – sowie Waldränder gezielt naturnah gestaltet werden. Nicht genutzten Flächen sollen etwa 10 % der Holzbodenfläche umfassen.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Angesichts der fortschreitenden klimatischen Veränderungen sprach sich der Runde Tisch für eine konsequente Ausrichtung der Forstwirtschaft auf Klimaschutz und Klimaanpassung aus. Dies umfasst ein Wiederaufforstungskonzept, das auf Vielfalt und Mischung setzt, sowie eine naturgemäße Waldwirtschaft, die durch geschlossene, stabile und kühlende Bestände die Widerstandsfähigkeit gegenüber Hitze, Starkregen und Stürmen erhöht. Auch Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserrückhalts im Wald wurden empfohlen, etwa durch die Anlage von Oberflächenwasserauffangmulden und die Berücksichtigung natürlicher Wasserführung bei der Instandsetzung von Wegen. Bewirtschaftungsstrategien sollen entsprechend angepasst werden.

Wirtschaftliche Tragfähigkeit

Der Runde Tisch riet dazu, den Forstbetrieb so auszurichten, dass sowohl ein Höchstmaß an Betriebssicherheit als auch eine hohe ökologische Resilienz gewährleistet sind. Um dies zu erreichen, sollen Arbeitsplätze sowohl im Betrieb selbst als auch bei kooperierenden Dienstleistern gesichert bzw. geschaffen werden. Gleichzeitig wird angestrebt, auch ohne den Rückgriff auf Fördermittel ein jährlich ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erzielen.

Weiterführung des Runden Tisches

Abschließend empfahl der Runde Tisch, das Gremium – initiiert und geleitet durch die Gemeinde – auch künftig anlassbezogen fortzuführen. Eine erste Bilanz der ergriffenen Maßnahmen soll nach ein bis zwei Jahren erfolgen, etwa durch eine gemeinsame Besichtigung der Wiederbewaldungsfläche mit Jagdschneise. Für die künftigen Sitzungen wurde außerdem dafür plädiert, weitere relevante Akteure wie Vertreter*innen der Landesforstverwaltung und der Landwirtschaft einzubinden.

Grenzen des Formats

Zwei Aspekte in Bezug auf das Format möchten wir im Rückblick selbstkritisch betrachten: die Frage nach fairer Repräsentation am Runden Tisch sowie die Auswirkungen fachlicher Inputs auf die Gesprächsdynamik. Bereits bei der ersten Sitzung des Runden Tisches mit 28 Teilnehmenden zeigte sich, dass die hohe Zahl an Personen für produktives Arbeiten eine Herausforderung war und dass das Verhältnis zwischen den Akteursgruppen unausgewogen war. Die Moderatorin schlug daher vor, dass die stark vertretenen Akteursgruppen ab der zweiten Sitzung Interessenvertreter*innen schicken könnten. Dieser Vorschlag richtete sich vor allem an die Jagdpächter*innen, die mehr als ein Drittel der Teilnehmenden ausmachten. Einige Tage später brachte der*die Bürgermeister*in diesen Vorschlag beim jährlichen Treffen der Hegegemeinschaft der in der Gemeinde zuständigen Jagdpächter*innen nochmals an. Dies führte dazu, dass sich einige Jagdpächter*innen ausgeladen fühlten. Zwar nahmen die beiden Vorsitzenden des Hegerings weiterhin engagiert bis zum Ende an den Sitzungen des Runden Tisches teil, dennoch bleibt unklar, inwieweit diese Verstimmung die bereits belastete Beziehung zwischen Kommune, Forstamt und Jagdpächter*innen weiter beeinträchtigt hat. Das Verfahren selbst, vor allem die Frage, wer im Rahmen des Runden Tisches gehört wird, war zu einem zusätzlichen Konfliktthema geworden. Zur folgenden dritten Sitzung wurden wie zuvor alle Jagdpächter*innen persönlich schriftlich eingeladen. Im Unterschied zum vorherigen Treffen nahmen diesmal neben den beiden Vorsitzenden vier weitere Jagdpächter*innen die Einladung an, was sich als Zeichen des Aufeinanderzugehens verstehen lässt.

Ein zweiter Aspekt betrifft die Balance zwischen Fachwissen und gleichberechtigter Diskursbeteiligung. In der ersten Sitzung äußerten die Teilnehmenden viele Hinweise oder Vorschläge, die bereits umgesetzt wurden. Daraufhin bot der*die Forstamtsleiter*in an, bei der nächsten Sitzung das Wiederbewaldungskonzept vorzustellen, um eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu schaffen. Die Teilnehmenden des Runden Tisches nahmen dies an. Auch in der dritten Sitzung, bei der Besichtigung der Wiederbewaldungsfläche und der Jagdschneise, erfolgten ausführliche fachliche Erläuterungen durch das Forstamt. Diese Inputs schufen eine hilfreiche Wissensbasis. Allerdings verstärkten sie implizit eine Wissenshierarchie: Die Forstmitarbeitenden traten als Expert*innen auf, an die sich viele Rückfragen richteten. Dadurch verschob sich die Gesprächsdynamik phasenweise in Richtung eines Expert*innen-Laien-Verhältnisses. Dieses Ungleichgewicht spiegelte sich auch in der Gruppendynamik: Zwei Jagdpächter*innen ließen den zweiten Teil der Flächen-Besichtigung aus und nahmen stattdessen frühzeitig an den für den späteren Imbiss vorgesehenen Tischen Platz. Die Geste lässt sich als Signal für Distanz und Desinteresse deuten oder auch als stiller Protest gegenüber der forstlichen Fachautorität. Dennoch blieben die Beiträge nicht unhinterfragt und es fand durchaus eine kritische Auseinandersetzung statt.

Systemtransformation, Verstetigung und langfristige Wirkungen

Welche Auswirkungen das Format des Runden Tisches auf die Konfliktodynamik hatte, lässt sich nur punktuell feststellen. Grundsätzlich war bereits das Zusammenbringen der verschiedenen Akteure ein entscheidender Schritt: Erstmals kamen (fast) alle Beteiligten an einen Tisch, tauschten sich aus, entwickelten gemeinsam Ideen oder dachten mögliche Kooperationen an. Bis dahin fand die Kommunikation über den „Schieferwald“ nicht im großen Kreis, sondern meist bilateral statt. Ein offener Dialog mit allen Beteiligten gab es zuvor nicht.

Die Moderatorin betonte wiederholt, dass es am Runden Tisch nicht darum gehe, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, sondern darum, neue Ideen zu entwickeln. Tatsächlich kamen viele Ideen auf, etwa die Pflege von Waldrandbereichen oder -wiesen mittels Beweidung, die Zusammenarbeit im Bereich der Waldpädagogik und Klimapädagogik oder die bessere Information der Waldnutzenden über das, was derzeit auf den Kahlfeldern geschieht.

Die Empfehlungen des Runden Tisches zielen darauf ab, den Umgang mit Schadflächen langfristig zu verbessern und schrittweise Veränderungen in der Waldbewirtschaftung anzustoßen. Insgesamt tragen die erarbeiteten Lösungen zur Transformation des SES bei: Durch das Zusammenspiel aus größtenteils auf Naturverjüngung basierender Wiederbewaldung, angepasstem Jagdmanagement und einer stärkeren Adressierung und Einbindung der Waldbesucher*innen wird ein Ansatz verfolgt, der ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Über die Einrichtung von Gattern und Jagdschneisen, die mit Wildäsungsflächen kombiniert sind, wird ein Konsens erzielt, der auch deren Finanzierung, Errichtung und Management regelt. Des Weiteren zielt auch die geplante Wald- und Klimapädagogik letztendlich auf Systemtransformation ab: Es geht vor allem um Wirkungen bei Akteuren weiterer Gruppen, besonders von Erholungssuchenden und Tourist*innen, mit dem Ziel eines Wissenserwerbs und damit eines veränderten Umgangs mit dem SES.

Die geplante anlassbezogene Fortführung des Runden Tisches bietet Raum für weiteren Austausch zwischen den Beteiligten und ermöglicht es, auf neue Herausforderungen flexibel zu reagieren. Die geplante Einbindung weiterer Akteure, etwa aus der Landesforstverwaltung und Landwirtschaft, kann den Horizont der möglichen Lösungsoptionen erweitern.

3.1.4 Zwischenfazit

In diesem Zwischenfazit greifen wir unsere Fragen aus der Einleitung hinsichtlich des „Schieferwaldes“ auf:

- 1) **Wie manifestieren sich Konflikte um den Wald der Zukunft auf lokaler Ebene? Was ist für einzelne Konflikte charakteristisch und was lässt sich zu ihrer Dynamik sagen?**
- 2) **Wie wurde die Konfliktbearbeitung ausgestaltet?**

1) **Die Konflikte im „Schieferwald“** sind durch spezifische Nutzungsdynamiken geprägt, die die lokal spezifischen Strukturen und Prozesse des SES beeinflussen. Grundsätzlich hat sich bereits durch die Abkehr vom Altersklassenwald und den deshalb zunehmenden Stellenwert der Naturverjüngung die Wildproblematik verschärft. Lokal betrifft das hauptsächlich die Bestandsdichte bei Rehen sowie Rot- und Damhirschen. Eine auf der Waldfläche erhöhte Zahl der Tiere führt zu einem übermäßigen Fressen junger Baumtriebe, was den klimagerechten Waldumbau und die natürliche Waldverjüngung behindert. Grundsätzlich steht damit der „Schieferwald“ nicht allein. In weiten Teilen Deutschlands wird bereits seit Jahrzehnten über eine zu hohe Wilddichte im Wald diskutiert und gestritten. Wo die Jagd verpachtet ist und nicht vom Forstbetrieb selbst durchgeführt wird, wird generell die Jagd nicht unbedingt entsprechend dem forstbaulichen Bedarf durchgeführt; vielmehr sind Jagd und Forstwirtschaft nur noch lose gekoppelt. In einigen Bundesländern sind, weil die Bestandszahlen sich nicht ausreichend verringert haben, in den letzten Jahren striktere – und teils ins Detail gehende – Vorgaben hinsichtlich des Abschusses einzelner Arten getroffen worden, die die wildbiologischen Erkenntnisse berücksichtigen.

Die vermutlich aufgrund des Klimawandels entstandenen Kahlflächen, auf denen derzeit keine Bäume mehr wachsen, verschärfen das Problem zu hoher Bestandsdichten beim Rotwild weiterhin. Neben die bereits vorher beobachteten teils massiven Schälsschäden sind daher seit 2018 zunehmend die bereits benannten Fraßschäden getreten. Diese Schäden sind als negative Ökosystemleistungen (*ecosystem disservices*) zu begreifen, denn sie beeinträchtigen massiv andere Ökosystemleistungen wie die Holzernte, aber auf den Kahlflächen auch die Wiederbewaldung (und damit weitere, z. B. soziokulturelle Ökosystemleistungen bzw. die Erholungsfunktion des Waldes). Eine Wiederbewaldung auf den brachgefallenen Flächen erfordert eine striktere Regulation des Bestands. Hierzu wurden verschiedene Möglichkeiten sozial-ökologischer Handlungen angesprochen:

- durch Eingatterung, die aber eventuell auch mit der FSC-Zertifizierung konfliktieren kann, wenn sie zu große Waldflächen betrifft,
- durch die Schaffung von attraktiven Äsungsflächen (Bejagungsschneisen) und
- durch die Jagd selbst, mit der sich im Laufe mehrerer Jahre die erforderliche starke Verringerung der Dichte erreichen lässt.

Im „Schieferwald“ wurde besonders deutlich, dass das dem Konflikt zugrundeliegende Problem in verschiedenen Waldteilen unterschiedlich groß ist. Je nach Lokalität werden folglich Veränderungen der bisher üblichen sozial-ökologischen Jagdhandlungen, die zu einer Verringerung der Populationen und damit verstärkten Abschüssen führen, vorrangig erforderlich. Entsprechend gibt es in einigen Teilgebieten auch kein oder nur einen geringen Konflikt zwischen dem Forstmanagement – das neben der forstwirtschaftlichen Ernte und Rentabilität auch allgemeine Gesichtspunkte verfolgt, vor allem den Walderhalt und damit auch den Erhalt der Schutz- und Erholungsfunktionen – und den für die Jagdreviere des „Schieferwaldes“ verantwortlichen Jagdpächter*innen.

Daran zeigt sich, dass die Konfliktsituation im Grunde standörtlich bestimmt ist. Aus den Diskursen auf den Runden Tischen und der dabei verfolgten Dynamik, die letztlich zu einer deutlichen Konfliktbearbeitung führte, wird aber deutlich, dass die Ebene der politischen Gemeinde angemessen und brauchbar ist, um die standörtlichen Gegebenheiten und das Handeln der verantwortlichen Akteure insgesamt zu beurteilen: Im Allgemeinen wurde der Konflikt nicht auf der Ebene einzelner Standorte, sondern auf der Ebene der Gemeinde insgesamt angesprochen und bearbeitet.

Insgesamt führten im „Schieferwald“ die bestehenden Verflechtungen mit der Meso- und der Makroebene nicht dazu, dass der Konflikt nicht als von „außen“ entfacht oder stark angetrieben verstanden wurde. Vielmehr hatten trotz der mehrfach angesprochenen Interaktionen mit der Meso- bzw. Makroebene alle Akteure das Bild, dass es sehr aussichtsreich ist, zunächst und vor allem auf der lokalen Ebene den Konflikt zu betrachten und zu verhandeln. Das zeigt die Relevanz der Mikroebene für die Konfliktbearbeitung.

2) Für den „Schieferwald“ passt das Beteiligungsverfahren Runder Tisch sehr gut in die lokal vorhandene politische Kultur; schon vorher hatte der*die Bürgermeister*in die Gemeinde bei wichtigen anliegenden Entscheidungen frühzeitig im Rahmen von Partizipationen informiert. Insofern bestand ein großes Vorinteresse, im Rahmen der Beteiligung auch die Bearbeitung der vereinbarten Konflikte zu versuchen.

Beim „Schieferwald“ stieß die Mediation im Rahmen des Runden Tisches dennoch an ihre Grenzen. Aufgrund des großen Interesses der Jägerschaft nahmen zunächst sehr viele Jagdpächter*innen und auch andere Jagdausübende an der Auftaktsitzung des Runden Tisches teil, sodass die Moderation befürchtete, dass eine Konfliktbearbeitung in Form von Gruppenarbeit – auch aufgrund der reinen Gruppengröße – an ihre Grenzen kommen könnte. Deswegen wurde pragmatisch versucht, die Zahl der Jagdpächter*innen ab der zweiten Sitzung zu begrenzen. Das macht eine Repräsentationsproblematik deutlich: Es gab kein Beteiligungsverfahren, mit dem die Jagdpächter*innen ihre Repräsentant*innen selbst auswählten.

Bei den weiteren Sitzungen zeigte sich zudem, dass die Jagdpächter*innen keine homogene Gruppe sind; in den Runden Tischen wurden durch Alter und vermutlich auch durch unterschiedliche Traditionen bedingte Unterschiede angemerkt. Dennoch wurde im Rahmen der Runden Tische kein Prozess initiiert, der garantiert, dass alle Jagdpächter*innen mit der ausgehandelten Regelung einverstanden sind. Wenn kommunikativ alles gutgeht, haben in der Folge der vier Runden Tische die beiden Vertreter*innen der Jagdpacht allen ihren Kolleg*innen den ausgehandelten Kompromiss nicht nur erklären können, sondern diese ihn auch akzeptiert. Allerdings ist auch vorstellbar, dass dies in Einzelfällen nicht so ist. Insofern sind diese Punkte bei der Verstetigung des

Runden Tisches proaktiv aufzunehmen, um zu prüfen, ob mittlerweile tatsächlich alle Teile der Jägerschaft das Ergebnis der Konfliktbearbeitung positiv teilen.

Die von den Jagdpächter*innen angesprochene Problematik der Störung des Wildes bzw. einer besseren Steuerung der Mobilität der Waldbesuchenden wurde in der Mediation nicht explizit behandelt, auch wenn der zweite Satz zum Ergebnis „Lenkung der Besucher*innen“ diese Konfliktstellung indirekt aufnimmt: „Ziel ist es, die Störung empfindlicher Wald- und Wildbereiche zu minimieren.“ Ausgehandelt wurde bei dem Wald-Wild-Konflikt vor allem eine gemeinsame Handlungsmöglichkeit von Forstamt und Jagdpächter*innen, die bereits in der Vergangenheit fokussiert wurde, aber aufgrund von kommunikativen Versäumnissen verloren ging. Diese ist nur ein weiteres Mittel, um durch die Jagd die Wilddichte angepasst zu regulieren bzw. um durch die neuen Äsungsmöglichkeiten auch den Druck von der Futterquelle Jungbäume zu nehmen.

Weiterhin hat der Runde Tisch der Wiederbewaldungsstrategie zugestimmt, die das Forstamt zusammen mit der Forsteinrichtung entwickelt hat. Über diese Wiederbewaldungsstrategie wird ergänzend auch eine (eingeschränkte) Begatterung bestätigt, die den Äsungsdruck von den betreffenden Flächen nimmt. Auch wenn der Wiederbewaldungsstrategie zugestimmt wurde, lässt sich die Kommunikation am Runden Tisch so interpretieren, dass die angesprochene Fixierung auf die Douglasie als besser angepasste Nadelholzbaumart nur als Kompromisslösung akzeptiert wurde. Sollten sich künftig andere Strategien einer klimaadaptiven Baumartenwahl, wie sie derzeit in der Debatte sind (z. B. Klimazug, *assisted migration*) als überlegen erweisen, ist zu vermuten, dass die Douglasie deutlicher infrage gestellt wird.

3.2 Fallbeispiel 2: „Basaltwald“

Der „Basaltwald“ ist vorwiegend ein naturnaher Laubmischwald, der als Naturschutz- und FFH-Gebiet einen Rückzugsort für verschiedene streng geschützte Arten bietet und zahlreiche Bodendenkmäler beherbergt. Die Bevölkerung sucht den „Basaltwald“ zu verschiedenen Zwecken gerne auf und er ist ein beliebtes touristisches Ausflugsziel, das zeitweise stark frequentiert ist.

Die Teilnehmenden des Runden Tisches haben verschiedene Konfliktgegenstände diskutiert: Ein zentrales Anliegen vieler Personen war die interne Kommunikation über alle inhaltlichen Themen hinweg, da in der Vergangenheit immer wieder Informationen gefehlt hätten und es an vielen Stellen an persönlichem Austausch fehle. Darüber hinaus wurde diskutiert, wie ein gutes Wegenetzwerk im „Basaltwald“ aussehen könnte. Auch die Waldbewirtschaftung war ein wichtiges Thema – vor allem die Frage, inwiefern diese andere Bereiche wie Naturschutz, Erholung und Bodendenkmäler beeinträchtigt. Gemäß diesen Konfliktgegenständen fokussieren wir nachfolgend besonders auf die Rolle geschützter Arten und den Einfluss von Holzerntemaschinen auf den Waldboden.

3.2.1 Regionalspezifische Rahmenbedingungen

Akteure am Runden Tisch

Am Runden Tisch vertreten waren vonseiten der waldbesitzenden Gemeinde ein*e Bürgermeister*in, zwei Gemeinderät*innen und zwei Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung aus den Bereichen Forst und Tourismus. Für den Forst nahmen der*die Forstamtsleiter*in, der*die stellvertretende Forstamtsleiter*in, die beiden Revierleiter*innen und ein*e Funktionsbeauftragte*r teil. Aus dem Bereich Naturschutz kamen ein*e Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde, ein*e Vertreter*in der Oberen Naturschutzbehörde sowie ein*e Vertreter*in des Landschaftspflegeverbands. Darüber hinaus beteiligten sich Vertreter*innen eines Bodendenkmal- und Naturschutzvereins und ein*e Vertreter*in eines Wandervereins. Der*die Leiter*in der Abteilung Bodendenkmalpflege sowie ein*e Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie nahmen ebenfalls teil. Insgesamt

nahmen an den Sitzungen 20 verschiedene Personen teil, je Sitzung bewegte sich die Zahl zwischen zwölf und 16 Personen.

Standortbedingungen

Auch bei den Standortbedingungen des „Basaltwaldes“ beschränken wir uns auf die Aspekte, die für die Konflikte am relevantesten sind und verzichten weitgehend auf konkrete Zahlenangaben.

Das betrachtete Waldgebiet umfasst eine Fläche von rund 2.000 ha und stellt unter naturschutzfachlichen, kulturhistorischen und touristischen Aspekten eine Besonderheit dar. Ausgangspunkt dessen ist die ungewöhnliche Geologie und Topografie der Region verbunden mit seltenen und vielfältigen Standortverhältnissen sowie seltenen, besonders geschützten Lebensraumtypen, Tier- und Pflanzengesellschaften bzw. -arten (siehe später). Zusätzlich reichen Spuren der Siedlungsgeschichte in der Region bis in die Vor- und Frühgeschichte zurück mit vielerlei Kulturdenkmälern und Artefakten. Etwa die Hälfte des Waldes ist Kommunalwald, der vom Landesforstbetrieb befördert wird. Die andere Hälfte ist größtenteils Staatswald und zu einem geringen Anteil, unterteilt in kleinere Einzelgebiete, Privatwald.

Das Gebiet erstreckt sich über unterschiedliche Höhenlagen und weist ein subatlantisch-submontanes bis subkontinental-kollines Klima auf. Je nach Höhenlage liegen die mittleren Jahresniederschläge zwischen ungefähr 700 und 1.000 mm (pseudonymisierte Referenz 7).

Der Geländewasserhaushalt wird maßgeblich durch das stark reliefierte Gelände und das Ausgangsgestein geprägt. Auf dem größten Teil der Waldfläche sind die Verhältnisse als „mäßig frisch“ bis „mäßig trocken“ einzustufen. Kleinstflächig kommen sehr trockene und frische oder wechselfeuchte Standorte vor (pseudonymisierte Referenz 8). Der humose Waldboden speichert Niederschlagswasser effektiv und trägt zur Grundwasserneubildung bei.

Der geologische Untergrund wird teilweise von Basalt gebildet, teilweise von steinigem, sandigem und tonigem Grus oder Sand-, Ton- und Mergelstein. Die Hanglagen sind zudem von Lösslehm beeinflusst. Basalt verwittert langsam zu nährstoff- und tonmineralreichen, lehmig, grusigen und blockhaltigen Skelettböden. Die überwiegend aus Sedimenten der Erdzeitperiode der Trias (vor etwa 252 bis 201 Millionen Jahren) entwickelten tonigen und lehmig-tonigen Böden weisen zu meist eine mäßige Nährstoffversorgung auf (Trophiestufe „mesotroph“). Zudem kommen „gut mesotrophe“ Standorte und vereinzelt eutrophe (d. h. nährstoffreiche) Standorte vor (pseudonymisierte Referenzen 8 und 9).

Gut die Hälfte des Gebietes ist mit artenreichen Laubmischwäldern bestockt, hinzu kommen Laubwald-Reinbestände (Buche oder Eiche) und verschiedene Mischungen aus Laub- und Nadelbäumen. Fichten-Reinbestände nehmen nur einen recht geringen Anteil des Gebietes ein. Der größte Teil des Waldes gehört zum Wald-Lebensraumtyp „Waldmeister-Buchenwald“, gefolgt von Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald, Schlucht- und Hangmischwälder, Hainsimsen-Buchenwald und weiteren besondere Waldtypen (pseudonymisierte Referenz 10).

Lebensraum besonderer Arten

Das Gebiet ist Lebensraum einer „besonderen Tierart“ [anonymisiert], die nach der EU-FFH-Richtlinie als „prioritäre Art“ im Anhang II gelistet ist und gemäß Bundesnaturschutzgesetz (§44 BNatSchG) bzw. Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV, Anlage 1) als „besonders geschützt“ sowie laut „Roter Liste Deutschland“ als „stark gefährdet“ gilt. Die Hauptursachen für diese Gefährdung sind der Verlust an geeigneten Lebensräumen sowie eine eingeschleppte Krankheit. Aufgrund ihrer Seltenheit und Gefährdung besteht allgemein großes Interesse an dieser Art. Die Erkennung und Bestimmung dieser Art ist jedoch nicht leicht, und bei einer Bestimmung vor Ort kann es zu Verwechslungen mit einer sehr ähnlichen, in dem Gebiet vorkommenden Art kommen.

Aufgrund der hohen Ansprüche der ersten, besonders geschützten Art an die Qualität ihres Lebensraumes können wenige ungünstige Eigenschaften eines vermeintlichen Fundortes bereits darauf hinweisen, dass ein Vorkommen nahezu ausgeschlossen werden kann.

Zudem konzentriert sich eine Artengemeinschaft mit besonderen Pflanzen-, Pilz- und Flechtenarten sowie deren Vergemeinschaftung in einem kleinen Teilgebiet der Region. Von diesen gelten ein paar Arten nach EG-Artenschutzverordnung 338/97, Anhänge A, B als „besonders geschützt“ und über 20 Arten laut „Landes Roter Liste“ als „gefährdet“, einige wenige auch als „stark gefährdet“. Aufgrund des hohen Lichtbedarfs und der Wuchsform einiger dieser Arten in dem Verbund würden diese an ihrem Standort in der Region im Laufe der Zeit der natürlichen Konkurrenz durch andere Arten, besonders Gehölze, unterlegen sein und absterben. Das Vorkommen dieser Arten kann entsprechend dort nur erhalten werden, wenn die aufkommenden Gehölze immer wieder entfernt werden („Entbuschung“). Jedoch stellt der natürlich langsam aufwachsende Baumbestand allgemein ebenfalls einen geschützten Lebensraumtyp bzw. ein Habitat für andere geschützte Arten dar. Nichtsdestotrotz ist der Erhalt als Offenlandbiotop und damit das Zurückdrängen des Gehölzaufwuchses im FFH-Managementplan festgehalten (siehe später zu Schutzgebieten). Die zuständige Behörde ist verpflichtet, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Dabei gilt aber auch, dass zum Schutz von Vogelarten in diesen Lebensräumen Entbuschungen nur außerhalb der Vogelbrutzeit erlaubt sind. Vom 1. März bis 30. September können Maßnahmen wie das Abschneiden, auf den Stocksetzen oder Beseitigen von Bäumen nur vorgenommen werden, wenn diese behördlich durchgeführt oder zugelassen sind oder der Verkehrssicherheit dienen (§39 Abs. 5 BNatSchG).

Klima(-wandel)

Genau wie der „Schieferwald“ ist das Waldgebiet als Teil der gemäßigten Klimazone Mitteleuropas von den Auswirkungen des globalen Klimawandels betroffen (IPCC 2021; siehe 3.1.1, Kasten). Absehbar ist nicht nur, dass die mittlere Lufttemperatur zunimmt, sondern auch die Häufigkeit, Dauer und Intensität von Hitze und anderen Extremereignissen. Gleichzeitig wird die Häufigkeit, Dauer und Intensität von Temperaturen unter 0° C abnehmen. Wie in Fallbeispiel 1 beschrieben, ist es aber mit sehr großen Unsicherheiten behaftet, wann genau und in welchem Maße diese Veränderungen bzw. Ereignisse eintreffen werden.

Für den Zeitraum 1971–2000 werden die unteren Lagen des Gebietes dem Klimabereich „mäßig warm-sommertrocken“ und die Gipfellagen „mäßig warm-frisch“ zugeordnet. Für den Zeitraum 2041–2070 wird eine Verschiebung der Klimabereiche hin zu „sommerwarm-stark sommertrocken“ bzw. „mäßig warm-sommertrocken“ erwartet. Angesichts dieser Prognose und der Zunahme von Baumschäden im betrachteten Gebiet seit 2018 werden die Fichtenbestände künftig sehr wahrscheinlich durch Laubwaldgesellschaften ersetzt werden, und in den unteren Lagen wird die Baumart Buche an Konkurrenzkraft verlieren (pseudonymisierte Referenz 11).

Auswirkungen von Holzerntemaschinen auf den Waldboden

Im Allgemeinen sind Bodenbeeinträchtigungen durch Holzerntemaschinen unvermeidbar – etwa durch Bodenverdichtung und -verformung sowie deren Folgen. Im Einzelnen hängt dies von natürlichen Standortfaktoren (Bodenfeuchte, Bodenart, Lagerungsdichte, Skelettgehalt, Hangneigung) sowie technischen Parametern (Maschinengewicht, Radlast, Reifendruck, Befahrungshäufigkeit) ab. Bodenschonende Holzernteverfahren erfordern ein permanentes Feinerschließungssystem, witterungsangepasste Erntezeiten und eine standortgerechte Maschinenwahl.

Zu den konkreten Auswirkungen oder bestehende Bodenbeeinträchtigungen im „Basaltwald“ vor Ort können wir allerdings keine spezifischen Aussagen treffen.

Wie Holzerntemaschinen auf den Waldboden wirken

Bodenphysikalische und -ökologische Auswirkungen

Allgemein verdichten schwere Holzerntemaschinen durch mechanische Belastung den Boden: Die Lagerungsdichte nimmt zu. Dadurch verringert sich das Porenvolumen und die Porenvernetzung wird beeinträchtigt. Dies kann die Infiltrationsleistung für Niederschlagswasser beeinflussen, bei feinkörnigen Böden Staunässe fördern und den Gasaustausch zwischen Boden und Atmosphäre mindern, wodurch wiederum der Sauerstoffgehalt im Boden abnimmt, was die Durchwurzelbarkeit einschränkt. Diese physikalischen Veränderungen wirken sich auch auf die Bodenbiologie und -fruchtbarkeit aus: Die Aktivität der Mykorrhiza sowie die biologische Aktivität insgesamt sinken, sodass weniger Nährstoffe zur Verfügung stehen beziehungsweise aufgenommen werden. Zusätzlich kann die Befahrung Bodenverformungen mit Gleisbildung verursachen, was die Humusaufgabe stört und den mineralischen Oberboden teils freilegt. Dies kann den Abbau organischer Substanz beschleunigen und Erosionsprozesse initiieren. Weiterhin können mechanische Schäden an Baumverjüngung, Bodenvegetation und Wurzelwerk der Bäume auftreten.

Einflussfaktoren

Wie stark der Boden beeinträchtigt wird, ist durch das Zusammenspiel natürlicher und technischer Faktoren bestimmt. Die Scherfestigkeit des Bodens – d. h. der Widerstand gegen Verschiebung entlang innerer Gleitflächen – hängt maßgeblich von Bodenfeuchte, Bodenart und Ausgangslagerungsdichte ab. Generell gilt: Mit zunehmendem Wassergehalt, geringerem Porenvolumen und niedrigerer Lagerungsdichte sinken die Reibungskräfte zwischen den Bodenteilchen. Das senkt die Tragfähigkeit und verstärkt die Bodenbeeinträchtigung. Grobkörnige Böden mit hohem Sandanteil reagieren allerdings bei zu geringer Bodenfeuchte empfindlich auf Verformungen.

Zu den technischen Faktoren zählen das Maschinengewicht, die Zahl der angetriebenen Räder (Einzelradlast), die Radgröße, der Reifeninnendruck und die Befahrungshäufigkeit. Eine nachhaltige, bodenschonende Holzernte zielt darauf ab, diese Auswirkungen zu minimieren und mit weiteren ökologischen sowie ökonomischen Anforderungen (Maschinenbetriebskosten, Arbeitsdauer, Arbeitsschutz, Schutz von Brut- und Setzzeiten) in Einklang zu bringen.

Konzepte bodenschonender Holzernte

Feinerschließungssystem

Ein permanentes, topografisch angepasstes Feinerschließungssystem aus Maschinenwegen und Rückegassen begrenzt die Bodenbeeinträchtigung auf definierte Erschließungslinien und verhindert flächige Befahrung. Dabei sollten die Abstände zwischen den Rückegassen möglichst groß sein. Der Kompromiss zwischen Rückegassenabstand und technischer Realisierbarkeit variiert mit Gelände und Bodenverhältnissen: Gassenabstände von 20 m mit einer Befahrung von etwa 16 % der Fläche ermöglichen harvestergestützte Fällung und Abtransport direkt von der Gasse; bei 40 m Gassenabstand mit etwa 8 % Flächenbefahrung ist eine Vorlieferung aus den Zwischenfeldern mit leichten Maschinen oder Pferderückung nötig. Das System ist kontinuierlich zu erhalten, um über mehrere Bestandesgenerationen nutzbar zu bleiben. Auch bei der Aufarbeitung von Schadflächen (Windwurf, Borkenkäferkalamitäten) sind die Erschließungslinien strikt einzuhalten und die Befahrungsfrequenz auf das Nötigste zu beschränken.

Witterungsangepasste Erntezeiten

Der optimale Erntezeitpunkt liegt in der Vegetationsruhe bei gefrorenem Boden, hoher Schneelast oder, je nach Bodenart, bei trockenen bis halbtrockenen Bodenverhältnissen. Der Klimawandel verringert jedoch zunehmend die Zahl günstiger Erntetage und macht diese unvorhersehbarer; in manchen Regionen entfallen Bodenfrost- oder Schneetage bereits vollständig. Dies erschwert bodenschonende Ernteverfahren erheblich und erfordert eine zeitliche Ausdehnung oder Verlagerung der Holzernte in den Herbst.

Maschinentechnik und alternative Verfahren

Bei der Maschinenwahl steht im Vordergrund, den Kontaktflächendruck zu minimieren: Möglichst wenig Gewicht sollte auf eine möglichst große Kontaktfläche verteilt werden. Zugleich gilt es, das Traktionsverhalten zu optimieren und den Schlupf zu verringern – die Differenz zwischen theoretischer Radgeschwindigkeit und tatsächlicher Rollgeschwindigkeit auf dem Boden. Bei geringem Schlupf graben sich die Räder weniger ein, die Bodenabscherung nimmt ab (d. h. die Bodenverschiebung) und Porenkontinuität sowie der Gasaustausch über die Bodenschichten hinweg bleiben erhalten.

Technische Maßnahmen umfassen z. B. den Einsatz von Traktionshilfen (Traktionshilfswinden, Traktionsbogiebänder), tragenden Bogiebändern zum Vergrößern der Aufstandsfläche und echten Raupenfahrwerken zur besseren Gewichtsverteilung. Auf empfindlichen Böden sollte leichte Technik zum Einsatz kommen, etwa kleine Forwarder. Sehr empfindliche Böden wie Nassstandorte und steile Lagen erfordern bevorzugt Seilgeräte. Arbeitsorganisatorisch können Hiebsblöcke mit vorbereiteten Ausweichflächen gebildet werden, um bei ungünstiger Witterung auf tragfähigere Standorte auszuweichen.

Das Holzrücken mit Pferden stellt auf sehr befahrungsempfindlichen Böden eine bodenschonende, emissionsarme und leise Alternative zum reinen Maschineneinsatz dar, die zudem geringere Schäden an Verjüngung und Bestand verursacht. Allerdings sind Tierwohl (Zuglastdauer und -höhe, Ruhepausen, Fütterung) und Arbeitssicherheit streng zu beachten. Rückepferde kommen vorwiegend bei Durchforstungen mit Stammdurchmessern von 20 bis 30 cm zum Einsatz. Die anspruchsvolle Arbeit und die etwa sechsjährige Ausbildungsdauer der Pferde sowie die Notwendigkeit zusätzlicher Stapeltechnik am Wegrand führen zu höheren Erntekosten als beim Maschineneinsatz. Zudem sind die Verfügbarkeit und Anfahrdauer in Deutschland eingeschränkt.

Quellen: Hinte (2023), Kremers & Boosten (2018), Lüscher et al. (2019), Nazari et al. (2021), Nemestothy (2015), Runkel (2025), Ziesak (2004).

Ökosystemfunktionen und -leistungen

Eine Besonderheit des Gebietes ist der hohe Stellenwert der Biodiversität bzw. des Artenschutzes: Es ist sowohl ein Naturschutzgebiet gemäß BNatSchG als auch Teil des Natura 2000-Netzwerkes, einem länderübergreifenden System von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union. Im Rahmen von Natura 2000 ist es ein Schutzgebiet gemäß der Europäischen Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-Gebiet) wie auch der Europäischen Vogelschutzrichtlinie (Vogelschutzgebiet). Rund 100 ha stehen als bewirtschaftungs- und pflegefreie Zone als Totalreservat unter „Totalschutz“. Hinzu kommen Maßnahmen im Rahmen des FNR-Förderprogramms „Klimaangepasstes Waldmanagement“, wie z. B. die Ausweisung von Habitatbäumen oder ein Nutzungsverzicht in Teilen des Privat- oder Kommunalwaldes.

Jenseits der allgemein großen Schutzwürdigkeit des gesamten Gebietes spielen vor allem die bereits erwähnten streng geschützten Arten eine herausragende Rolle (siehe vorher). Diese Arten haben hohe Ansprüche an ihren Lebensraum, und die Lebensräume kommen in Deutschland nur

selten vor oder sind durch menschliche Aktivitäten selten geworden. Um gerade diese Lebensräume in der Region zu erhalten, bedarf es einerseits wiederholt zeit- und personalintensiver Pflegemaßnahmen. Andererseits sind physikalische Veränderungen der jeweiligen Lebensräume wie durch Befahrung oder bauliche Maßnahmen zu verhindern. Gleiches gilt für chemische Verunreinigungen, etwa Eutrophierung.

Zugleich dient der Wald als Rohstoffquelle für Holz und Wildfleisch. Mit einer jährlichen Nutzung von etwa 8.000 fm unterstützt die Waldbewirtschaftung die Versorgung von lokalen Holzbau- und -verarbeitungsbetrieben und somit Arbeitsplätze in der Region und die Versorgung mit Brennholz. Zudem verkauft das staatliche Forstrevier jährlich etwa 50 Rehe und Hirsche als Ganzstücke an Interessierte in der Region (insgesamt etwa 350 bis 450 im ganzen Forstamt).

Für die Bevölkerung bietet der „Basaltwald“ zudem viele attraktive Ausflugsziele, darunter auch Bodendenkmäler wie die Hangschuttf Flächen. Der „Basaltwald“ ist von einem umfangreichen Netz aus Forst- und Wanderwegen durchzogen. Neben Erholung, Naturerlebnis und sportlichen Aktivitäten in landschaftlich besonders reizvoller Umgebung ermöglicht die Region eine umfassende naturschutzfachliche und kulturhistorische Bildung.

Laut offizieller Karten befindet sich in diesem Gebiet noch kein Wasserschutzgebiet (pseudonymisierte Referenz 12).

Darüber hinaus kann ein intakter Waldboden durch Erosionsschutz zum Schutz der zahlreichen Artefakte aus diversen Zeitepochen beitragen.

3.2.2 Sozial-ökologische Konfliktbeschreibung

Konfliktgegenstände

Die Teilnehmenden des Runden Tisches im „Basaltwald“ sammelten bei der ersten Sitzung – ähnlich wie die Akteure im „Schieferwald“ – eine große Bandbreite an Themen, die sie zu dem Zeitpunkt beschäftigten. Gemeinsam wählten sie daraufhin „interne Kommunikation“, „Wege“ und „Holznutzung“ als zu bearbeitende Themen aus. Ein Großteil der im Verlauf der Runden Tische diskutierten Themen lässt sich auch hierunter fassen, weshalb wir uns in dieser Analyse auf diese drei Oberthemen beschränken und zahlreiche weitere Nebenthemen außen vor lassen.

Ein erster Konfliktgegenstand betrifft die Kommunikation und Abstimmung zwischen den Beteiligten. Viele Teilnehmende sehen die Zusammenarbeit häufig durch unklare oder fehlende Kommunikation erschwert, zudem fehle es an Verständnis für die Perspektiven der Anderen sowie an lösungsorientiertem Austausch. Des Weiteren geht es um die Wege und ihre Markierungen: In der Kommune gibt es kein offiziell ausgewiesenes Wegenetzwerk. So ist unklar, wie mit einzelnen Wegen umzugehen ist und welche Akteure auf welche Art und Weise für die Wanderinfrastruktur zuständig sind. Drittens dreht sich der Konflikt um die Waldbewirtschaftung und Holznutzung – vor allem darum, inwiefern die Form der Bewirtschaftung Biotope, Geotope (hier oft als Bodendenkmäler ausgewiesen) und Wanderwege beeinträchtigt.

Nutzungsdynamiken

Um die Nutzungsdynamiken im „Basaltwald“ besser zu verstehen, betrachten wir im Folgenden die vier Gestaltungsdimensionen des SES: a) Welche Wissensformen strukturieren die Interaktionen und Nutzungen der Akteure? b) Welche Praktiken prägen das Verhältnis der Akteure zum Wald und dessen Nutzungen? c) Welche Technologien sind für die Interaktionen mit dem Wald und die Nutzungen der Akteure relevant? d) Wie werden die Interaktionen mit dem Wald und die Nutzungen der Akteure institutionell geregelt?

Wissen

Die Interaktionen und Nutzungen der Akteure im „Basaltwald“ sind von vielen unterschiedlichen Wissensformen geprägt. Zunächst spielt Erfahrungswissen eine zentrale Rolle: Viele der Teilnehmenden kennen den „Basaltwald“ seit ihrer Kindheit und haben dessen Entwicklung über Jahrzehnte miterlebt. So brachte ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins bspw. eine lange zurückreichende Erinnerung ein:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Dort stand eine Ulme. Als wir Kinder waren, haben wir uns zu siebent, sechst angefasst und darum gefasst.“

Das Zitat verweist auf ein erfahrungsbasiertes und verkörpertes Wissen, das eng an den konkreten Ort und persönliche Erinnerung gebunden ist. Die Erinnerung an das gemeinsame Umfassen der stattlichen Ulme zeigt, wie Wissen nicht nur kognitiv, sondern durch Interaktion und emotionale Bindung entsteht: gewusst wird nicht nur, dass dort einst eine große Ulme stand, sondern auch, wie sich dieser Ort angefühlt hat, welche Bedeutung er für die Kinder hatte und wie sich im Laufe der Zeit die Landschaft verändert hat. Solch lange gewachsenes Erfahrungswissen wurde am Runden Tisch immer wieder formuliert.

Eine große Rolle spielte auch räumlich-topografisches Wissen. Besonders die ehrenamtlich Engagierten bringen große Kenntnis über touristisch attraktive Orte, Wanderziele und landschaftliche Besonderheiten im „Basaltwald“ mit. In den Diskussionen wurde deutlich, wie ausgeprägt die Ortskenntnis aller Beteiligten ist: Zahlreiche Quellen, Pfade und Aussichtspunkte wurden namentlich genannt, was der Kommunikation hohe Konkretheit verlieh und die Konflikte stark verortete.

Darüber hinaus ist Fachwissen sehr präsent. Viele Akteure haben sich intensiv mit der Geschichte des Waldes und seiner Nutzung während verschiedener Epochen auseinandergesetzt. Besonders ausgeprägt ist dieses Wissen bei dem*der Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie sowie bei Mitgliedern des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins, deren alltägliche Arbeit eng mit den vielen Bodendenkmälern im Gebiet verknüpft ist.

Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie: „Wir machen Publikationen darüber [Bodendenkmäler im Wald], da steckt der Forst auch Geld rein. Wir als Landesamt machen regelmäßig Weiterbildungsveranstaltungen für Mitarbeiter des Forstes.“

Hierbei handelt es sich um archäologisches Fachwissen, das durch Publikationen und Weiterbildungen systematisch aufbereitet wird. Dabei wird Wissen nicht nur innerhalb des eigenen Fachkontextes vermittelt, sondern auch in Zusammenarbeit mit dem Forst weiterverbreitet. So haben sich auch Forstakteure teilweise tief in die historische Dimension des Waldes eingearbeitet.

Viele Teilnehmende verfügen auch über ökologisches Fachwissen, besonders zu physischen Prozessen und sozial-ökologischen Zusammenhängen im Wald. Die Vertreter*innen der Naturschutzbehörden bringen zudem detaillierte Kenntnisse über den rechtlichen Rahmen sowie spezifisches Wissen zu schutzwürdigen Arten und Biotopen ein:

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Zur fachlichen Erklärung: Die Hangschuttf Flächen [anonymisiert] müssen freigehalten werden, weil es gibt dann verschiedene Licht- und Schatteneinflüsse, das ist wichtig für die Moose.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Und die Flechten!“

Hier zeigt sich präzises ökologisches Fachwissen über die Habitatansprüche bestimmter Arten. Gewusst wird, dass Moose und Flechten auf differenzierte Lichtverhältnisse angewiesen sind, die durch das Offenhalten der Hangschuttf Flächen fortbestehen. Die Zitate zeigen auch, dass sich behördliche und zivilgesellschaftliche Wissensträger*innen in ihrer fachlichen Expertise gegenseitig ergänzen können. Darüber hinaus fließt auch forstbotanisches Fachwissen in die Diskussion ein, wie z. B.:

Forstamtsleiter*in: „Samenbäume sind in Hülle und Fülle vorhanden.“

Dieses forstfachliche Wissen über die aktuellen Prozesse der natürlichen Verjüngung im Wald basiert sowohl auf forstwissenschaftlicher Ausbildung als auch auf Erfahrungen. Es geht aus Beobachtungen, Monitoring und fachlichen Einschätzungen durch die Forstakteure hervor. So kommt der*die Forstamtsleiter*in zu der Einschätzung, dass es ausreichend Altbäume mit keimfähigem Saatgut gibt, die für die Regeneration des Waldes notwendig sind.

Tatsächlich prägen die verschiedenen Wissensperspektiven und -inhalte vom lebensweltlichen Erfahrungswissen bis hin zu Praxis- und Fachwissen die Interaktionen der Wissensträger*innen mit dem „Basaltwald“. Dabei fließen archäologisches, historisches, forstwirtschaftliches, naturschutzpraktisches und ökologisches Fachwissen ebenso ein wie genaue Ortskenntnisse. Diese heterogenen Wissensinhalte und -formen strukturieren teilweise auch die Formen der Zusammenarbeit und Aushandlung. Dies hob der*die Forstamtsleiter*in als Chance hervor und bezeichnete die Wissensvielfalt am Runden Tisch als „geballte Kompetenz“.

Praktiken

Im Management des „Basaltwalds“ und in den resultierenden Konflikten kommen zahlreiche Praktiken zusammen. Hier beschreiben wir nur jene, die die Akteure in den Diskussionen als erwähnenswert hervorhoben.

Die angesprochenen forstlichen Praktiken umfassen das Planen, Durchforsten, Holzeinschlagen und -rücken sowie die Instandhaltung der Wege. Statt großflächig zu pflanzen und einzuzäunen, lassen die Revierleiter*innen und der*die Forstamtsleiter*in überwiegend natürliche Verjüngung durch vorhandene Samenbäume zu, da sie sich davon mehr Erfolg versprechen. Gepflanzt oder gesät werden vor allem heimische Baumarten wie Eiche, Elsbeere, Linde und Weißtanne. Weitere benannte Praktiken sind das Wandern, das Spaziergehen mit Hunden, das Sammeln von Brennholz, die kontrollierende Beobachtung der Bodendenkmäler (Vermeidung von illegalem Raub und Zerstörung) und die Durchführung von Jagdaktivitäten. Auch die Entbuschung der Hangschuttf Flächen, also das Zurückschneiden bzw. Entfernen von Jungbäumen und Sträuchern, wurde wiederholt angesprochen. Der Bau und die Errichtung von Bänken, Schutzhütten und Wegweisern stellen weitere Praktiken dar. Seitens der Naturschutzbehörde sind für den Erhalt der unter Schutz gestellten Flächen das Prüfen von und Entscheiden über beantragte Maßnahmen ebenfalls zentrale Praktiken.

Technologien

Technologien erwähnten die Teilnehmenden des Runden Tisches zum „Basaltwald“ nur am Rande. Zum einen nannten sie Wegeschilder, die der lokale Wanderverein in Eigenregie baut und instand hält. Diese Schilder sollen vor allem den Waldbesuchenden von außerhalb zur Orientierung dienen. Ein weiteres Thema war forstliche „Großtechnik“ (Ernte- und Rücketechnologien). In diesem Zusammenhang wurde auch die Verwendung von Bodenschutzbändern diskutiert, um den Waldboden zu schonen. Ähnlich wie die Jagdschneisen im „Schieferwald“ war diese Technologie bereits eine Lösungsoption. Auffällig ist auch die häufige Erwähnung von Karten: Die Kommune äußerte den Wunsch nach einer Wanderwegkarte, um die touristische Infrastruktur zu verbessern und bei diesem Konfliktthema mehr Klarheit zu haben. Auch der Bodendenkmal- und Naturschutzverein forderte Wanderkarten, da man regelmäßig von Interessierten darauf angesprochen werde. Zudem wünschen sich die Forstakteure Bestandskarten über die Wanderinfrastruktur (Schutzhütten, Bänke), um einen besseren Überblick zu haben, an welchen Stellen Verkehrssicherung notwendig ist. Ein weiterer Wunsch der Forstakteure waren leichter verständliche Übersichtskarten für forstliche Dienstleister, mit denen sensible Bereiche besser erkannt und entsprechend berücksichtigt werden können.

Institutionen

Die Interaktionen der Akteure mit dem „Basaltwald“ und deren Nutzungen sind stark durch Institutionen geprägt. Durch die Vielfalt der naturschutzrechtlichen Schutzgebietskategorien ergibt sich ein komplexes Geflecht aus Zuständigkeiten und Gesetzesgrundlagen: Beachtet werden muss neben den Wald- und Naturschutzgesetzen des Landes und Bundes auch das der Europäischen Gemeinschaft, das über den Bundes- und Landesgesetzen steht. Zudem sind die Eigentumsverhältnisse in dem Gebiet heterogen. Diese Gemengelage bedeutet für die forstliche und naturschutzfachliche Verwaltung großen Koordinationsaufwand.

Das Landeswaldgesetz regelt u. a. die forstliche Planung, die Holzernte sowie das Betreten des Waldes. Es enthält auch Bestimmungen zur Anlage und Benutzung von Forst- und Wanderwegen. Das Landesnaturschutzgesetz gibt hingegen die Zeitpunkte und Formen von Naturschutzpflegemaßnahmen vor, etwa für den Rückschnitt von Gehölzen oder für Baumfällungen. Ergänzend formuliert der FFH-Managementplan konkrete Schutzziele und Maßnahmenvorgaben zur Erhaltung und Entwicklung des Schutzgebiets. Auch im Bereich der Wanderwegeplanung spielen Institutionen eine Rolle, z. B. das zuständige Landratsamt oder überregionale Wanderwege. Die Rollen und das Zusammenspiel dieser Institutionen werden nachfolgend vertieft – sowohl im Zusammenhang mit der Konfliktkomponente Strukturen als auch bei der Analyse der Ebenen des Konflikts.

Positive Wirkungen und Beeinträchtigungen aus Sicht der Akteure

Positive Wirkungen von Nutzungen anderer Akteure wurden explizit kaum genannt. Sehr deutlich hob jedoch der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde (wie bereits zitiert) die positive Wirkung der Entbuschung auf den Hangschuttflächen hervor. Er*sie erläuterte die Notwendigkeit und die Hintergründe für die alljährlichen Entbuschungsmaßnahmen durch die ehrenamtlichen Mitglieder des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins.

Beeinträchtigungen durch die sozial-ökologischen Handlungen anderer Akteure waren in die Argumentationen dagegen vielfach eingeflochten.

| Sozial-ökologische Handlung | Wahrgenommene Beeinträchtigung | Wahrgenommene Folgen für das SES | Wahrgenommen durch |
|--------------------------------------|--|---|---|
| 1) Erholungsorientierte Erschließung | Anlage von zu vielen Einrichtungen der Wanderinfrastruktur (Bänken, Schutzhütten, Wegweisern) und nicht immer abgesprochen | <ul style="list-style-type: none"> • Besucher werden auf zu vielen Wegen nicht koordiniert gelenkt • Verkehrssicherungspflicht liegt bei Forst, ist aber personell nicht bei allen Einrichtungen umsetzbar fehlender Überblick der Forstverwaltung über angelegte Einrichtungen | Forst, Staatlicher Naturschutz |
| 2) Ehrenamtlicher Naturschutz | Nichtbeachtung der erforderlichen formalen Genehmigung bei der Umsetzung von Pflegemaßnahmen | <ul style="list-style-type: none"> • Beeinträchtigung der brütenden Vögel • Revierleiter*in nicht in Kenntnis über stattfindende Pflegemaßnahmen | Staatlicher Naturschutz, Forst |
| 3) Naturschutzfachliche Regulierung | Inflexibilität in der Genehmigung von Maßnahmen | <ul style="list-style-type: none"> • Verhinderung der notwendigen und vorgeschriebenen Pflegemaßnahmen | Ehrenamtlicher Naturschutz |
| 4) Holznutzung | Boden und Wege werden zerfahren | <ul style="list-style-type: none"> • Beeinträchtigung von Boden und Lebewesen sowie Erholungssuchenden | Ehrenamtlicher Naturschutz, Wanderverein, Gemeinderat |
| 5) Holznutzung | Freilegung von Bodendenkmälern durch Holzernte | <ul style="list-style-type: none"> • Gefahr für die physische Integrität der Denkmäler | Bodendenkmal-schutz |

Tabelle 3: Wahrgenommene Beeinträchtigungen durch sozial-ökologische Handlungen anderer Akteure im „Basaltwald“.

- 1) Der*die Forstamtsleiter*in kritisierte, dass Mitglieder des Wandervereins eigenmächtig und ohne vorherige Abstimmung Wegweiser, Schutzhütten und Sitzbänke errichten. Diese meist unabgesprochenen Eingriffe beeinträchtigen die Eigentumsrechte und das Land als Eigentümer müsse dies nicht dulden. Zwar betreten Waldbesuchende den Wald grundsätzlich auf eigene Gefahr, aber bei bestimmten Einrichtungen, z. B. einer Schutzhütte, bestehe besondere Verkehrssicherungspflicht: In diesen Fällen sei der Forst verpflichtet, die Sicherheit der Waldbesuchenden zu gewährleisten, was bei den zahlreichen Einrichtungen und fehlenden Ressourcen nicht immer möglich sei. Außerdem wies der*die Forstamtsleiter*in darauf hin, dass jede bauliche Veränderung eine Unterhaltungspflicht mit sich bringe. Wer Infrastruktur im Wald errichte, müsse auch deren Pflege und Instandhaltung sicherstellen. Der*die Forstamtsleiter*in forderte daher, dass der Wanderverein das Einrichten von Wanderinfrastruktur vorab mit Kommune und Forstverwaltung abstimmt. Zudem solle die Kommune die Wanderinfrastruktur besser koordinieren, um die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht zu gewährleisten.
- 2) Die forstlichen Akteure und der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde kritisierten, dass die Mitglieder des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins Pflegemaßnahmen – also das Entbuschen der Hangschuttf Flächen – ohne die erforderliche formale Genehmigung durchführten. Dies beeinträchtige den Naturschutz, vor allem in Bezug auf brütende Vögel, die gestört würden. Zwar seien grundsätzlich Genehmigungen eingeholt worden, jedoch habe der Verein den Termin aufgrund ungünstiger Witterung eigenmächtig verschoben. Darüber hinaus sei der*die zuständige Revierleiter*in nicht immer über stattfindende Pflegemaßnahmen informiert worden. Die Forstverwaltung und der staatliche Naturschutz fordern, dass der Bodendenkmal- und Naturschutzverein alle notwendigen formalen Genehmigungen für Pflegemaßnahmen einholt und nur in Absprache mit den zuständigen Behörden davon abweicht.

- 3) Die Mitglieder des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins sehen wiederum eine Beeinträchtigung durch die naturschutzfachliche Regulierung. Sie bemängelten eine Inflexibilität bei der Genehmigung von Pflegemaßnahmen durch die Untere Naturschutzbehörde. Aus ihrer Sicht behindert dies die notwendigen und vorgeschriebenen Pflegemaßnahmen auf den Hangschuttf Flächen. Sie sehen dies als Problem an, da es die Umsetzung wichtiger naturschutzfachlicher Ziele blockiert und den Schutz von besonders schützenswerten Lebensräumen erschwert. Die Mitglieder des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins forderten von der Unteren Naturschutzbehörde, die Genehmigungen für Pflegemaßnahmen flexibler zu handhaben, etwa bei Terminverschiebungen.
- 4) Die Vertreter*innen des lokalen Wandervereins und des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins sowie ein Gemeinderatsmitglied kritisierten die Art und Weise der Holznutzung. Aus ihrer Sicht werden bei der aktuellen Form der Holzernte und -rückung häufig der Waldboden und damit auch die Wege zerfahren. Das beeinträchtigt das Bodenleben sowie die Erholung der Waldbesuchenden. Die Betreffenden nehmen die Holznutzung als zu intensiv wahr, da sie erstens das Ökosystem schädige und zweitens den Freizeitwert des Waldes mindere. Die Akteure forderten daher, alternative Ernte- und Rücketechnologien in Betracht zu ziehen, die den Waldboden und die Wanderwege weniger belasten.
- 5) Der*die Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie sieht ebenfalls eine Beeinträchtigung durch die Holznutzung. Während Wälder die Bodendenkmäler in der Vergangenheit schützten, stellen nun nicht nur die Borkenkäfer, sondern auch die aktuellen Waldbewirtschaftungspraktiken, vor allem die Holzernte, eine ernsthafte Gefahr für die physische Integrität der Denkmäler dar. Diese Entwicklung ist aus seiner*ihrer Sicht ein erheblicher Verlust für das kulturelle Erbe und als zusätzliche Belastung für die Bewahrung der Denkmäler. Der*die Referent*in für Denkmalpflege forderte daher, bei der Holznutzung stärker auf den Schutz von Bodendenkmälern zu achten.

Konfliktkomponenten

Konfliktkomponente Interessen

Bürgermeister*in:

Der*die Bürgermeister*in hat ein grundlegendes Interesse an einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteursgruppen wie Tourismus, Holzwirtschaft, Naturschutz und Denkmalschutz. Aus seiner*ihrer Sicht gab es in der Vergangenheit Konflikte und Abstimmungsprobleme zwischen diesen Bereichen, weshalb er*sie dem gemeinsamen Austausch am Runden Tisch besondere Bedeutung beimisst. Er*sie sieht diesen Dialog als wichtigen Weg, um kommunalpolitische Entscheidungen vorzubereiten. Sein*ihr Ziel ist, dass der Runde Tisch belastbare Empfehlungen für den Gemeinderat erarbeitet. Der*die Bürgermeister*in möchte darüber hinaus das Engagement der Ehrenamtlichen erhalten und unterstützen. Ein weiteres Anliegen ist die wirtschaftliche Nutzung des Waldes: Der*die Bürgermeister*in möchte den Kommunalwald weiterhin bewirtschaften, um Einnahmen für den Gemeindehaushalt zu erzielen und den lokalen Bedarf an Holz zu decken. Lokale Firmen betreiben zunehmend eigene Holzverarbeitung; diese regionalen Wertschöpfungsketten sollte die Kommune durch Bereitstellen von Holz fördern. Ein weiteres Interesse liegt in der Umsetzbarkeit: Mit dem Ausweisen von Wanderwegen seien konkrete Pflichten und Haftungsfragen verbunden, die Kommune und Forst angesichts begrenzter Ressourcen nicht unbegrenzt tragen könnten. Daraus ergibt sich ein Interesse, bei der Entwicklung der Infrastruktur im Wald Prioritäten zu setzen.

Gemeinderät*innen:

Die beiden Gemeinderät*innen bringen unterschiedliche Interessen im Umgang mit dem Wald zum Ausdruck, die sich jedoch teils auch überschneiden.

Gemeinderät*in 1 zeigte ein starkes Interesse an einer ökologisch nachhaltigen und langfristig tragfähigen Waldbewirtschaftung. Es geht ihm*ihr darum, dass der Wald auch in Zukunft noch „auskömmlich“ genutzt werden kann, dass also langfristig eine wirtschaftlich gewinnbringende Holzentnahme möglich ist. Zugleich betonte er*sie, dass diese Nutzung im Einklang mit dem Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt stehen müsse. Er*sie hat ein Interesse an Biodiversitätsschutz und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen forstlicher Nutzung und Naturschutz. Er*sie möchte, dass in Erwägung gezogen wird, zusätzliche „Urwälder“ auszuweisen – Flächen, die langfristig nicht forstwirtschaftlich genutzt werden. Außerdem regte er*sie an, dass in Erwägung gezogen wird, bei der Holzentnahme auf Großtechnik zu verzichten.

Gemeinderät*in 2 betonte den Unterschied zur Waldbewirtschaftung in benachbarten Regionen, wo der Wald „gekehrt“ sei, also gepflegter und aufgeräumter erscheine. Damit äußerte er*sie implizit eine gewisse Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand des eigenen Waldes, in dem viel Totholz liegenbleibt. Gleichzeitig verwies er*sie auf die Schwierigkeit, der Bevölkerung die ökologischen Gründe für das Belassen von Totholz zur Förderung von Biodiversität verständlich zu machen. Dies impliziert starkes Interesse an der Akzeptanz und dem Verständnis von forstlichen Maßnahmen durch die Bürger*innen.

Mitarbeiter*in Gemeindeverwaltung Forst:

Der*die Mitarbeiter*in der Gemeindeverwaltung im Bereich Forst verfolgt das Ziel, gemeinsam mit allen Beteiligten klare Ziele für den Umgang mit dem Wald zu entwickeln. Statt Einzelinteressen und unterschiedliche Vorstellungen über die Gestaltung des Waldes (von naturnah bis aufgeräumt) stets erneut gegeneinander abzuwägen, sei ein gemeinsamer Konsens zu erarbeiten als verbindliche Grundlage für weiteres Handeln. Mit Blick auf Ausschreibungen von Waldarbeiten ist ihm*ihr bspw. wichtig zu wissen, wie genau die Pflege der Wege aussehen soll und welche Maßnahmen dabei tatsächlich notwendig sind. Ein zentrales Anliegen ist ihm*ihr außerdem der Holzertrag als Einnahmequelle für die Kommune.

Mitarbeiter*in Gemeindeverwaltung Tourismus:

Der*die Mitarbeiter*in der Gemeindeverwaltung im Bereich Tourismus verfolgt das Ziel, den „Basaltwald“ touristisch zu erschließen, dabei jedoch eine Überlastung durch zu viele Besuchende zu vermeiden. Sein*ihr Interesse ist, eine Wanderkarte zu erstellen, die schon lange fehle, um den Gästen Orientierung zu bieten und das Wandererlebnis zu verbessern. Gleichzeitig möchte er*sie über das Landratsamt einen Premiumwanderweg einrichten, um ein qualitativ hochwertiges und anerkanntes touristisches Angebot zu schaffen, das die Region noch attraktiver macht und deren Image fördert. Ein weiterer wichtiger Schritt ist für ihn*sie, eine einheitliche Beschilderung einzuführen, die in wenigen Jahren umgesetzt werden soll.

Revierleiter*innen, Forstamtsleiter*in, stellv. Forstamtsleiter*in, Funktionsbeauftragte*r:

Der*die Forstamtsleiter*in verfolgt das Ziel eines „naturnahen Mischwaldes“, der vielfältige Funktionen erfüllt. Am Runden Tisch wurden laut ihm*ihr viele Einzelinteressen vertreten, die erst im Zusammenspiel das große Ganze ergeben. Deshalb ist es ihm*ihr ein zentrales Anliegen, die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar zu machen und zusammenzuführen. Ein wesentliches Interesse liegt in der nachhaltigen Holznutzung: Die jährlichen eingeschlagenen Festmeter Holz sichern Arbeitsplätze und Einnahmen für die Kommune als Waldeigentümerin. Dabei spielt auch die

Einbindung regionaler Holzverarbeiter eine Rolle. Gleichzeitig besteht Interesse am Schutz ökologisch wertvoller Flächen wie der forstlich nicht genutzten Parzelle. Förderprogramme betrachtet er*sie unter dem Gesichtspunkt, ob sie mit den naturschutzfachlichen Zielen des „Basaltwalds“ vereinbar sind: Wenn z. B. auf einer Fläche bestimmte Arten mit gezielter Pflege gefördert werden sollen, steht das im Widerspruch zu einem Nutzungsverzicht. Beim Thema Totholz hat er*sie ein Interesse daran, den ökologischen Nutzen zu gewährleisten, ohne dabei wirtschaftlich zu viel aufs Spiel zu setzen: Nicht jeder hochwertige Eichenstamm soll im Wald verbleiben, es genügt, weniger wertvolles Holz für Artenschutz Zwecke bereitzustellen. Bezüglich Tourismus besteht das Interesse an einer klaren Lenkung der Besuchenden, um sensible Waldbereiche zu schützen. Der*die Forstamtsleiter*in äußerte ein Interesse an Reduktion und Übersichtlichkeit bezüglich touristischer Infrastruktur: Zu viele Wege sieht er*sie als problematisch an, weniger sei hier mehr.

Die Revierleiter*innen äußerten ein zentrales Interesse an der Umsetzbarkeit der Holzernte, die von der Planung bis zum Verkauf und zur Abfuhr aus ihrer Sicht den Schwerpunkt ihrer Arbeit darstellt. Ihnen ist wichtig, dass die Wege in einem guten Zustand sind, allerdings sind zerfahrene Wege immer wieder ein Konfliktthema mit Waldbesuchenden. Ein zentrales Anliegen ist daher eine offene und sachliche Kommunikation mit der Bevölkerung und anderen Akteuren, um Missverständnisse und Konflikte zu vermeiden, bspw. bei noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen. Themen wie Mountainbiking, Motorcross oder Müll im Wald führen dennoch immer wieder zu Spannungen.

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde:

Der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde möchte den Schutz des „Basaltwaldes“, der ein europaweit bedeutendes Vogelschutz- und FFH-Gebiet sei, sicherstellen und die Nutzung besser steuern. Er*sie möchte, dass alle Maßnahmen und Entwicklungen im Gebiet in enger Absprache mit der Naturschutzbehörde erfolgen. Dabei legt er*sie Wert auf klare Kommunikation. Zudem möchte er*sie den Dialog suchen und ist offen für Gespräche, betonte aber auch, dass die Zeiten einfacher Absprachen mit dem*der Vorgänger*in vorbei seien und alle Anfragen gut begründet sein müssten. Außerdem zeigte er*sie sich zurückhaltend gegenüber einer weiteren touristischen Erschließung. Vielmehr tendiert er*sie dazu, Wege eher zu reduzieren als zu erweitern, um den Schutzstatus zu gewährleisten.

Vertreter*innen des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins:

Die Vertreter*innen des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins haben klares Interesse daran, die Bodendenkmäler zu erhalten. Auch der langfristige Erhalt des „Basaltwaldes“, der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt, der Erhalt der Biodiversität und bspw. Schutz der Gewässer gehört zu ihren zentralen Anliegen. Sie möchten hierzu in den Austausch mit dem staatlichen Naturschutz und Forst treten, um gemeinsam Lösungen zu finden. Insgesamt äußerten sie das Interesse, die Kommunikation untereinander zu verbessern, da zwar gemeinsame Ziele bestünden, der Austausch darüber jedoch noch nicht ausreichend funktioniere. Sie betonten das Interesse an einer sauberen und intakten Wanderinfrastruktur: Vandalismus und Vermüllung stellen nach wie vor erhebliche Herausforderungen dar und führen zu einem hohen Instandhaltungsaufwand. Trotz erkennbarer Verbesserungen in den vergangenen Jahren bleibt es ein zentrales Anliegen, die Besuchenden stärker für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Wald zu sensibilisieren. Da sie immer wieder nach Wanderkarten für den „Basaltwald“ gefragt werden, sprachen sich die Vertreter*innen des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins für ein entsprechendes Angebot aus.

Vertreter*in Wanderverein:

Der*die Vertreter*in des Wandervereins verfolgt seit vielen Jahren das Ziel, in der Region einen sanften, naturverträglichen Tourismus zu fördern. In dieser Zeit hat er*sie bereits drei verschiedene Bürgermeister*innen erlebt, ohne dass das Thema Tourismus nennenswert aufgegriffen worden sei. Aus eigenem Antrieb hat er*sie damit begonnen, Wegweiser, Schutzhütten und Sitzbänke aufzubauen, um Wandernden Orientierung zu geben sowie sie gezielt zu kulturhistorisch relevanten Orten wie Denkmälern oder zu besonderen Aussichtspunkten zu lenken. Im Mittelpunkt steht dabei das Interesse, Besuchende für die Besonderheiten der Region zu sensibilisieren und sie zugleich auf einen respektvollen Umgang mit der Landschaft hinzuweisen. Neben dem Naturerlebnis steht bei ihm*ihr auch die Vermittlung des kulturellen Erbes im Fokus: Die Denkmäler entlang der Wanderwege sollen als Zeugnisse lokaler Geschichte sichtbar werden. Die Region soll dabei nicht durch touristische „Vermarktung“ erschlossen werden, sondern durch bewusstes Lenken von Besuchenden, was zum Erhalt von Natur und Geschichte beitrage.

Leiter*in der Abteilung Bodendenkmalpflege und Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie:

Der*die Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie möchte den Erhalt der Bodendenkmäler langfristig sichern: Auch künftige Generationen sollen einen bedeutenden Anteil dieser Kulturdenkmäler wie Relikte des Altbergbaus, alte Wegereste, Wallanlagen und Grabhügel übernehmen und bewahren können. Dies soll trotz aktueller Gefahren durch Waldschäden möglich sein.

Diese Interessen sind sehr aufschlussreich: Obwohl die Akteure unterschiedliche Schwerpunkte haben, werden die Interessen der Anderen grundsätzlich als legitim erachtet, und es sind viele Überschneidungen erkennbar. Alle Akteure teilen das Interesse daran, den Wald zu erhalten. Sie wollen wirtschaftliche Holznutzung, Erholung und Tourismus, Naturschutz und den Schutz der Bodendenkmäler miteinander in Einklang bringen. Besonders wichtig ist den Beteiligten die Kommunikation und Zusammenarbeit untereinander. Der Schutz der Biodiversität und der Tier- und Pflanzenwelt wird von mehreren Seiten betont, ebenso wie die Lenkung von Besuchenden.

Die Interessen erscheinen jedoch auch als Konfliktkomponenten: Die wirtschaftliche Holznutzung steht teilweise im Widerspruch zu Naturschutz- und Denkmalinteressen, da forstwirtschaftliche Maßnahmen sensible Flächen beeinträchtigen können. Während Tourismusakteure den Ausbau von Wanderwegen und weiterer Infrastruktur fördern, bevorzugen der Forst und die Naturschutzbehörde eher eine Reduzierung. Insgesamt zeigt sich, dass trotz vieler gemeinsamer Interessen die Balance zwischen forstlicher Nutzung, Naturschutz, Tourismus und Erhalt der Bodendenkmäler eine dauerhafte Herausforderung darstellt.

Konfliktkomponente Werte

Die Diskussionen am Runden Tisch zum „Basaltwald“ verdeutlichen, dass die Konfliktkomponente Werte sich vor allem darin zeigt, dass verschiedene Akteure unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was es im Wald zu schützen gilt. Diese unterschiedlichen Schutzprioritäten spiegeln grundlegende normative Bezugspunkte wider: Mal geht es um intrinsische Werte des Waldes (seinen „Eigenwert“), mal um instrumentelle Werte als gesellschaftlicher Nutzenbringer über seine verschiedenen Ökosystemleistungen und mal um relationale Werte des Waldes, die auf Beziehungen, Fürsorge und Identitäten beruhen (Chan et al. 2016).

Zugleich zeigen die Diskussionen, dass übergreifende normative Orientierungen wie Verantwortung und Respekt eng mit den Werten verknüpft sind. Zusammen prägen sie, wie die Akteure ihre Rolle, ihr Engagement und ihre Beziehung zum Wald verstehen und leben. Für die jeweiligen Gruppen sind diese Werte auch Teil ihrer Identität: Wenn grundlegende Werte nicht verwirklicht oder

als bedroht erscheinen, entstehen Konflikte. Denn dann geht es nicht mehr nur um praktische Lösungen, sondern um grundlegende Deutungen dessen, was richtig und wichtig ist und wie sich das eigene Selbstverständnis darin widerspiegelt.

So steht bei einigen Akteuren der Schutz des kulturellen Erbes im Vordergrund, vor allem der Bodendenkmäler. Sie sehen ihre Aufgabe darin, die zahlreichen sich im Wald befindlichen historischen Zeugnisse zu bewahren, damit diese über Generationen hinweg weitergegeben werden. Der*die Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie fühlt sich persönlich dafür verantwortlich:

Referent*in für Denkmalpflege/Archäologie: „Wir müssen gucken, wie wir’s hinbekommen, dass ich nicht, wenn ich in Rente gehe, 40 % unserer Bodendenkmäler verloren habe. Wie können wir der nächsten Generation noch einen erklecklichen Anteil der Bodendenkmäler übergeben?“

Er*sie sieht den kulturellen Wert durch umfallende Bäume und forstwirtschaftliche Maßnahmen bedroht. Ein weiterer wichtiger Wert zeigt sich im Bereich Naturschutz und Biodiversität:

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Der Basaltwald [anonymisiert] ist ein europabedeutendes Vogelschutz- und FFH-Gebiet, also nicht nur national bedeutend, sondern auch europaweit bedeutend.“

Aufgrund seiner herausragenden ökologischen Bedeutung hat das Waldgebiet für diese Person einen besonderen Wert. Jegliche Maßnahmen, die im Wald umgesetzt werden – Holzernte/-rückung, Ausbau der Wanderinfrastruktur oder Naturschutzpflege – müssen daher genehmigt werden. Auch ehrenamtliche Naturschutzakteure sehen im Wald einen Lebensraum, der in seiner Vielfalt zu schützen ist:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Alles, was da oben, im Basaltwald [anonymisiert] nistet, das ist uns wichtig.“

Konflikte entstehen, wenn sie dieses Waldgebiet durch forstliche Nutzung beeinträchtigt sehen. Ein konkretes Beispiel wurde am Runden Tisch diskutiert: Ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins sah den Lebensraum der in Abschnitt 3.2.1 erwähnten „besonderen Tierart“ durch Verkehrssicherungsmaßnahmen zerstört. Die Forstakteure hingegen wiesen die Anschuldigung zurück und erklärten, ihnen sei ein Vorkommen der „besonderen Tierart“ an dieser Stelle nicht bekannt gewesen.

Die forstwirtschaftliche Nutzung gilt vielen Akteuren als wichtige ökonomische Grundlage der Kommune. Für den*die Bürgermeister*in, die Forstleute und teilweise auch Gemeinderät*innen bedeutet der Wald ein wirtschaftliches Einkommen, der Wald erhält hier auch einen Wert als wirtschaftliche Ressource – nicht nur als finanzieller Beitrag für den Kommunalhaushalt, sondern auch als Energiequelle:

Bürgermeister*in: „Ich als Bürgermeister*in [anonymisiert] muss schauen, dass ich Holz zur Verfügung habe.“

Daneben können weitere Wertehaltungen treten. Die Holznutzung ist für den*die Bürgermeister*in verbunden mit dem Verantwortungsgefühl, Ressourcen für heutige und zukünftige Generationen bereitzustellen.

Auch die Erlebbarkeit der Landschaft und deren Ästhetik wird als bedeutender Wert des Waldes und seiner kulturellen und ästhetischen Ökosystemleistungen empfunden. Die Sicht auf den Wald als Ort der Ruhe, Schönheit und Erholung prägt das Selbstverständnis von Tourismusakteuren. Gleichzeitig ist die Ästhetik eng verbunden mit dem Wunsch nach einem respektvollen Umgang, um den Wald als lebendige Landschaft zu erhalten. Auch der*die Vertreter*in des Wandervereins äußerte Leidenschaft für die eigenen Tätigkeiten:

Vertreter*in Wanderverein: „Es hängt viel Herzblut dran bei mir.“

Hier wird deutlich: Die Akteure sehen in ihrem Engagement nicht nur eine Aufgabe, sondern eine persönliche Verpflichtung, die ihnen Sinn und Zugehörigkeit verleiht. Dieses Engagement ist Ausdruck ihrer Verbundenheit mit dem Wald und ihres Werteverständnisses. Diese unterschiedlichen Werte und damit verbundenen Identitäten sind im „Basaltwald“ nicht leicht miteinander vereinbar. Konflikte entstehen, wenn Schutzprioritäten als grundlegend erlebt werden und daher kaum verhandelbar sind. Es besteht ein Spannungsfeld, in dem nicht nur praktische Fragen, sondern auch die grundlegende Bedeutung des Waldes für die unterschiedlichen Akteure verhandelt wird.

Gleichzeitig bieten die verschiedenen Leidenschaften, das starke Verantwortungsgefühl und damit einhergehendes Engagement der Akteure eine Basis für den Dialog am Runden Tisch und die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Es kann als Brücke zwischen unterschiedlichen Wertvorstellungen verstanden werden.

Es ist jedoch auch wichtig zu erwähnen, dass die unterschiedlichen Wertvorstellungen nicht so eindeutig den Akteuren zuzuordnen sind, wie es hier den Eindruck erwecken könnte. Auch der*die Forstamtsleiter*in teilt bspw. grundsätzlich den Wert der Erlebbarkeit der Landschaft und deren Ästhetik:

Forstamtsleiter*in: „Der Weg ist sehr schön, das ist der schönste! Da läuft man nicht auf asphaltierten Wegen und hat einen wunderbaren Blick.“

So zeigt sich insgesamt, dass einzelne Teilnehmende persönlich durchaus verschiedene und möglicherweise widerstreitende Werte verfolgen können. Überdies wird deutlich, dass die Konfliktkomponente Werte eng mit der Komponente Interessen verbunden ist, da Werte als grundlegende Orientierungen meist eine wichtige Grundlage dafür bilden, welche konkreten Interessen Akteure verfolgen.

Konfliktkomponenten Wissen und Verfahren

Die Konfliktkomponente Wissen äußert sich im „Basaltwald“ nicht nur in Form von fehlendem oder unvollständigem Wissen, sondern ist eng mit der Konfliktkomponente Verfahren verknüpft, da entscheidend ist, wie Informationen und Wissen im Entscheidungsprozess geteilt und genutzt werden. Fehlende Transparenz und mangelnder Informationsfluss wirken sich somit darauf aus, inwiefern Entscheidungen als legitim erachtet und akzeptiert werden. Es wird wiederholt deutlich, dass Informationen entweder nicht alle relevanten Akteure erreichten, verspätet ankamen oder gar nicht geteilt wurden. Dadurch entstanden Missverständnisse und Frustrationen. Ein Beispiel hierfür ist folgende Situation am Runden Tisch:

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Wanderwege sind wichtig, aber dann müssen wir drüber reden. Da müsste man 'nen Arbeitskreis bilden.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Den gibt's ja.“

Forstamtsleiter*in: „Wo ist denn der angesiedelt?“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins [zeigt zu Bürgermeister*in]: „Bei der Gemeinde.“

Die Nachfrage der Forstamtsleitung verdeutlicht, dass nicht nur die Untere Naturschutzbehörde, sondern auch Forstvertreter*innen nicht über die Existenz eines solchen Gremiums zum Thema Wanderwege informiert waren, obwohl sie inhaltlich direkt betroffen sind. Da es sich größtenteils um ein Naturschutzgebiet handelt, hat die Untere Naturschutzbehörde zudem ein Vetorecht. Der Verweis auf die Zuständigkeit der Gemeindeverwaltung zeigt zwar, dass das Gremium organisatorisch klar verortet ist, aber dies wurde nicht transparent kommuniziert. Dieses Beispiel zeigt, wie strukturelle Informationslücken die Zusammenarbeit erschweren können.

Ein weiteres Beispiel verdeutlicht, wie sich Wissensungleichgewichte konkret auf Entscheidungsprozesse ausgewirkt haben. Ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins berichtete von einem Projektvorschlag für einen Literaturwanderweg, für den bereits Mittel bereitgestellt wurden:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Wir haben mitgearbeitet an einem Literaturwanderweg. Jemand hat Geld und will es investieren. Aber jetzt hören wir: Die Untere Naturschutzbehörde hat es abgelehnt.“

Bürgermeister*in: „Da sind wir ja schon weiter!“

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Da sind wir schon weiter.“

Bürgermeister*in: „Das ist richtig, es kam ein ablehnender Bescheid von der Unteren Naturschutzbehörde [Name durch Institution ersetzt]. Ich hab' das umformuliert und die Strecke umgeleitet, und es wird wieder bearbeitet.“

Mitarbeiter*in Gemeindeverwaltung Tourismus: „Haha! [lacht laut]. [leise:] So geht's hier.“

Die Information, dass sich der Sachstand inzwischen verändert hatte und das Projekt nach erster Ablehnung wieder bearbeitet wurde, war nicht an alle Beteiligten zurückgespielt worden. Die Reaktion von Bürgermeister*in und Unterer Naturschutzbehörde („Da sind wir schon weiter!“) zeigt, wie unterschiedlich der Informationsstand ist. Die Weitergabe und Abstimmung von Information war hier nicht über feste Strukturen in der Arbeitsgruppe erfolgt, sondern basierte auf der individuellen Initiative von dem*der Bürgermeister*in, der*die durch Umformulierung und Streckenanpassung das Projekt erneut zur Prüfung einreichte. Die Reaktion von dem*der Mitarbeiter*in der Gemeindeverwaltung im Bereich Tourismus lässt darauf schließen, dass unklare und informell geregelte Abläufe nicht untypisch sind, sondern öfter vorkommen.

Die Konfliktkomponente „Wissen“ ist im „Basaltwald“ stark mit unstrukturiertem Informationsaustausch, unklaren Kommunikationswegen und ungenügender institutioneller Transparenz verbunden. Wichtige Informationen werden eher personen- statt prozessgebunden weitergegeben. So entstehen Wissensasymmetrien, die zu Irritationen, Vertrauensverlust und zusätzlichen Spannungen in den Konflikten beitragen.

Konfliktkomponente Beziehungen

Am Runden Tisch deutete sich an, dass auch die Beziehungsebene eine zentrale Rolle spielt. Zwar handelte es sich bei den beteiligten Akteuren überwiegend um Personen, die sich bereits kannten

und in bilateralen Formaten kommunizieren, doch genau darin scheint auch ein Teil des Problems zu liegen: Die Kommunikation ist zwar vorhanden, ist jedoch oft intransparent oder von gegenseitigem Unverständnis geprägt. Ein*e Mitarbeiter*in der Gemeindeverwaltung im Bereich Forst sagte dazu:

Mitarbeiter*in Gemeindeverwaltung Forst: „Grundsätzlich find’ ich’s gut, dass wir ’nen Moment gefunden haben, um miteinander zu reden und nicht übereinander. [...] Die Kommunikation wär’ ein Punkt, den ich von der Geschichte hier erwarte.“

Dies verdeutlicht, dass es offenbar zuvor Schwierigkeiten und/oder Lücken in der Kommunikation gab. Hier zeigen sich also Verbindungen zu den zuvor erläuterten Konfliktkomponenten Wissen und Verfahren. Das direkte Gespräch am Runden Tisch nahmen viele Akteure als Fortschritt wahr, was ebenfalls auf eine zuvor belastete oder unausgeglichene Beziehungsebene hindeutet. Auch der Bodendenkmal- und Naturschutzverein nannte Kommunikation als zentrales Problem. Ein*e Vertreter*in formulierte es folgendermaßen:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Ich hab’s nicht schwer. Denn alle Damen und Herren haben ihre Interessen bekundet. Und ich hab’ bei allen gehört, es geht immer wieder um die Kommunikation. Eines unserer Probleme. Wir wollen alle das Gute. Aber wir haben es noch nicht gelernt, uns darüber zu verständigen.“

Also stellen nicht die Interessenlagen an sich das Hauptproblem dar – diesen wird grundsätzlich eine Berechtigung zugeschrieben –, sondern die mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft, sich konstruktiv und verständnisvoll über diese Interessen auszutauschen. Die Beziehungen sind also nicht durch offene Konfrontation oder unvereinbare Interessen und Werte belastet, sondern vor allem durch Kommunikationshürden. Ein weiterer Aspekt zeigt sich in der Selbst- und Fremdzuschreibung von dem*der Revierleiter*in:

Revierleiter*in: „Ich bin ja auch erst seit drei Jahren da. Ich bin da neutraler, ich stamm’ nicht von hier. Man darf seine Persönlichkeit da nicht so reinstecken in die Konflikte.“

Dies deutet auf personelle Verflechtungen und möglicherweise historisch gewachsene Spannungen hin. Der*die Revierleiter*in positionierte sich als außenstehend und damit vermeintlich neutral, implizierte jedoch zugleich, andere Beteiligte könnten durch ihre emotionale Verstrickung oder persönliche Betroffenheit den Konflikt (unbewusst) verschärfen. Das weist auf verdeckte Beziehungskonflikte hin, möglicherweise auch auf frühere Verletzungen oder Misstrauen, die nicht offen benannt, aber spürbar sind. Etwas deutlicher werden sie im folgenden Beispiel:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Lassen Sie mich mal den Finger in die Wunde legen: Ich habe zwei Mal gehört, der*die Forstamtsleiter*in [Name geändert zu Institution] sagte, das ist sein*ihr [anonymisiert] Eigentum. Er*sie ist der*die Chef*in [anonymisiert].“

Die Äußerung verweist auf Spannungen im zwischenmenschlichen Verhältnis. Durch die Bezugnahme auf den*die Forstamtsleiter*in als „Chef*in“ und die Formulierung „sein*ihr Eigentum“ wird ein hierarchisches Selbstverständnis des Gegenübers kritisiert, das als ausgrenzend oder dominierend wahrgenommen wird. Dies deutet auf ein Ungleichgewicht in der Kommunikation und auf

das Gefühl hin, mit eigenen Interessen nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. Zugleich enthält die Äußerung eine deutliche Zuschreibung von Haltung und Verhalten, was auf eine belastete Beziehungsebene im Konfliktgeschehen hinweist. Der*die Forstamtsleiter*in bekam etwas später die Gelegenheit zu widersprechen:

Forstamtsleiter*in: „Ich habe nicht gesagt, dass es mein Wald ist, das hab’ ich garantiert nie gesagt. Ich vertrete den Waldbesitzer.“

Das Gesagte hat der*die Empfänger*in wegen der Art, wie es formuliert oder betont war, anders aufgenommen, als es der*die Sender*in beabsichtigt hatte. Offenbar spielte dabei weniger der sachliche Inhalt eine Rolle als vielmehr der Ton und die wahrgenommene Haltung. Solche Wahrnehmungsunterschiede sind typisch für Konflikte auf der Beziehungsebene.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Beziehungsebene im Konfliktfeld stark mit Fragen der Kommunikation und der gegenseitigen Wahrnehmung verknüpft ist. Es fehlt weniger an grundsätzlichem Verständnis für die andere Position und vielmehr an einem Kommunikationsrahmen, in dem Missverständnisse geklärt werden und Verständigung ermöglicht wird.

Konfliktkomponente Strukturen

Strukturen waren immer wieder Thema am Runden Tisch, besonders der rechtliche Rahmen und institutionelle Abläufe. Der*die Forstamtsleiter*in beschrieb mehrere Einschränkungen, die sich aus den gesetzlichen Vorgaben und den praktischen Bedingungen der forstwirtschaftlichen Arbeit ergeben. Besonders problematisch ist aus seiner*ihrer Sicht die Kombination aus strengen Auflagen und witterungsbedingten Unsicherheiten im erlaubten Arbeitszeitraum:

Forstamtsleiter*in: „Das Problem ist jetzt schon wieder wie immer. Bei der Eiche: Du kannst es bei dem Wetter nicht richtig machen, wenn wir das Wetter bis zum 28.2. haben. Wenn wir das erst im September machen, ist das Holz nicht mehr viel wert. Dieses Jahr ist genauso beschissen wie letztes Jahr. [...] Die Schutzgebietsverordnung ist das größte Hindernis. Wir müssen in einem sehr kurzen Zeitraum arbeiten. Wir dürfen am 1.10. anfangen, das Laubholz muss Ende Februar verkauft sein. Da wird es in so Wintern wie dem letzten sehr kurz. Da wird es mit den Bändern schwierig. Pferd ist schön für alle, die Ponys mögen. Ist in der Größenordnung keine Option, weil es überhaupt nicht angeboten wird.“

Die Aussage verdeutlicht, dass die geschilderte Problematik häufig auftritt und dennoch jedes Jahr eine Unsicherheit besteht, wie sich die Situation ausgestaltet. Die Verordnung über das Naturschutzgebiet erlaubt forstliche Nutzung nur außerhalb der Vogelbrutzeit, in diesem Fall zwischen Anfang Oktober und Ende Februar. In sehr nassen Wintern, wie dem aktuellen und dem vergangenen, reiche die Zeit kaum, um alles Notwendige zu erledigen. Neben organisatorischen Schwierigkeiten entstehen so auch wirtschaftliche Nachteile, etwa durch den Wertverlust von Holz bei verspäteter Rückung. Zudem fehlten technische Alternativen: Bodenschutzbänder an Forstmaschinen einzusetzen, sei aus zeitlichen Gründen nicht machbar, denn dies erfordert zusätzlichen Aufwand. Auch Rückepferde seien in nötiger Größenordnung nicht verfügbar und daher keine Option. Damit kritisiert der*die Forstamtsleiter*in besonders die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, die witterungsabhängige Unsicherheiten nicht berücksichtigen, sowie fehlende technischen oder organisatorischen Alternativen, die flexibles und wirtschaftlich sinnvolles Arbeiten erschweren.

Auch für die pflegerischen Maßnahmen, die der Bodendenkmal- und Naturschutzverein in Eigeninitiative durchführt, stellt die Schutzgebietsverordnung eine Herausforderung dar. Für die Pflegemaßnahmen zur Offenhaltung der Hangschuttf Flächen müssen sie Ausnahmegenehmigungen beantragen. Im vergangenen Jahr hatten Forst und Untere Naturschutzbehörde ihn abgelehnt:

Forstamtsleiter*in: „Wir werden die Themen haben, wenn die nächsten Pflegemaßnahmen im Basaltwald stattfinden sollen. Wir haben ein Verbot, Sträucher zu fällen nach dem 28.2. Wir können nicht im Naturschutzgebiet davon abweichende Dinge machen.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Also das ist sicher ein Konfliktpunkt, der hat aber eine Geschichte. Ich mache das seit 30 Jahren, und da liegen Genehmigungen vor vom Landesverwaltungsamt, das gibt's gar nicht mehr. Es gibt Tätigkeiten, die kann ich vorher gar nicht machen. Wir haben darüber geredet. Leider geht das nicht mehr ...“

Dem*der Forstamtsleiter*in zufolge dürfen in der Vogelbrutzeit ab März keine Sträucher zurückgeschnitten werden. Der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins verwies jedoch auf Ausnahmegenehmigungen, die der Verein von früheren Zuständigen bekommen hat. Er*sie wies außerdem darauf hin, dass bei der Arbeit auf den Hangschuttf Flächen bei Nässe Verletzungsgefahr besteht.

Dieser Gesprächsauszug zeigt, dass ein zentraler Konflikt in den unterschiedlichen Strukturen liegt, nach denen die beteiligten Akteure arbeiten. So beruft sich der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins auf langjährige Praxis: ein fest etabliertes, erfahrungsbasiertes Vorgehen, das anscheinend aufgrund der komplexen, dynamischen Bedingungen vor Ort situativer Anpassung bedarf. Dem steht die heutige Verwaltung gegenüber, die sich auf rechtlich bindende Vorgaben und formalisierte Zuständigkeiten bezieht. Somit geraten Strukturen der Verwaltung in Konflikt mit Routinen der Praktiker*innen. Die Konfliktkomponente Strukturen ist also sehr ausgeprägt: Die Akteure beider Seiten bewegen sich innerhalb ihrer jeweils „gültigen“ Struktur, die jedoch schwer miteinander kompatibel sind.

Im weiteren Gesprächsverlauf am Runden Tisch hakte die Mediatorin nach, mit wem sich der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins denn das Gespräch wünscht:

Mediatorin: „Und mit wem würden Sie gerne reden, ganz konkret?“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Die Revierleitung [Name geändert zu Institution] und ich haben das schon mal gemacht.“

Revierleiter*in: „Wir haben das schon mal gemacht. Aber wir haben's auch schon mal aus der Zeitung erfahren.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Sie hören es, es ist ein Punkt der Kommunikation.“

Es stellte sich heraus, dass auch der*die Revierleiter*in sich das Gespräch zu den Pflegemaßnahmen wünscht und gerne persönlich informiert werden möchte. Dass jedoch zu dem „Punkt der Kommunikation“ nicht nur die sehr komplexen naturschutzrechtlichen und witterungsbedingten Rahmenbedingungen hinzukommen, zeigt sich, als auch der Landesforstbetrieb als Waldbesitzer ins Spiel kommt:

Forstamtsleiter*in: „Wichtig wäre mir bei dem Punkt: Man darf es nicht komplexer reden als es ist. Das ist Eigentum vom Landesforstbetrieb [anonymisiert]. Wir wollen ja grundsätzlich, dass dieses Biotop gepflegt wird. Aber dass ohne Absprache mit dem Eigentümer gepflegt wird, das geht nicht.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Das ist es ja nicht.“

Forstamtsleiter*in: „Wenn die Revierleitung [Name geändert zu Institution] nicht weiß, dass in seinem*ihrem [anonymisiert] Revier gepflegt wird.“

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Dort wird nur Jungaufwuchs gepflegt. Man kann da nicht reingehen, wenn es feucht ist. Klar, es ist Vogelschutzgebiet. Das wäre für mich ausnahmefähig. Aber dafür muss auch die Zustimmung eingeholt werden.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Ich hab’ doch die letzten drei Jahre schriftlich!“

Der Verlauf der Diskussion zeigt, wie weitere strukturelle Rahmenbedingungen den Konflikt prägen: Die Hangschuttflächen sind Teil des Staatsforsts, deren Pflege darf dem*der Forstamtsleiter*in zufolge nicht ohne Absprache mit dem Eigentümer stattfinden. Damit verweist er*sie auf formale Eigentums- und Zuständigkeitsregelungen. Eigentümer der Hangschuttflächen ist das Bundesland, verwaltet wird der Wald vom Landesforstbetrieb, die Zuständigkeit für die Zustimmung zu Maßnahmen allerdings obliegt dem Landesumweltministerium, da die Hangschuttflächen zum Offenland zählen. Der Vogelschutz ist über die erwähnte EU-Richtlinie über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten geregelt, also durch europäisches Recht. Das bedeutet, gemäß der Verordnung des Naturschutzgebiets ist zwar die Freihaltung der Hangschuttflächen vorgeschrieben. Um dies zu erreichen, darf jedoch keinesfalls gegen EU-Recht verstoßen werden. Hier befindet sich also die Untere Naturschutzbehörde in einer Zwickmühle, zumal das Beseitigen von Verbuschungen naturschutzfachlich nicht als prioritäre Maßnahme gilt. Allerdings geht dieser Zielkonflikt nicht aus dem Managementplan für das FFH-Gebiet bzw. Vogelschutzgebiet im Offenland hervor.

Abspraken zu Pflegemaßnahmen fordert nicht nur der Forst, sondern auch die Untere Naturschutzbehörde ein: Der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde weist im Zitat noch einmal darauf hin, dass in sensiblen Bereichen wie den Hangschuttflächen nur mit Zustimmung und unter Beachtung des Vogelschutzes gepflegt werden darf. Die Genehmigung der Pflegemaßnahme liegt bei der Unteren Naturschutzbehörde. Auch an dieser Stelle merkt der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins an, dass der Verein für viele Jahre schriftliche Genehmigungen für die Pflegemaßnahmen vorweisen kann.

Alle Akteure berufen sich somit auf Legitimität. Insgesamt treffen hier verschiedene Strukturen aufeinander: formale Eigentums- und Verwaltungsrechte, naturschutzrechtliche Auflagen sowie eine Routine aufgrund vorliegender Genehmigungen aus früheren Jahren und einer erfahrungsbaasierten Praxis vor Ort. Der Konflikt entsteht durch diese unterschiedlichen Legitimitätsverständnisse und unklaren Zuständigkeiten, die teilweise mit widersprüchlichen rechtlichen Vorgaben verbunden sind. Hinzu kommt, dass die Vertreter*innen des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins einen anderen Umgang mit der Unteren Naturschutzbehörde gewohnt waren. Es deutet sich an, dass die Genehmigungspraxis bei der Unteren Naturschutzbehörde früher weniger formalisierte Verfahren erforderte, weshalb der Konflikt erst in den letzten Jahren aufkam.

Für eine Konflikttransformation reicht es daher nicht aus, lediglich Informationen auszutauschen oder Termine abzustimmen. Vielmehr braucht es einen strukturellen Dialog der Beteiligten, in dem sie Rollen, Entscheidungswege und Abstimmungsprozesse gemeinsam überprüfen und aushandeln. Die Konfliktkomponente Strukturen zeichnet sich hier dadurch aus, dass nicht unbedingt die

Interessen oder einzelnen Personen „das Problem“ sind, sondern die Art, wie sie im Rahmen einschränkender rechtlicher Vorgaben (oder deren Interpretation im jeweiligen Handeln) die Zusammenarbeit strukturieren.

Ebenen des Konflikts

Bei den Diskussionen am Runden Tisch im „Basaltwald“ wurde deutlich, dass die lokalen Konflikte mit rechtlichen, institutionellen und politischen Rahmenbedingungen auf der Meso- und Makroebene verknüpft sind. Die Akteure argumentieren nicht allein auf lokaler Ebene, sondern beziehen sich auch auf Mesoebene (regionale und landesspezifische Regelungen) und Makroebene (bundesweite oder internationale Entwicklungen), auch ihr lokales Handeln ist eingebettet in größere Zusammenhänge.

Auf der Mesoebene zeigen sich besonders die Einflüsse landesspezifischer Regelungen und institutioneller Zuständigkeiten. Im Kontext der Diskussion um die interne Kommunikation weist bspw. der*die Bürgermeister*in darauf hin, dass landesweite Vorgaben zur Erhebung, Nutzung und Weitergabe von Walddaten fehlen, was sich aus seiner*ihrer Sicht direkt auf die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene auswirkt. Er*sie verweist hiermit auf eine Verantwortung auf übergeordneter Ebene.

Auch gesetzliche Grundlagen wie das Landeswaldgesetz oder das Landesnaturschutzrecht wirken auf die lokale Ebene ein. In Bezug auf die Waldbewirtschaftung grenzte der*die Forstamtsleiter*in den eigenen Handlungsspielraum klar ein: Er*sie wies darauf hin, dass das Landeswaldgesetz nicht geändert werden kann und man deshalb schauen müsse, was sich lokal bearbeiten lässt. Das Landeswaldgesetz bildet also den Rahmen, in dem sich die Lösungsoptionen, die am Runden Tisch entstehen, bewegen müssen. Auch das Landesnaturschutzrecht setzt solche Rahmenbedingungen, z. B. unterliegen Naturschutzgebiete landesspezifischen Naturschutzbestimmungen, die bei jeglichen Maßnahmen zu berücksichtigen sind.

Im Bereich Tourismus wird die Bedeutung der Mesoebene ebenfalls sichtbar. Die Planung und Umsetzung von Wanderwegen erfolgen nicht ausschließlich auf lokaler Ebene, sondern in Abstimmung mit regionalen und landesweiten Behörden. Beispielsweise ist die Wegeplanung in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt umzusetzen. Um die Region als touristisches Ziel zu stärken, werden auch Wanderwege über Gebietsgrenzen hinweg geplant. Gleichzeitig werden landesweite Initiativen wie einheitliche Beschilderungen und Piktogramme als wichtige Impulse wahrgenommen, um das touristische Angebot zu verbessern. Regelungen auf der Mesoebene können also auch unterstützend in lokale Prozesse hineinwirken.

Auf der Makroebene werden vor allem digitale und politische Einflussfaktoren genannt. Zum Beispiel die Rolle von digitalen Plattformen wie Komoot, auf denen auch Wanderwege dargestellt sind, die nicht offiziell ausgewiesen sind. Die touristische Nutzung des „Basaltwalds“ wird dadurch nicht nur von lokalen Akteuren und deren Planung bestimmt, sondern auch durch digitale Systeme mit überregionaler Reichweite, die kaum steuerbar sind. Ein Wanderführer nennt ebenfalls Wege, die offiziell nicht genehmigt sind. Weiterhin auf der Makroebene bestimmen auch das EU-Umweltrecht und das Bundesrecht – das BNatSchG und Bundeswaldgesetz, das den Zutritt zum Wald grundsätzlich erlaubt – die Ausprägung der Konflikte.

Kommunikative Konfliktdynamiken am Runden Tisch

Kommunikation

Die Kommunikation der Akteure am Runden Tisch spielte – wie die bisherige Analyse deutlich zeigt – eine zentrale Rolle für das Entstehen, aber auch für das Bearbeiten der Konflikte. Neben Span-

nungen und unterschiedlichen Positionen waren dabei auch konstruktive Annäherungen zu beobachten. Mehrfach betonten Teilnehmende, wie wichtig es ihnen sei, die Vielfalt der Perspektiven sichtbar zu machen und gegenseitig anzuerkennen:

Forstamtsleiter*in: „Es gibt unterschiedliche Positionen, das ist ja völlig normal, das ist auch gut so, aber dass man diesen Diskurs einfach mal darstellt, das wäre mir wichtig.“

Hier zeigt sich ein Verständnis von Konfliktbearbeitung, das verschiedene Sichtweisen als selbstverständlich und bereichernd anerkennt. Entscheidend ist dabei die Einsicht, dass das Verstehen der Debatten den ersten Schritt zu einer konstruktiven Auseinandersetzung bildet. Einen anderen Aspekt betonte ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: Für ihn*sie steht nicht nur das Verständnis unterschiedlicher Positionen im Vordergrund, sondern vor allem ein besserer Umgang miteinander, der auf der Akzeptanz der Probleme und Sichtweisen der anderen beruht:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Es hat ja jeder verschiedene Interessensgebiete. Die Konflikte, die da auftreten, dass jeder mit jedem kann, das wäre das Wichtigste, was wir aus diesem Tisch mitnehmen können. Dass jeder die Probleme des anderen versteht und sich dem auch annimmt.“

Hier wird deutlich, dass es dem*der Vertreter*in des Vereins weniger um die konkrete Klärung einzelner Streitpunkte geht, sondern um Beziehungsarbeit zwischen den Akteuren. Im Vordergrund steht hier das Ziel, trotz unterschiedlicher Interessen eine gemeinsame Gesprächsbasis zu schaffen und Verständnis füreinander zu entwickeln.

Die Gespräche am Runden Tisch zum „Basaltwald“ verdeutlichen, dass Konfliktbearbeitung vor allem durch offenere Kommunikation und durch Versuche, sich gegenseitig zu verstehen, gelang. Auffällig war, dass die Kommunikation weit über einen bloßen Austausch von Statements hinausging: Die Beteiligten hörten einander zu, gingen mit Argumenten aufeinander ein und erkannten ihre verschiedenen Perspektiven an, so konnte etwas mehr Vertrauen entstehen, auch wenn die Konflikte weit davon entfernt sind, gelöst zu werden. Entscheidend war der erkennbare Wille, gemeinsam weiterzuarbeiten und Lösungsideen zu entwickeln.

Machtverhältnisse

Im Verlauf der Sitzungen am Runden Tisch zeigten sich deutliche Unterschiede in den Gesprächsanteilen der Teilnehmenden. Insbesondere Bürgermeister*in und Forstamtsleiter*in hatten tendenziell mehr Redeanteile als andere Teilnehmende, während z. B. der*die Mitarbeiter*in der Gemeindeverwaltung aus dem Bereich Tourismus, Vertreter*innen des lokalen Wandervereins oder einzelne Gemeinderät*innen deutlich seltener zu Wort kamen. Damit spiegelten sich in der Kommunikation teilweise auch die formalen Hierarchien der beteiligten Institutionen wider. Die Moderatorinnen versuchten, diese Ungleichgewichte auszugleichen, z. B. durch die Methode des *uninterrupted telling*, bei der reihum jede Person ohne Unterbrechung ihre Perspektive schildern konnte, oder durch Gruppenarbeiten wie die partizipative Kartenarbeit und das „World Café“. Diese Methoden schufen Räume, in denen zurückhaltender auftretende Akteure mehr Raum zum Sprechen hatten.

Bemerkenswert ist, dass die ungleichen Gesprächsanteile nicht nur durch die Moderation, sondern auch von den Teilnehmenden selbst reflektiert und thematisiert wurden. In einer Gruppenarbeitsphase etwa, in der zunächst Revierleiter*in und Gemeinderät*in das Gespräch dominierten, unterbrach sich der*die Revierleiter*in schließlich selbst und fragte:

Revierleiter*in: „Und was sagt der Naturschutz?“

Daraufhin nahm sich tatsächlich der*die Mitarbeiter*in der Oberen Naturschutzbehörde das Wort. Solche Momente zeigen nicht nur ein Bewusstsein für Teilhabe und Fairness innerhalb der Gruppe, sondern auch das Interesse daran, andere Perspektiven einzubeziehen, um zu ausgewogeneren Lösungen zu gelangen. Auch inhaltlich wurde der Umgang mit Macht am Runden Tisch adressiert:

Forstamtsleiter*in: „Es geht ja auch nicht ums Gewinnen. Gegen *den* gewinnen, das ist nicht das Ziel, warum wir den Runden Tisch hierhergeholt haben.“

Mit dieser Aussage machte der*die Forstamtsleiter*in deutlich, dass es nicht darum gehen soll, eigene Positionen durchzusetzen oder andere zu überstimmen. Das Zitat zeigt, dass auch formell machtvolle Akteure darauf achten wollen, ihre Stellung nicht dominierend einzusetzen, sondern den Dialog zu unterstützen.

In anderen Situationen zeigte sich jedoch auch, wie Machtverhältnisse dazu beitrugen, dass bestimmte Ideen abgewiegelt wurden. So schlug der*die Vertreter*in des Wandervereins vor, nicht nur zu markieren, wo Wege sind, sondern auch „hier kein Weg“ zu markieren. Diese Idee tat der Großteil der anderen Teilnehmenden schmunzelnd ab, als sei sie unrealistisch oder überflüssig, obwohl sie im Gebirge gängige Praxis ist. Diese Szene verdeutlicht, wie Machtverhältnisse in der Gruppe bestimmen, welche Vorschläge ernsthaft diskutiert werden, oder anders gesagt, wie Vorschläge von Einzelpersonen mit geringerem Einfluss marginalisiert werden. Neben der zuvor beschriebenen Selbstreflexion über Machtverhältnisse werden hier Ausgrenzung und symbolische Abwertung sichtbar. Das schmunzelnde Abtun verhinderte die kritische Auseinandersetzung, so dass diese konkrete Idee nicht in die weitere Lösungsfindung für die Lenkung der Besuchenden einfluss.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass formale und informelle Machtverhältnisse am Runden Tisch zum „Basaltwald“ deutlich spürbar waren. Die Moderation und die Teilnehmenden selbst konnten sie aber in manchen Fällen abschwächen und ausgleichen. Der Runde Tisch entwickelte dadurch Ansätze einer partizipativen Aushandlungskultur, in der unterschiedliche Stimmen zunehmend Gehör fanden.

Emotionen und Gruppendynamik

Die Teilnahme der Akteure am Runden Tisch war insgesamt sehr konstant: Es handelte sich um einen überschaubaren Kreis von Personen, von denen viele an allen vier Sitzungen anwesend waren. Dieses hohe Maß an Kontinuität und Verbindlichkeit bildete eine wichtige Grundlage für das gemeinsame Erarbeiten von Ergebnissen, da es das Weiterarbeiten auf Basis vorheriger Gespräche und Vereinbarungen erleichterte. In der Vorbereitung der Gruppenarbeit zum Wegekonzept zeigte sich deutlich, wie bestimmte Methoden die Dynamik zwischen den Teilnehmenden und damit die Ergebnisse beeinflussten: Als die Moderatorin vorschlug, die Wege mithilfe einer partizipativen Kartengestaltung zu erarbeiten, war genau die Fachkenntnis der Vereinsmitglieder gefragt:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Das heißt, [nennt Namen anwesender Vereinsmitglieder]: Wir sollten mal zusammenstellen alle lohnenswerten Wanderziele!“

Der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins wurde gefordert, aus der eigenen Leidenschaft heraus konkrete Ergebnisse zu gestalten und darin bestärkt, aktiv mitzuwirken. Daraufhin ergriff er*sie die Initiative, andere Vereinsmitglieder anzusprechen und deren Beteiligung zu aktivieren. Andere Akteure wiederum, etwa der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde, war anfangs skeptisch, was die Methode der Kartenarbeit betrifft. Er*sie schlug vor, dass die Vereinsmitglieder ihre Wünsche äußerten und die zuständigen Institutionen danach entscheiden, was davon umsetzbar sei und was nicht. Er*sie ließ sie sich dann doch auf die Gruppenarbeit ein und wie von der Moderatorin erhofft, erfolgte die Erarbeitung der Inhalte im gemeinsamen Gespräch. Aus dieser Dynamik heraus entstand sogar eine Arbeitsgruppe, die die Entscheidungen zum Wegekonzept auf der Karte umsetzen sollte.

Wie im „Schieferwald“, trugen auch hier humorvolle Momente zur Gruppendynamik bei und lockerten die Gesprächsatmosphäre auf:

Moderatorin: „Und die Wegekarte?“

Bürgermeister*in: „Das wollen wir ja auch bis zum nächsten Stammtisch, äh Runden Tisch [alle lachen] machen.“

Die Nutzung des falschen Begriffs kann als einfacher Versprecher gelesen werden. In einer weiteren Lesart deutet sie darauf hin, dass der*die Bürgermeister*in die Runde als funktionierende, kooperative Gruppe wahrnahm. Unabhängig von der Intention sorgte die humorvolle Episode dafür, dass sich die Teilnehmenden die Runde vielleicht kurz als Stammtisch vorstellten, was zu einem gemeinsamen Lachen führte und die Gesprächsatmosphäre auflockerte. Interessant ist hier auch der Rückblick der Teilnehmenden selbst auf die Gruppendynamik:

Gemeinderät*in: „Bin überrascht, wenn ich zurückdenke an den ersten Runden Tisch, was da an Emotionen hochkam. Einer weiß jetzt, wie er mit dem anderen umzugehen hat. Und das ist für mich der Punkt, den wir erreichen wollten. Dass wir uns nicht gegenseitig wegen irgendwelchen Sachen angehen.“

Damit betonte der*die Gemeinderät*in, dass zu Beginn des Runden Tischs starke Emotionen und Spannungen das Gesprächsgeschehen geprägt hatten. Im Verlauf der Sitzungen habe sich ein bewussterer Umgang miteinander entwickelt: Die Beteiligten wüssten nun, wie sie konstruktiv aufeinander reagieren können. Dem*der Gemeinderät*in zufolge haben die Teilnehmenden als Gruppe also auch auf der Ebene sozialer Interaktion Fortschritte gemacht.

Die Gruppendynamik wurde insgesamt durch konstante Beteiligung, aktive Einbeziehung, Humor und gegenseitige Rücksichtnahme positiv beeinflusst. Durch die gemeinsame Arbeit an konkreten Aufgaben entstand mehr Vertrauen, das die Kooperation und das Engagement der Teilnehmenden stärkte.

Verlauf des Konfliktgeschehens

Am Runden Tisch zum „Basaltwald“ wurde schnell deutlich, dass die Konflikte bereits längere Vorgeschichten hatten:

Bürgermeister*in: „Die Themen werden ja schon seit Jahren verhandelt – und nicht nur von denen, die hier sitzen.“

Der*die Bürgermeister*in betonte, dass die Konflikte nicht nur zeitlich zurückreichen, sondern auch Personen und Institutionen jenseits der am Runden Tisch Anwesenden betreffen. In den Diskussionen bezogen sich die Akteure immer wieder auf frühere Erfahrungen, besonders auf Situationen, in denen Absprachen nicht funktioniert haben. Die Konfliktgegenstände rund um den „Basaltwald“ sind also keineswegs neu, sondern schon jahrelang im Gespräch. Bereits in der Vergangenheit gab es Diskussionen darüber, bestimmte Flächen aus der forstlichen Nutzung zu nehmen sowie über das Ausgestalten von Wanderwegen. Dies fand jedoch meist nicht im direkten Dialog statt, sondern wurde über behördliche Verfahren oder über den*die Bürgermeister*in als vermittelnde Instanz geführt.

Am Runden Tisch jedoch konnten kritische Themen angesprochen und bearbeitet werden. So reagierte der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins auf die gemeinsam formulierte Empfehlung, dass 40 m Abstand von Rückegassen angestrebt werden sollen:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Vor ein paar Wochen durften wir darüber noch nicht reden. Jetzt steht es hier! Das ist schön.“

Diese Reaktion verdeutlicht, dass die Diskussion bei der letzten Sitzung des Runden Tisches aus Sicht dieses Akteurs transparenter und inklusiver verlief als bisher. Kritik durfte nicht nur eingebracht werden, sondern es wurde sogar eine gemeinsame Empfehlung formuliert. Die zuvor offenbar festgefahrene Diskussion über Abstände von Rückegassen konnte durch die strukturierte Moderation und das gestärkte gegenseitige Vertrauen in der Runde gelöst werden, sodass alle Beteiligten die Entscheidung mittragen konnten.

Am Ende der Sitzung zeigten sich die Teilnehmenden erleichtert und stolz über den bisherigen Fortschritt. Rückblickend auf die erste Sitzung äußerte bspw. ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Nach unserer ersten Veranstaltung [...] habe ich überlegt, wie soll das jetzt weitergehen? Aber dann haben wir gemeinsam einen guten Roten Faden gefunden, den wir bis zu diesem Treffen weitergesponnen haben. Und wir sind zu praktikablen Ergebnissen gekommen. Weil wir eine gute Basis haben, uns weiterzuentwickeln. Und weil wir bestimmte Dinge schon im Plan haben für das nächste Jahr, wo wir dann wieder versuchen werden, uns zu einigen.“

Für ihn*sie bot der „Rote Faden“ des Runden Tisches nicht nur Orientierung, sondern unterstützte auch die Entwicklung von Vertrauen und gemeinsamer Handlungsfähigkeit. Auch die Perspektive der Gemeindeverwaltung betonte die positive Dynamik. Zugleich wies der*die Vertreter*in auf die Notwendigkeit hin, die Zusammenarbeit fortzusetzen:

Mitarbeiter*in der Gemeindeverwaltung Bereich Forst: „Wichtig ist halt auch, dass es weitergeht und nicht einschläft. Dass wir in dem Kontakt, in dem wir jetzt stehen, bleiben. Wir haben noch genug zu tun.“

Beide Aussagen machen deutlich, dass die Akteure die Arbeit am Runden Tisch nicht als abgeschlossen, sondern als ersten Schritt verstehen. Gleichzeitig konnten die Teilnehmenden über konfrontative Diskussionen hinausgehen und zahlreiche Lösungsideen entwickeln, auch für konkrete gemeinsame Vorhaben. Beispielsweise teilte der Bodendenkmal- und Naturschutzverein den Vorschlag, am Wanderparkplatz eine Infotafel zum Thema Naturschutz im „Basaltwald“ aufzustellen, was die Untere Naturschutzbehörde als sehr gute Idee aufnahm. Der Verein äußerte die Absicht, die Infotafel dann mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem Forst abzustimmen.

3.2.3 Konfliktbearbeitung

Ausgestaltung der Sitzungen

Insgesamt fanden vier Sitzungen über einen Zeitraum von elf Monaten statt, hinzu kam eine dreimonatige Vorphase. Die vier Sitzungen fanden jeweils in derselben Örtlichkeit der Kommune statt.

- In der Vorbereitung in Phase 0 „Vorgespräche“ (zur Übersicht der Phasen siehe 2.3) wurden, wie auch in Fallbeispiel 1, nach einem Schneeballprinzip die verschiedenen Interessensgruppen eingeladen, an einem Prozess zur Konfliktbearbeitung teilzunehmen. Das Ziel dieser Konfliktbearbeitung sollte es sein, praxisnahe Vorschläge zur Lösung von Waldkonflikten zu erarbeiten. In Telefonaten mit dem Projekt-, Moderations- und Mediationsteam konnten die angesprochenen Personen Konflikte schildern und Personen vorschlagen, die ebenfalls beteiligt werden sollten. Alle so ermittelten Personen erhielten zusammen mit der Einladung zu einer ersten Sitzung des Runden Tisches eine kurze Beschreibung von Projekt und Vorgehen.
- In der Auftaktsitzung (RT1) kamen die Teilnehmenden des Runden Tisches im „Basaltwald“ zusammen, um sich in Phase 1 „Eröffnung“ analog zu dem Prozess in Fallbeispiel 1 kennenzulernen und die Rahmenbedingungen in Form einer verschriftlichten Vereinbarung zu klären. Damit einigten sich die Teilnehmenden darauf, eine Mediation im Rahmen des Runden Tisches durchzuführen. In der anschließenden Phase 2 „Themensammlung“ trugen die Teilnehmenden alle für das konkrete Waldgebiet wichtigen Themen zusammen und entschieden sich dafür, die Themen „interne Kommunikation“, „Wege“ und „Holznutzung“ gemeinsam zu bearbeiten. Das Thema „Kommunikation“ adressierten sie noch bei der ersten Sitzung, während das Thema „Wege“ bei der zweiten und das Thema „Holznutzung“ bei der dritten Sitzung besprochen wurde.
- In der zweiten Sitzung (RT2) wurde das Thema „Wege“ vertieft behandelt. Zur Verfügung stand eine detaillierte Wegekarte der Region, die für die Sitzung mehrfach in Postergröße gedruckt wurde. Anhand dieser Karten fand in zwei Gruppen eine partizipative Kartengestaltung (*participatory mapping*) statt, bei der alle Teilnehmenden Gründe für einen Erhalt, eine Abschaffung oder eine Neuschaffung ausgewiesener Wanderwege sammelten (Phase 3). Beim gemeinsamen Zusammentragen aus den einzelnen Gruppen einigten sich die Teilnehmenden u. a. auf die offizielle Kennzeichnung eines großen sowie eines kleinen Rundwanderwegs (Phase 4). Die Teilnehmenden beschlossen, die kartografische Umsetzung ihrer Ideen an den*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde abzugeben.
- Zu Beginn der dritten Sitzung (RT3), in der das Thema „Holznutzung“ bearbeitet wurde, gab die Forstamtsleitung einen Überblick über den Wald und dessen Bewirtschaftung. Anschließend diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen, in die die unterschiedlichen Interessensgruppen gleichmäßig aufgeteilt wurden. Themen, Interessen und Bedürfnisse sowie Lösungsoptionen wurden jeweils in einer anderen Farbe auf einem großen Plakat in den einzelnen Gruppen notiert. Angelehnt an das Bearbeitungsformat „World Café“ gab es nach einer Weile eine Durchmischung der Gruppen. An den bereits niedergeschriebenen Punkten konnte so in neuen Gruppenkonstellationen weiter diskutiert werden (Phase 3). Im Anschluss wurden die verschiedenen Lösungsoptionen der einzelnen Gruppen gemeinsam zusammengetragen und diskutiert (Phase 4).

Somit fanden Phase 3 „Konfliktbeschreibung“ und Phase 4 „Lösungsoptionen“ ähnlich wie in Fallbeispiel 1 sowohl in der zweiten als auch in der dritten Sitzung (RT2, RT3) statt.

- In der letzten Sitzung (RT4) präsentierte der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde die umgesetzte Karte, mit der sich die Teilnehmenden einverstanden erklärten. Schließlich wurden die vom Moderationsteam auf Basis der Protokolle, der bearbeiteten Karten und der Notizen aus den Gruppenarbeiten vorbereiteten Formulierungen gemeinsam diskutiert und angepasst. Die daraus entstandenen Empfehlungen wurden in einem separaten Dokument festgehalten (Phase 5) und anschließend dem Gemeinderat vorgelegt, der diese im April 2025 einstimmig annahm. Zusätzlich wurden die gesammelten Themen aus der Phase 1 auf ihre weiterhin bestehende Aktualität überprüft.

Alle Sitzungen waren gut besucht (RT1: 16 Teilnehmende, RT2: 12 Teilnehmende, RT3: 13 Teilnehmende, RT4: 12 Teilnehmende) und die Diversität der unterschiedlichen Interessensgruppen war mit Ausnahme einer Gruppe, die nur an der ersten Sitzung teilgenommen hatte, gut abgedeckt.

Erarbeitete Ergebnisse

Die Teilnehmenden haben verschiedene Empfehlungen zum zukünftigen Umgang mit dem „Basaltwald“ formuliert, vor allem mit Blick auf die Bereiche Kommunikation, Naturschutz, Wege und Holznutzung.

Interne Kommunikation und Fortführung des Runden Tisches

Der Runde Tisch empfiehlt, jährlich im dritten Quartal eine Gesprächsrunde nach dem Vorbild des bisherigen Runden Tisches durchzuführen, um das Folgejahr zu besprechen. Die Gemeinde soll alle Beteiligten zu diesem Gespräch einladen. Außerdem wird vorgeschlagen, Gesprächsroutinen zwischen den Vereinen, der Forstverwaltung und der Unteren Naturschutzbehörde zu etablieren. Diese sollen dazu dienen, folgende Themen abzustimmen: naturschutzfachliche Ziele, forstwirtschaftliche Maßnahmen, Pflegemaßnahmen und Tourismus.

Naturschutz

Für den Naturschutz empfiehlt der Runde Tisch, die FFH-Managementpläne in die Forsteinrichtung 2027 zu integrieren. Darüber hinaus wird geraten, die Wahl der Stilllegungsflächen zwischen der Gemeinde, der Unteren Naturschutzbehörde und der Forstverwaltung abzustimmen. Dabei soll auch auf Aussichtspunkte und Sitzbänke geachtet werden. Ein gemeinsamer Abstimmungstermin zwischen allen Beteiligten sollte im ersten Quartal 2025 stattfinden. Zu dem Termin lädt die Gemeinde ein. Die Vertreter*innen des Denkmalschutzes sollten als relevante Akteure gezielt nochmals angesprochen werden, um sich zu den geplanten Maßnahmen zu äußern und in den Abstimmungsprozess einzubringen.

Wege

Das vom Runde Tisch erarbeitete Wegekonzept soll entsprechend der erstellten Karten umgesetzt werden. Dies umfasst u. a. die Ausweisung eines kleinen und eines großen Rundwegs sowie die Verwendung der vom Land empfohlenen Piktogramme für die Beschilderung. Weitere Wege, die ausgewiesen werden sollen, sind konkret benannt. Die bewirtschaftungs- und pflegefreie Zone gemäß Naturschutzrecht wiederum soll nicht ausgewiesen werden. Zusätzlich empfiehlt der Runde Tisch, die ausgewiesenen Wege auf öffentlich zugänglichen Karten und in Internetportalen (z. B. Komoot) darzustellen. Es wird darüber hinaus vorgeschlagen, eine Karte zu erstellen, in der Sitzgruppen, Aussichtspunkte, Schutzhütten und Bodendenkmäler eingezeichnet sind. Abschließend empfiehlt der Runde Tisch der Gemeinde, eine Person zur Wegewartung zu berufen, die das Thema Wege langfristig koordiniert und die Kommunikation zwischen den Akteuren fördern soll.

Holzernte

Der Runde Tisch empfiehlt der Gemeinde, für ihren Wald „Leitlinien der Waldbewirtschaftung“ und ein „integratives Naturschutzkonzept“ zu erstellen und zu beschließen, um den forstwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Belangen stärker gerecht zu werden. Bei der Vergabe der Holzerntemaßnahmen an Unternehmen sei die Leistungsbeschreibung so zu formulieren, dass die Auswahl sensibler Holzernteverfahren und Maschinen möglich ist (z. B. Bänder, Arbeitsunterbrechungen). Zudem sollen die beauftragten Unternehmen Karten zu sensiblen Flächen (sogenannte „No-go-Bereiche“) zur Verfügung bekommen. Darüber hinaus empfiehlt der Runde Tisch, bei Bedarf bei der Unteren Naturschutzbehörde Ausnahmegenehmigungen für Waldarbeiten zu beantragen bezüglich des Zeitraums, in dem Maßnahmen stattfinden können:

- Im Einzelfall lässt sich eine Vorverlegung des Einschlags oder der Rückung auf den Zeitraum August/September beantragen. Diese Anträge sollten rechtzeitig (etwa vier Wochen vor der geplanten Maßnahme) eingereicht werden, aber gleichzeitig nicht mit zu großem Vorlauf, um flexibel auf Wetterereignisse reagieren zu können.
- Das Fällen und Rücken kann im Einzelfall zeitlich getrennt durchgeführt werden.

Holzernte und Wegekonzept

Im Hinblick auf das Zusammenspiel von Holzernte und Wegekonzept empfiehlt der Runde Tisch, die Befahrung auf bestehende Rückegassen zu beschränken und Rückegassen so zu gestalten, dass ein Abstand von 40 m angestrebt wird. Entlang der Wanderwege, die im Wegekonzept festgelegt sind, soll der Holzeinschlag konzentriert erfolgen, um eine möglichst kurze Beeinträchtigung der Wege zu gewährleisten. Nach forstlichen Maßnahmen ist die Wiederherstellung der im Wegekonzept definierten Wanderwege zu priorisieren.

Externe Kommunikation und Wissensvermittlung

Der Runde Tisch empfiehlt außerdem, Infotafeln zu den Naturschutzgebieten aufzustellen, die über den Schutzzweck sowie über Ge- und Verbote informieren. Die Gemeinde soll finanzielle Mittel dafür bereitstellen. Zudem soll die Wissensvermittlung der am Runden Tisch besprochenen Themen gestärkt werden – etwa Wissen zur Funktion von Totholz (z. B. über Zeitungsartikel oder bei Einwohnerversammlungen).

Grenzen des Formats

Wie im „Schieferwald“ zeigten sich Grenzen des Formats am Runden Tisch zum „Basaltwald“ vorwiegend bezüglich der Zusammensetzung der Teilnehmenden. Thematisiert wurden ein zwischenzeitliches Ungleichgewicht der anwesenden Akteursgruppen sowie das Fernbleiben einer Akteursgruppe nach der ersten Sitzung.

Ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins kritisierte ein Ungleichgewicht bei der zweiten Sitzung des Runden Tisches zum „Basaltwald“: Er*sie sah sich allein zwischen zwei als von ihm*ihr als durchsetzungsstark wahrgenommenen Konfliktparteien. Die beiden Akteursgruppen, die ihm*ihr nahestehen, waren nicht vertreten: Die beiden Vertreter*innen des Denkmalamts waren nicht gekommen und der*die Vertreter*in des Wandervereins konnte erst später zum Termin dazustoßen:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Im Prinzip sitzen hier nur zwei Parteien, der Forst und die Kommune.“

Revierleiter*in: „Und Sie sind da. Und die Untere Naturschutzbehörde [Name ersetzt durch Institution].“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Aber niemand vom Bodendenkmal!“

Bürgermeister*in: „Die haben wir aber eingeladen.“

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Aber wir können nicht über die Köpfe hinweg entscheiden.“

Während der*die Revierleiter*in das wahrgenommene Ungleichgewicht auf Ebene der Teilnehmenden zu relativieren versuchte, wies der*die Bürgermeister*in die Verantwortung zurück, schließlich waren weitere Akteure eingeladen worden, aber nicht gekommen. Der*die Forstamtsleiter*in verwies daraufhin auf die Gemeinderäte als eine weitere Akteursgruppe und als Vertreter*innen der Bürger*innen und schließlich war Erleichterung im Raum zu spüren, als kurz darauf der*die verspätete Vertreter*in des Wandervereins eintraf:

Forstamtsleiter*in: „Und die Gemeinderäte [Namen ersetzt durch Funktion] sind auch Bürger. [...] Jetzt kommen die Wanderwege.“

Mediatorin: „Sie wurden schon sehnlichst erwartet [nennt Namen], weil es einfach wichtig ist. Sie beide vertreten ja die Bürgersicht zusammen mit den Gemeinderäten.“

Die Mediatorin ging ausgleichend darauf ein und trug damit dazu bei, das wahrgenommene Ungleichgewicht kommunikativ abzufedern. Erst mit dem Dazustoßen des anderen ehrenamtlichen Akteurs verschob sich das Kräfteverhältnis wieder. In einer zweiten Lesart ist auch zu erwägen, dass der*die Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins weniger die reine Anwesenheit thematisierte, sondern vielmehr die Dominanz bestimmter Akteursgruppen: Wessen Perspektive zählt letztlich? Diese Szene verdeutlicht, dass Fragen von Macht und Repräsentation auch in Dialogformaten fortbestehen und die Aushandlungen maßgeblich beeinflussen. Die Rolle der Moderation bestand hier vor allem darin, zwischen unterschiedlichen Wahrnehmungen zu vermitteln, kommunikative Balance herzustellen und die Vielfalt der Stimmen als gleichwertig sichtbar zu machen.

Auch bei der letzten Sitzung kam die Abwesenheit der Vertreter*innen des Denkmalschutzes jedoch noch einmal auf, dieses Mal geäußert vonseiten des*der Forstamtsleiters*in:

Forstamtsleiter*in [grübelnd besorgt]: „Was wir nicht mitkriegen, sind die Konflikte mit den Denkmalbehörden.“

Mediatorin: „Mit denen noch mal abstimmen?“

Forstamtsleiter*in: „Oder ob die da noch 'nen Punkt haben.“
[...]

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Soll unsere Denkmalbehörde mal an ihn*sie [anonymisiert] herantreten?“ [Bürgermeister*in stimmt zu und der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde notiert sich das To-do].

Der*die Forstamtsleiter*in zeigte sich besorgt über den nicht gelösten Punkt: Es blieb offen, ob die von dem*der Referent*in für Denkmalschutz/Archäologie bei der ersten Sitzung geäußerte Kritik allgemein in Bezug auf sein*ihr gesamtes Zuständigkeitsgebiet galt oder spezifisch den „Basaltwald“ betraf. Die Abwesenheit der Denkmalbehörde bei den weiteren Sitzungen erzeugte Unsicherheit, da nicht klar war, ob bereits Konfliktpunkte bestanden oder noch entstehen könnten. Die Mediatorin reagierte lösungsorientiert. Sie regte an, die Kommunikation wiederherzustellen.

Der*die Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde übernahm schließlich (mit Zustimmung durch den*die Bürgermeister*in) die Verantwortung dafür.

Dies zeigt, dass die Abwesenheit eines Akteurs große Auswirkungen haben kann: Sie hat die anderen Teilnehmenden in Unklarheit zurückgelassen und damit Entscheidungsfindungen erschwert. Gleichzeitig macht der Ausschnitt deutlich, dass die Beteiligten bereit sind, solche Lücken durch Kooperation und selbstorganisiertes Handeln aufzufangen. Die offene Frage, ob die Kritik der Denkmalbehörde spezifisch den „Basaltwald“ betraf oder allgemein gemeint war, blieb jedoch bestehen.

Systemtransformation, Verstetigung und langfristige Wirkungen

Ähnlich wie im „Schieferwald“ kamen im „Basaltwald“ am Runden Tisch alle Akteure erstmals zusammen. Nachdem zuvor ein Großteil der Kommunikation bilateral stattgefunden hatte, bot der Runde Tisch die Gelegenheit, die Perspektiven der anderen Teilnehmenden kennenzulernen und die eigenen darzustellen. Mit der Erarbeitung der Empfehlungen begannen die Teilnehmenden eine Systemtransformation: Bei der partizipativen Kartengestaltung planten die Akteure die konkrete Wegeinfrastruktur im Wald und bezogen dabei ihr unterschiedliches Wissen und ihre verschiedenen Praktiken ein. Gleichzeitig orientierten sie sich an den institutionellen Vorgaben und prüften, welche Technologien sie nutzen können. Sie regten mit ihren Empfehlungen an, dass die ausgewiesenen Wege auf öffentlich zugänglichen Karten und in Internetportalen dargestellt werden und dass eine Karte entsteht, die Sitzgruppen, Aussichtspunkte, Schutzhütten und Bodendenkmäler ausweist.

Schon vor der vierten Sitzung hatte die Gemeinde ihre erste Aufgabe aus dem Protokoll einer vorherigen Sitzung umgesetzt: Der Bauhof hatte an einer Stelle abschüssiges Gelände gesichert, sodass nun der Weg zu einer Sehenswürdigkeit und zur zugehörigen Infotafel ausgewiesen werden kann. Für das Thema der Pflegemaßnahmen auf den Hangschuttf Flächen nahmen sich die beteiligten Teilnehmenden einen gemeinsamen Vororttermin vor:

Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins: „Wir werden den Vororttermin vereinbaren, wenn vier Wochen vorher absehbar ist, dass wir da rein können.“

Diesbezüglich wollen die Beteiligten in Zukunft versuchen, durch rechtzeitige Abstimmung und realistische Planung einen Umgang mit den strukturellen Einschränkungen zu finden. So wird der Vororttermin nur angesetzt, wenn die Bedingungen voraussichtlich passen, eine pragmatische Reaktion auf die begrenzten Zeitfenster und Genehmigungsvorgaben.

Das Format des Runden Tisches hat dazu geführt, dass neue Lösungsideen entstehen, die über bloße Kompromisse hinausgehen:

Mitarbeiter*in der Unteren Naturschutzbehörde: „Es ist nicht möglich zu sagen, wir verschieben den Zeitraum generell. Aber es ist möglich, Ausnahmen zuzulassen und das ist eine Frage von Absprachen.“

Forstamtsleiter*in: „Einschlag brauchen wir nicht drüber reden im März, es wäre, wenn dann, die Rückung. Wenn wir im Januar, Februar unterbrochen haben wegen Matsche, dass wir dann im März bei Frost die Arbeiten abschließen. Oder, dass man bestimmte Einschläge vorzieht.“

Mitarbeiter*in der Oberen Naturschutzbehörde: „Das kann durchaus auch auf den August verlegt sein.“

Die Akteure hatten bei der gemeinsamen Sammlung ihrer Interessen und Bedürfnisse den stärkeren Bodenschutz als gemeinsames Ziel identifiziert, das jedoch durch zunehmend frostfreie Winter schwer zu erreichen und zusätzlich durch rechtliche Vorgaben reguliert ist. Die Beteiligten versuchten dennoch, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten Handlungsspielräume zu finden, mit denen sie den gegebenen Rahmenbedingungen gerecht werden. Gleichzeitig werden Grenzen dieser Flexibilität sichtbar: Die notwendige vierwöchige Bearbeitungszeit von Anträgen bleibt bestehen, was im Zusammenspiel mit der Unvorhersehbarkeit der Witterung weiterhin herausfordernd ist.

Nach Abschluss der Runden Tische berichteten einige Teilnehmende von einer besseren Zusammenarbeit. Ein*e Vertreter*in des Bodendenkmal- und Naturschutzvereins zeigte sich erfreut über das neue Miteinander mit den Forstvertreter*innen: Er*sie habe kürzlich einen über den Weg gefallenen Baum entdeckt und den*die zuständige*n Revierleiter*in informiert. Als er*sie drei Tage später an der Stelle vorbeikam, war der Baum schon geräumt: „Wir haben die Kommunikation verbessert.“ Ein*e Revierleiter*in und der Bodendenkmal- und Naturschutzverein wurden sogar zusammen aktiv: Die Akteursgruppen treffen sich in ihrer Gemeinsamkeit, den Wald erhalten zu wollen, sowie in ihrem geteilten Hands-on-Ansatz. Die Vereinsmitglieder erkundigten sich, ob sie beim Pflanzen mithelfen könnten, daraufhin lud der*die Revierleiter*in sie ein, sich bei einer bereits geplanten Pflanzaktion anzuschließen. Die Aktion war aus Sicht beider Akteursgruppen ein Erfolg: Die Vereinsmitglieder erlebten eine gemeinschaftliche Aktivität mit positiven Auswirkungen für den „Basaltwald“ und der*die Revierleiter*in erhielt tatkräftige Unterstützung für sein*ihr Vorhaben.

Bemerkenswert ist, dass die Teilnehmenden die Verstetigung ihres Dialogs in ihren Empfehlungen an erster Stelle nannten. Rund ein dreiviertel Jahr nach Abschluss der Runden Tische setzten sie diesen Vorsatz mit einer fünften Sitzung um. Alle Akteursgruppen, die die Empfehlungen formuliert hatten, waren erneut anwesend. Bei dieser Sitzung versuchten sie u. a., die nächsten Schritte für die Umsetzung des neuen Wegekonzepts einzuleiten.

3.2.4 Zwischenfazit

In diesem Zwischenfazit greifen wir unsere Fragen aus der Einleitung hinsichtlich des „Basaltwaldes“ auf: 1) Wie manifestieren sich Konflikte um den Wald der Zukunft auf lokaler Ebene? Was ist für einzelne Konflikte charakteristisch und was lässt sich zu ihrer Dynamik sagen? 2) Wie wurde die Konfliktbearbeitung ausgestaltet?

1) Auch im „Basaltwald“ sind die Konflikte durch spezifische Nutzungsdynamiken geprägt, die die lokal spezifischen Strukturen und Prozesse des SES beeinflussen. Im Gegensatz zum „Schieferwald“ steht im „Basaltwald“ der Wald als Naturschutzgebiet bzw. FFH-Gebiet und Europäisches Vogelschutzgebiet unter Schutz. Es ist aber nur ein kleiner Teil aus der forstlichen Nutzung und naturschutzorientierten Pflege genommen, der Rest fungiert als Wirtschaftswald. Die zu bewahrende Biodiversität bzw. der Schutz bestimmter Arten, aber auch die als Zeugnisse der Vorgeschichte vorhandenen Bodendenkmale waren im Diskurs ebenso präsent wie die beiden Ökosystemleistungen Bereitstellung von Holz und Möglichkeit der Erholung. Umbaumaßnahmen im Wald, um diesen als „Wald der Zukunft“ besser an den Klimawandel anzupassen, wurden kaum thematisiert, spielen aber dennoch eine Rolle. Der Klimawandel zeigt sich im „Basaltwald“ eher als „Störenfried“, der mit ausbleibendem Frost und Schnee die Holzernte behindert und zu massiven Schäden an den Wegen führt.

Wie im anderen Fallbeispiel bestimmt sich auch hier die Konfliktsituation zumeist auf der standörtlichen Ebene: Im „Basaltwald“ wurden Konflikte häufig auf der Ebene einzelner Standorte und nicht auf der des Gesamtgebiets angesprochen und bearbeitet. Dies hängt auch damit zusammen, dass viele Akteure diese Standorte sehr gut kennen, weil sie seit vielen Jahren mit dem Gebiet

vertraut sind. Die Diskurse an den Runden Tischen und die dabei verfolgbare Dynamik, die letztlich zu einer deutlichen Konfliktbearbeitung führte, zeigen aber, dass die Ebene der politischen Gemeinde genutzt werden kann, um Vereinbarungen zwischen den beteiligten kommunalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verdauern.

Die auch im „Basaltwald“ bestehenden Verflechtungen mit der Meso- und der Makroebene haben nicht dazu geführt, dass der Konflikt nicht als von „außen“ entfacht oder stark angetrieben gesehen wurde. Vielmehr hatten trotz der vielfältigen Interaktionen mit der Meso- und auch der Makroebene (EU-Vogelschutzgebiet) alle Akteure das Bild, dass es sehr aussichtsreich ist, zunächst und vor allem auf der lokalen Ebene den Konflikt zu betrachten und zu verhandeln. In beiden Fallbeispielen wurde damit die Mikroebene in ihrer Wichtigkeit für die Konfliktentstehung und für eine gute Konfliktbearbeitung bestätigt.

Die Konflikte um die Planung der für die Naherholung und den Tourismus genutzten Wege haben sich in der Vergangenheit möglicherweise zugespitzt, weil zwar die Abstimmung zwischen den Akteuren teilweise in Arbeitsgruppen stattgefunden hatte, dabei aber kein vollständig partizipatives Verfahren und zudem keine Verfahrenstransparenz vorhanden waren – z. B. aufgrund von Veto-Playern, die nicht berücksichtigt worden waren. Diese institutionellen bzw. Struktur- und Verfahrensprobleme lassen sich daher auch als Wissenskonflikt beschreiben.

Der Konflikt zwischen dem Erhalt der Hangschuttf Flächen und dem Vogelschutz war zum Zeitpunkt des Runden Tisches nur partiell analysiert und erschien dort eher als ein Werte- oder Beziehungskonflikt. Tatsächlich bestimmen aber auch unterschiedliche Umgangsweisen und strukturelle Gefüge dessen Ausprägung.

2) Für den „Basaltwald“ scheint das Beteiligungsverfahren Runder Tisch eine soziale Innovation zu sein, die jedoch gut aufgenommen wurde und mittlerweile auch zu Veränderungen im Umgang der Akteure untereinander geführt hat.

Beim „Basaltwald“ war für einzelne (zivilgesellschaftliche) Akteure die Teilnahme am Runden Tisch in bestimmten Situationen schwierig – besonders, wenn sie die Einzigen waren, die nicht aus institutionellen Gründen teilnahmen oder als Einzige eine bestimmte Perspektive (Bodendenkmal-schutz) einbrachten. Die zufällige Abwesenheit eines weiteren (thematisch nahestehenden) Akteurs auf einer Sitzung kann andere Akteure dann unter Druck setzen oder die Ergebnisse der Konfliktbearbeitung beeinträchtigen. Teilweise ließ sich durch geschickte Moderation gegensteuern.

Am Runden Tisch fand eine partizipative Kartierung statt, mit der ein Wegenetz für Naherholung und Tourismus entworfen wurde. Die Teilnehmenden sind bei der Gruppenarbeit an Karten „aus dem Konfliktgeschehen herausgetreten“; im Mittelpunkt stand das Zusammenführen der verschiedenen Perspektiven, das Suchen nach guten Lösungen. Es wurde Einigkeit über die Waldgebiete erzielt, die nicht durch ausgewiesene Wege erschlossen werden sollen.

Die Teilnehmenden haben an das Kommunalparlament Empfehlungen zum zukünftigen Umgang mit dem „Basaltwald“ formuliert, vor allem mit Blick auf den Naturschutz (z. B. Integration der bestehenden FFH-Managementpläne in die nächste Forsteinrichtungsplanung), das erarbeitete Wegenetz (Umsetzung in eine eigene Karte inkl. Sitzgruppen, Aussichtspunkte, Schutzhütten und Bodendenkmäler, Berufung eines Wegewarts) und die Holzernte. Hinsichtlich Letzterer wurde nicht nur die Vier-Wochen-Frist bei Anträgen auf eine Ausnahme erwähnt, sondern es wurden auch konkrete Vorgaben für die Leistungsbeschreibung von Ausschreibungen für die Holzernte gemacht: Bodenschonende Verfahren sollen bevorzugt werden. Das ermöglicht neue oder veränderte sozial-ökologische Handlungen.

Zur Verstetigung haben sich die Teilnehmenden auch darauf verständigt, künftig jedes Jahr eine Gesprächsrunde nach dem Vorbild des Runden Tisches durchzuführen, um die Maßnahmen im

Folgejahr zu besprechen. Zusätzlich wird der Kommune empfohlen, „Leitlinien der Waldbewirtschaftung“ und ein „integratives Naturschutzkonzept“ zu erstellen und zu beschließen, um den forstwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Belangen stärker gerecht zu werden. Hingegen konnte der Konflikt zwischen dem Erhalt der Hangschuttf Flächen und dem Vogelschutz (Zeitpunkt der Pflegemaßnahme auf den Schuttf Flächen und Abstimmung mit dem Eigentümer) nicht abschließend bearbeitet werden. Es wird aber empfohlen, den behördlichen Bodendenkmalschutz bei den anstehenden Vereinbarungen zur Auswahl von „Stilllegungsflächen“ als relevanten Akteur noch einmal gezielt anzusprechen, damit er sich in den Abstimmungsprozess einbringen kann.

4 Übergeordnete Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel diskutieren wir die Kernerkenntnisse unseres Forschungsprojekts. Zuerst fokussieren wir auf die Erkenntnisse aus den Fallbeispielen zur Konfliktanalyse (Formen, Veränderung, Konstellationen von Konflikten) (4.1), danach stellen wir die Erkenntnisse zu Konfliktbearbeitung/-transformation (4.2) dar. Zusätzlich lassen wir Erkenntnisse aus einem dritten Fallbeispiel („Muschelkalkwald“) mit einfließen, das wir in der ausführlichen Konfliktanalyse nicht näher beschrieben haben. Hierbei fand ein erstes Treffen statt (Phase 0-2), der Runde Tisch wurde aber auf Wunsch der Akteure nicht weitergeführt.

4.1 Dynamiken lokaler Waldkonflikte

Die im Projekt untersuchten Fallbeispiele zeigen exemplarisch, wie vielschichtig die Aushandlungsprozesse um den „Wald der Zukunft“ auf lokaler Ebene verlaufen. Aus der vergleichenden Betrachtung lassen sich dennoch mehrere wiederkehrende Dynamiken ableiten, die für das Verständnis und die Bearbeitung von Waldkonflikten zentral sind – etwa die Verflechtung verschiedener Konfliktgegenstände, ihre Ortsgebundenheit, die komplexen Akteurskonstellationen, der Einfluss institutioneller Strukturen, die Auswirkungen des Klimawandels sowie die Rolle von Unsicherheiten und unterschiedlichen Wissensformen.

1. Waldkonflikte sind komplex und verflochten

Waldkonflikte zeichnen sich durch eine ausgeprägte Komplexität aus, bestehen meist aus mehr als einem Konfliktgegenstand und lassen sich daher schwer kategorisieren (Niemelä et al. 2005). So erweist sich die Vorstellung eines „typischen“ Waldkonflikts auf der lokalen Ebene als unzureichend, da die in der Praxis beobachtbaren Hintergründe durch eine hohe Vielschichtigkeit gekennzeichnet sind. In den untersuchten Fallbeispielen drücken sich die Konflikte als komplexe Geflechte aus, in denen multiple, parallel verwobene Konfliktgegenstände mit einer heterogenen Akteurslandschaft interagieren.

Diese Verflechtungen resultieren aus unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen, die sich auf verschiedene Dimensionen des Waldes beziehen: ökonomische Nutzungsansprüche, ökologische Schutzinteressen, kulturelle Bedeutungszuschreibungen, Freizeitnutzung sowie soziale und institutionelle Machtverteilungen. Die Konfliktgegenstände sind dabei selten isoliert zu betrachten, sondern beeinflussen sich gegenseitig und hängen wechselseitig voneinander ab. Zum Beispiel können Meinungsverschiedenheiten bezüglich Holzerntemethoden gleichzeitig Fragen der Biodiversität, der Bodenstruktur, der wirtschaftlichen Existenzsicherung und der lokalen Identität oder Zugänglichkeit betreffen.

Zusätzlich besteht ein zentrales Merkmal dieser Komplexität darin, dass Werte, Emotionen und die unterschiedlichen Beziehungen zum Wald in Aushandlungsprozessen häufig nicht explizit benannt werden, sondern sich hinter Debatten um konkrete sozial-ökologische Handlungen verbergen. Während vordergründig über Aspekte wie Erntemethoden, Baumartenwahl oder Flächenmanagement verhandelt wird, können die eigentlichen Konfliktursachen in tieferliegenden, grundsätzlichen Wertevorstellungen und emotionalen Bindungen liegen. Diese affektiven Dimensionen bleiben in rationalistisch geführten Diskussionen oft unsichtbar, obwohl sie für das Verständnis von Positionen entscheidend sind.

Die Forschung unterstreicht, dass Emotionen nicht als Störfaktoren rationaler Entscheidungsprozesse zu verstehen sind, sondern als legitime und unverzichtbare Quellen moralischen Verständnisses (Jakobsson et al. 2021). Sie lenken die Aufmerksamkeit auf spezifische Aspekte der

Mensch-Wald-Beziehungen, die technische oder ökonomische Analysen ausblenden, und ermöglichen alternative Perspektiven auf Konfliktgegenstände. Das Nichtberücksichtigen dieser emotionalen und wertebasierten Ebenen führt dazu, dass Aushandlungsprozesse oberflächlich bleiben und grundlegende Spannungen ungelöst fortbestehen.

Darüber hinaus sind Waldkonflikte in komplexe Wissenssysteme eingebettet, die durch lokale Erfahrungen, traditionelles Wissen, wissenschaftliche Expertise und institutionelle Normen geformt werden. Verschiedene Akteursgruppen verfügen über unterschiedliche Wissensbestände und deuten sozial-ökologische Handlungen divergierend aus. Diese epistemischen Differenzen sind integraler Bestandteil der Verflochtenheit von Konflikten und erfordern dialogische Prozesse, die unterschiedliche Wissensformen anerkennen und integrieren.

2. Waldkonflikte sind ortsgebunden

Das Zusammenspiel ökologischer und gesellschaftlicher Faktoren macht jeden Wald als ein komplexes SES einzigartig (Brietzke et al. 2025). Die lokale Dimension drückt sich nicht zuletzt in Artenvielfalt, Geologie und Mikroklima des jeweiligen Standorts aus, der sowohl spezifische Ressourcen als auch unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten bedingt. Historisch gewachsene Beziehungen zwischen Akteuren sind ebenso prägend wie die individuellen Bindungen und kulturellen Bedeutungen, die Menschen mit dem jeweiligen Wald verbindet. Wissen, Erfahrungen und Praktiken bilden dabei ein System kollektiver und individueller Handlungsweisen, dessen Strukturen und Dynamiken standortspezifisch ausgestaltet sind.

Demzufolge sind Waldkonflikte auch durch ihre lokale und ortsspezifische Ausprägung charakterisiert. Debatten um Wald und dessen Nutzung werden zwar auch übergeordnet und mit Blick auf grundsätzliche Zielvorstellungen diskutiert. Im lokalen Kontext entstehen die jeweiligen Konfliktgegenstände jedoch aus dem spezifischen Zusammenspiel räumlicher, ökologischer und sozialer Faktoren, die in jedem Waldgebiet variieren und sich gegenseitig beeinflussen. Im Fokus steht ein komplexes System aus Wissen, Praktiken, Technologien und Institutionen, das durch die Einzigartigkeit der sozial-ökologischen Rahmenbedingungen, etwa in der ökologischen Struktur (z. B. Boden, Klima, Artenzusammensetzung) und den sozialen Gegebenheiten (z. B. lokale Akteursnetzwerke, Traditionen, Eigentumsverhältnisse) geprägt ist.

Eine solche Einzigartigkeit wird auch in den untersuchten Fallbeispielen deutlich. Im „Schieferwald“ beeinflussen bspw. spezifische geologische und hydrologische Bedingungen die Wasserspeicherkapazität, was die Anfälligkeit für Trockenstress erhöht. Zudem waren größere zusammenhängende Fichtenflächen stark von der Trockenheit und Schädlingsbefall der letzten Jahre betroffen. Die Bewirtschaftung und Transformation dieser entstandenen Kalamitätsflächen lösten im Kontext klimatischer Veränderungen kontroverse Diskussionen aus. Die standortspezifischen Limitationen erforderten differenzierte waldbauliche Strategien. Im „Basaltwald“ hingegen ergab sich die Konfliktspezifität aus der touristischen Attraktivität der Landschaft, einer Überlagerung verschiedener Schutzgebietskategorien und der Präsenz vieler geschützter Arten, die einen hohen naturschutzfachlichen Stellenwert begründen. Das ausgeprägte ehrenamtliche Engagement lokaler Akteure geht einher mit emotionalen und identitätsstiftenden Bindungen an den Wald, die in Aushandlungsprozessen berücksichtigt werden mussten.

3. Waldkonflikte reichen oft über binäre Gegnerschaften hinaus

Eine Beschreibung von Konflikten allein anhand zweier sich gegenüberstehender Parteien greift meist zu kurz. Unsere Fallbeispiele zeigen, dass die häufig untersuchte Akteurskonstellation „Forstwirtschaft vs. Naturschutz“ ein interessanter Fokus sein kann. Zugleich erweckt dies jedoch den Eindruck, es gäbe in erster Linie zwei in sich homogene Gruppen, die sich gegenüberstehen.

Unsere Fallbeispiele zeigen jedoch: Die Gruppen sind keinesfalls homogen, sondern divers und zudem häufig auch ambivalent. So beschrieb ein Naturschutzakteur aus dem „Schieferwald“ „zwei Herzen in der Brust“: Das eine möchte einen stattlichen Baum möglichst alt werden lassen, das andere spinnt Ideen, was Schönes aus dem Holz entstehen könnte. Der*die Forstamtsleiter*in aus dem „Basaltwald“ plädiert einerseits dafür, Wanderwege zu reduzieren, schwärmte jedoch zugleich von seinem*ihrem Lieblingswanderweg. Diese scheinbare Ambivalenz der Charaktere aus lokalen Konfliktkonstellationen mag irritieren, sie bietet jedoch wertvolle Ansatzpunkte für die Konfliktbearbeitung.

Darüber hinaus bestehen Zielkonflikte häufig auch innerhalb der Akteursgruppen. Innerhalb ökologischer Interessen kann wie im „Basaltwald“ bspw. der Vogelschutz dem Bodenschutz entgegenstehen, wenn im Herbst und Winter aufgrund zu feuchter Böden die Holzernte ungünstig wird. Auch zwischen Klimaanpassung und Biodiversitätsschutz können Spannungen entstehen – etwa wie im „Schieferwald“ bei der Frage, ob die gut verwertbare, trockenheitsresistente, aber ökologisch umstrittene Douglasie gepflanzt werden soll.

Schließlich zeigt sich, dass die beteiligten Akteure weit zahlreicher sind, als es häufig dargestellt wird. Landschaftspflegeverbände, Tourismuskordinatoren oder Denkmalschutzbehörden sind in der Beschreibung vieler Konflikte oft nicht sichtbar. So stellt sich auch in beiden Fallbeispielen heraus, dass die Anwesenden längst noch nicht alle beteiligten Personen waren: Im „Schieferwald“ fehlten den Akteuren beim Kontext Jagd die Landwirt*innen, im „Basaltwald“ fehlte den Akteuren beim Kontext Wege das Landratsamt. Viele relevante Perspektiven und Interessen werden oft nicht ausreichend in die Betrachtung von Waldkonflikten einbezogen.

4. Institutionelle Strukturen und Zuständigkeiten wirken stark in Waldkonflikte hinein

Die Analyse der beiden Fallbeispiele zeigt, dass viele lokale Waldkonflikte weniger aus unvereinbaren Interessen oder persönlichen Differenzen entstehen, sondern durch institutionelle Aufgaben, rechtliche Rahmenbedingungen und divergierende Handlungslogiken geprägt sind. Gesetzliche und politische Rahmenbedingungen bilden zentrale Kontextfaktoren der Konflikte.

In den Fallbeispielen wird deutlich, dass lokale Aushandlungen in institutionelle Mehr-Ebenen-Gefüge eingebettet sind. Auf der Mesoebene bestimmen vor allem Landeswaldgesetze und Naturschutzgesetze sowie administrative Zuständigkeiten wie seitens der Forst- oder Landratsämter den Handlungsspielraum der Akteure. So begrenzen im „Schieferwald“ und „Basaltwald“ landesspezifische Regelungen die Spielräume bei Wiederaufforstung, Wegeplanung und Datennutzung und beeinflussen damit, welche Lösungsoptionen am Runden Tisch überhaupt verhandelbar sind. Auf der Makroebene wirken bundes- und europaweite Regelwerke, Förderprogramme und politische Diskurse in die lokale Konfliktstruktur hinein, z. B. Bundeswaldgesetz, EU-Umweltrecht, Zertifizierungssysteme.

Auch im „Muschelkalkwald“ zeigt sich, dass gesetzliche Vorgaben konkrete lokale Spannungen hervorrufen können. Das im Naturschutzrecht verankerte Prinzip „Eichen erhalten“ haben einige Akteure kritisch hinterfragt, da es angesichts absterbender Bäume zusätzliche Auflichtungen erzwingt, die wiederum ökologische Folgeschäden nach sich ziehen können. Auch wenn die institutionellen Regelungen hier gut begründete Schutzziele verfolgen, können sie dennoch in der lokalen Umsetzung und unter der aktuellen klimatischen Situation Zielkonflikte erzeugen. Der Runde Tisch kann hier in erster Linie Prozesse der Abstimmung und den Umgang miteinander verbessern, nicht jedoch den grundlegenden Rahmen verändern. Gerade das zeigt, dass viele entscheidende Hebel für die Konfliktbearbeitung in den institutionellen Strukturen selbst liegen, etwa im Naturschutzrecht, in der Jagdpachtregelung oder in der Ausgestaltung von Förderprogrammen.

Darüber hinaus wird in den Fallbeispielen deutlich, dass institutionelle Strukturen nicht nur den Handlungsspielraum der Akteure rahmen, sondern auch diskursiv wirken. Beispielsweise beriefen

sich Akteure auf Gesetze, Förderprogramme oder Zertifizierungsstandards, um ihr eigenes Handeln zu rechtfertigen oder Kritik von anderen Akteuren abzuwehren. So legitimierten etwa Forstvertreter*innen im „Schieferwald“ ihre Wiederaufforstungsstrategien mit rechtlichen Vorgaben des Landes- und Bundeswaldgesetzes, während der Umwelt- und Naturschutzverband hinsichtlich der Baumartenwahl auf Zertifizierungsrichtlinien verwies. Auch im „Basaltwald“ wurden fehlende landesweite Vorgaben oder bestehende Tourismusregelungen herangezogen, um lokale Herausforderungen zu erklären. Damit zeigen die Konflikte, dass institutionelle Strukturen auch prägen, welche Deutungen und Lösungsansätze als legitim gelten und welche nicht.

Die Gestaltung von Waldzukünften kann daher im Einzelfall eine enge Verzahnung von lokalen Aushandlungsprozessen mit übergeordneten institutionellen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichem Wandel erfordern. Für eine Konfliktbearbeitung am Runden Tisch bedeutet dies in derartigen Fällen, dass seine Ausgestaltung gezielt an die Art des Konflikts angepasst werden sollte: Während lokale Abstimmungsprozesse dort wirksam sein können, wo Handlungsspielräume bestehen, braucht es bei institutionell stark vorgeprägten Konflikten ergänzende Dialog- oder Anpassungsprozesse auf Landes- oder Bundesebene. Zugleich kann es helfen, jene Bezüge zu institutionellen Vorgaben, die als Legitimationsgrundlage genutzt werden, offenzulegen und gemeinsam zu reflektieren.

5. Klimawandel verändert Themen und Dynamiken der Konflikte

Der Klimawandel stellt die Akteure im Wald vor neue Herausforderungen und hat in den letzten Jahren zu Veränderungen der Konfliktfelder beigetragen. Verfügbare Klimamodelle prognostizieren für Deutschland einen Anstieg der mittleren Lufttemperaturen sowie eine Zunahme von „Somertagen“ (Tageshöchsttemperatur mindestens 25 °C), „Heißen Tagen“ (Tageshöchsttemperatur mindestens 30 °C) und „Tropischen Nächten“ (Tagestiefsttemperatur mindestens 20 °C). Zudem wird eine Verlängerung und Intensivierung von Hitzeperioden erwartet. Abhängig vom zugrunde gelegten Emissionsszenario wird die Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um 0,4 °C (Minimum des RCP2.6 „sehr starker Klimaschutz“) bis 5,4 °C (Maximum des RCP8.5 „weiter wie bisher“) gegenüber der Referenzperiode 1971–2000 ansteigen (GERICS). Gleichzeitig ist mit einer Abnahme von Frost- und Eistagen (Tagestiefsttemperatur unter 0 °C bzw. Tageshöchsttemperatur unter 0 °C) zu rechnen. Das projizierte Klima entspräche klimatischen Bedingungen, wie sie gegenwärtig in Mittel- und Südfrankreich oder im mittleren Italien vorherrschen (Mette et al. 2021). Im Unterschied zu diesen Regionen wird in Deutschland jedoch das Risiko von Spätfrösten voraussichtlich bestehen bleiben. Die Niederschlagsentwicklung lässt sich weniger präzise prognostizieren, wobei generell von erhöhten Winterniederschlägen und reduzierten Sommerniederschlägen bei gleichzeitig ausgeprägteren Starkregenereignissen ausgegangen werden kann (Bresseur et al. 2017). Diese Veränderungen werden zum Ende des Jahrhunderts zu einer erhöhten Zahl von Trockentagen bzw. -perioden (Niederschlagsmenge unter 1 mm) führen. Derartige Verschiebungen in Quantität und zeitlicher Verteilung der Niederschläge beeinflussen die Aufnahme und Speicherkapazität von Wasser im Boden. Treten Niederschläge nicht regelmäßig und in speicherbaren Mengen auf, sondern konzentriert in Starkregenereignissen oder nach längeren Trockenperioden, schränkt das die Wasseraufnahme des Bodens erheblich ein. Zukünftig wird vor allem verfügbares Bodenwasser während der Vegetationsphase der begrenzende Standort- bzw. Wachstumsfaktor für Wälder und deren Bewirtschaftung sein.

Durch diese Veränderungen entstehen neue Konfliktfelder, vor allem im Umgang mit Schadflächen. Im Kontext der Wiederbewaldung erhält der Wildverbiss eine erweiterte Relevanz. Auch die Baumartenwahl erfolgt zunehmend nach veränderten Kriterien: Als klimaresilient klassifizierte „fremdländische“ Baumarten wie die Douglasie betrachten einige Akteure nicht als wünschenswerte Alternative zu „heimischen“ Arten, wie die Diskussion am Runden Tisch im „Schieferwald“

verdeutlicht. Darüber hinaus verschärft der Rückgang von Frost- und Eistagen bestehende Konfliktlinien: Während der Holzernte, die normalerweise außerhalb der Vegetationszeit stattfindet, wird der Boden seltener bis gar nicht mehr gefroren sein. Ein gefrorener Oberboden reduziert jedoch die Bodenverdichtung und schützt somit Bodenstruktur und Bodenorganismen (kein „Zerfahren“ des Bodens) während der Holzerntemaßnahmen. Mit dem Rückgang von Frost- und Eistagen verringert sich somit das Zeitfenster für eine bodenschonende Holzernte, sodass zunehmend unter feuchteren und weicheren Bodenverhältnissen geerntet werden muss. Zusätzliches Konfliktpotenzial kann durch das Umfallen trockenheitsbedingt abgestorbener Bäume entstehen, wenn sich dadurch eine Gefährdung von Freizeitnutzenden und Verweilinfrastrukturen ergibt und der Forst für entstandene Schäden in die Verantwortung gezogen wird. Beide Runden Tische haben diese Problemfelder thematisiert – sowohl der zum „Basaltwald“ als auch jener zum „Schieferwald“.

Die Auswirkungen des Klimawandels wie steigende Temperaturen und veränderte Niederschlagsmuster werden die Konfliktthemen und -dynamiken zwischen den Akteuren weiterhin beeinflussen, indem sie bestehende Konflikte intensivieren und neue Spannungen schaffen. Diese Entwicklungen erfordern nicht zuletzt eine kontinuierliche Anpassung waldbaulicher Strategien und Bewirtschaftungskonzepte. Mit Blick auf die beiden Fallbeispiele wird jedoch auch deutlich: Der Klimawandel wirkt sich regional unterschiedlich und auch verschieden stark aus: Während im „Schieferwald“ der Umgang mit Schadflächen als übergreifendes Thema für die vier Sitzungen des Runden Tisches gewählt wurde, waren die Konflikte im „Basaltwald“ nur hintergründig vom Klimawandel berührt.

6. Unterschiedliches Wissen und Ungewissheiten prägen Konflikte

Die Fallbeispiele zeigen, dass Konflikte nicht nur durch (sozial-)ökologische Veränderungen, sondern ebenso durch unterschiedliche Wissensformen und den Umgang mit Unsicherheiten geprägt sind. Durch sozial-ökologische Veränderungen wie den Klimawandel verlieren bisherige Erfahrungswerte zunehmend an Gültigkeit und Wissen wird zu einer zentralen Konfliktkomponente: Es bestimmt, wie Akteure Probleme wahrnehmen, welche Handlungsoptionen sie als legitim erachten und wie sehr sie bereit sind, alternative Sichtweisen zu berücksichtigen.

Werden Entscheidungen unter Unsicherheit getroffen, entsteht oft ein erhöhter Kommunikations- und Verhandlungsbedarf: Was ist als geltendes Wissen anzusehen? Und wie können Akteure handeln, wenn ihnen zentrales Wissen fehlt? Künftig werden Konflikte vermutlich noch stärker durch Unsicherheit über die genauen klimatischen Auswirkungen geprägt sein. Langfristig ist zu erwarten, dass sie sich weiterentwickeln, zunehmend komplexer werden und vermehrt Zielkonflikte beinhalten. Flexibel auf sich verändernde klimatische Bedingungen reagieren zu können, wird entscheidend sein, um den verschiedenen Werten und Interessen der Akteure gerecht zu werden sowie die Resilienz der Wälder zu stärken (Brietzke et al. 2025).

Vor dem Hintergrund, dass viele Entscheidungen unter Unsicherheit getroffen werden müssen, können Teilnehmende die Runde Tische auch als Austausch- und Lernformate für Erfahrungs- und fachliches Praxiswissen und für unterschiedliche Umgänge mit Ungewissheiten nutzen.

Im Waldbau und bei der forstlichen Planung sind Entscheidungen wegen des langfristigen Handlungshorizonts traditionell besonders häufig unter großer Unsicherheit zu treffen. Zwar ist die Forsteinrichtung meist auf eine Zeit von zehn Jahren angelegt, sie legt aber den Rahmen für Management- und Handlungsmöglichkeiten über mehrere Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte fest. Ein Teil der Routinen, die die Forstwissenschaft und -praxis angesichts dieser Herausforderung in der Vergangenheit entwickelt hat, werden heute im Zuge des Klimawandels kritisch hinterfragt. Vorhersagen über die zukünftige Entwicklung der Wälder und deren Funktionen werden unsicherer. Seidl et al. (2018) zeigen etwa, dass die Schäden durch Insekten und Pathogene zunehmen werden,

während die Auswirkungen von Wind und Dürre von den lokalen Gegebenheiten abhängen. Zudem ist die Debatte darüber, welche Baumarten und Herkünfte künftig überhaupt noch standortgerecht sein werden, aktuell noch sehr breit gefächert und uneindeutig.

Trotz umfangreicher wissenschaftlicher Vorarbeiten ist immer noch ungewiss, welche Maßnahmen zur Klimaanpassung langfristig wirksam sind. Auch wirtschaftliche Faktoren – etwa veränderte Märkte, Holzverwendung oder Planungsziele – erhöhen die Unsicherheit. Entsprechend wird es notwendig, Planungsunsicherheiten und potenzielle Risiken im Entscheidungsprozess zu berücksichtigen (Kolo & Knoke 2018).

Wie mit Wissen und Unsicherheit umgegangen wird, hängt nicht nur von fachlichen, sondern auch von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab. In diesem Zusammenhang wird Wissen selbst zu einem Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. An den beiden hier diskutierten Runden Tischen wurde der menschengemachte Klimawandel nicht infrage gestellt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass künftig auch lokale politische Akteure – vor allem rechtspopulistische Gruppierungen – den Klimawandel oder Maßnahmen des Klimaschutzes gezielt in Zweifel ziehen, um damit kommunalpolitische Konflikte zu schüren (Denk & Siebert 2024) und politisch Erfolge zu erzielen. Solche Auseinandersetzungen könnten bestehende Spannungen um Waldnutzungen zusätzlich verschärfen.

Die Auseinandersetzung um Wissen und Deutungshoheit zeigt, dass Unsicherheit nicht nur aus fehlenden Daten entsteht, sondern auch sozial und politisch erzeugt werden kann. Die Fallbeispiele zeigen, dass der direkte Austausch am Runden Tisch geeignet ist, gegensätzliche Deutungen von Wissen zu reflektieren und differenzierter zu verstehen.

4.2 Erkenntnisse zur Konfliktbearbeitung am Runden Tisch

Neben den Erkenntnissen zu den Dynamiken lokaler Waldkonflikte lassen sich aus den Fallbeispielen auch wichtige Schlussfolgerungen für die Gestaltung und Umsetzung von Konfliktbearbeitungsstrategien ziehen. Die Beobachtungen an den Runden Tischen zeigen, welche Faktoren zur erfolgreichen Bearbeitung beitragen, wo zentrale Herausforderungen liegen und welche Grenzen partizipativer Formate bestehen. Im Folgenden werden zentrale Einsichten aus den Fallbeispielen zusammengeführt – von motivierenden Faktoren und Gestaltungsspielräumen über Rollen und Methoden bis hin zu Fragen der Legitimation und den Grenzen der Mediation.

1. Hoffnung auf eine mögliche Konflikttransformation ist wichtige Motivation

Das Streben nach einer möglichen Konflikttransformation setzt bewusst ein hohes Ziel für Prozesse der Konfliktbearbeitung. Auch wenn eine tiefergehende Transformation der Verhältnisse vielleicht nur selten erreichbar ist, bleibt diese Ausrichtung sinnvoll: Die Hoffnung auf eine langfristige Überwindung des Konflikts (und der dahinterliegenden Ursachen) kann für viele Akteure eine entscheidende Motivation sein, am Prozess teilzunehmen. Sie verleiht der Bearbeitung nicht nur symbolischen Charakter, sondern eröffnet Perspektiven auf tatsächliche Veränderung.

Wie die Fallbeispiele zeigen, ist es tatsächlich möglich, eine tiefergehende Transformation des Systems und dadurch des Konflikts zu erreichen – etwa durch die Anpassung sozial-ökologischer Strukturen, z. B. durch die Einrichtung von Bejagungsflächen mit Äsungsstreifen im „Schieferwald“ oder durch neue Wegekonzepte im „Basaltwald“. Auch veränderte Handlungsroutrinen und Kooperationen zwischen Akteursgruppen helfen dabei. Solche Entwicklungen können zu verbesserten Nutzungsdynamiken führen und langfristig zu resilienteren Waldsystemen beitragen. Gleichzeitig können institutionelle Strukturen oder rechtliche Vorgaben transformative Prozesse hemmen. In solchen Situationen verlagert sich die Auseinandersetzung: Statt über konkrete Waldnutzungen oder Maßnahmen wird darüber gestritten, wer zuständig ist, nach welchen Regeln entschieden

wird oder welche Verfahren als legitim gelten. Solche Auseinandersetzungen betreffen also nicht mehr das konkrete Konfliktobjekt, sondern den Umgang mit Konflikten selbst – man kann daher von einem „Konflikt zweiter Ordnung“ sprechen. Auch wenn diese Verschiebung die Konfliktbearbeitung noch herausfordernder macht, bleibt die Aussicht auf tatsächliche Veränderung eine wichtige Motivation für das Engagement der Beteiligten: Sie sehen Möglichkeiten, langfristig Strukturen und Entscheidungen positiv zu beeinflussen, eine zentrale Voraussetzung für eine tatsächliche Konflikttransformation.

2. Lokaler Schlüsselakteur ist entscheidend für Beteiligungsbereitschaft

Unserer Erfahrung aus dem Forschungsprojekt nach hängt die Bereitschaft lokaler Akteure, sich an Prozessen der Konfliktbearbeitung und -transformation zu beteiligen, maßgeblich von der Existenz und dem Handeln eines anerkannten, ortsgebundenen Schlüsselakteurs ab. Eine Person oder Institution, die über lokales Vertrauen, Entscheidungskompetenz und soziale Verankerung verfügt, wirkt als zusammenbringende Instanz der verschiedenen Interessensgruppen und erleichtert die erfolgreiche Initiierung und Akzeptanz von Beteiligungsprozessen ungemein. Dabei zeichnen sich lokale Schlüsselakteure vor allem durch ein tiefes Verständnis der sozialen und kulturellen Gegebenheiten vor Ort aus und besitzen eine hohe Legitimation gegenüber der lokalen Gemeinschaft. Allerdings ist zu beachten, dass sie ebenfalls Teil der Akteurskonstellation und damit Teil einer oder mehrerer Interessengruppen sind. Sowohl im „Schieferwald“ als auch im „Basaltwald“ waren die einladenden Schlüsselakteure jeweils die Bürgermeister*innen, die zudem starke Unterstützung durch die Forstamtsleiter*innen erhielten.

Im Gegensatz dazu zeigt sich, dass Einladungen durch externe Akteure, etwa durch wissenschaftliche Einrichtungen, die nicht Teil des lokalen Akteursgeflechts sind, eine deutlich geringere Resonanz erzeugen. Fehlt ein lokaler Bezug oder eine glaubwürdige Beziehungsebene, werden solche Initiativen als fremdbestimmt oder instrumentell wahrgenommen. Diese Wahrnehmung kann die Beteiligungsbereitschaft bereits im Vorfeld oder das Commitment für einen solchen Prozess währenddessen hemmen. Dies zeigte das dritte Fallbeispiel „Muschelkalkwald“ bei dem keiner der beteiligten Akteure die Rolle der Prozessverantwortung einnahm. Das Fehlen eines lokalen Schlüsselakteurs sehen wir (neben anderen Aspekten) als einen Grund, weshalb eine weitere gemeinsame Bearbeitung abgelehnt wurde.

3. Gestaltungsspielräume sind vorhanden und ermöglichen es, neue Ideen zu entwickeln

Trotz der Einschränkungen durch institutionelle Strukturen und Zuständigkeiten konnten die lokalen Akteure an den Runden Tischen Wege finden, innerhalb ihres Handlungsspielraums aktiv zu werden und aufeinander zuzugehen. Ziel war dabei nicht, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, sondern gemeinsam neue Ideen und Ansätze zu entwickeln. Während die Akteure im Fallbeispiel „Muschelkalkwald“ zentrale Konfliktursachen in übergeordneten Regelungen verankert sahen, für sich keinen Gestaltungsspielraum erkannten und sich deswegen auch entschieden, den Runden Tisch nach der ersten Sitzung nicht weiterführen, zeigten die Fallbeispiele „Schieferwald“ und „Basaltwald“ deutlich, dass konkrete Handlungsmöglichkeiten genutzt werden konnten.

Im „Schieferwald“ sahen die Akteure besonderen Gestaltungsspielraum bei der Wiederbewaldung von Schadflächen, der Einrichtung und Pflege von Bejagungsschneisen, der Besucherlenkung sowie der Umsetzung waldpädagogischer Angebote. Im „Basaltwald“ sahen die Akteure Gestaltungsspielraum vor allem bei Prozessen der Zusammenarbeit, der Förderung interner und externer Kommunikation sowie bei der konkreten Ausgestaltung von Maßnahmen wie einem Wegekonzept, Ausnahmeregelungen für den Zeitpunkt der Holzernte und -rückung sowie bodenschonenderen Vorgaben für Ausschreibungen für Dienstleister.

In beiden Fällen konnten die Akteure so einen großen Schritt hin zu einem konstruktiven Umgang miteinander und mit den bestehenden Waldkonflikten machen. Zugleich eröffneten sie Wege, den Wald zukunftsfähig und an die aktuellen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen angepasst zu bewirtschaften. Dies zeigt, dass Gestaltungsspielräume nicht nur praktische Handlungsmöglichkeiten bieten, sondern auch als Grundlage dienen, gemeinsam neue Ideen für den Umgang mit dem Wald zu entwickeln.

4. Externe Moderation ist bei der Konflikttransformation besonders hilfreich

Eine externe und professionelle Moderation ist allparteilich, d. h., sie zeigt Verständnis für die Perspektiven aller Beteiligten. Durch ihre Erfahrung und Prozesssicherheit kann sie den Dialog mit geeigneten Methoden strukturieren und dabei den Roten Faden im Blick behalten. Gerade in Situationen mit ungleichen Machtverhältnissen, was in kommunalen Kontexten oft zu beobachten ist, unterschiedlichen Wissensständen oder festgefahrenen Rollenbildern trägt eine neutrale Moderation dazu bei, kommunikative Balance herzustellen und allen Akteursgruppen Gehör zu verschaffen.

Die Fallbeispiele zeigen, dass die Moderatorin entscheidend zur Entlastung der Gesprächsatmosphäre beitrug, indem sie Spannungen aufnahm, Gesprächsanteile ausglich und gegenseitiges Verständnis förderte. Externe Moderation schafft so einen Rahmen, in dem konstruktive Auseinandersetzung möglich und Vertrauen zwischen den Beteiligten wiederhergestellt werden kann.

5. Kontext- und zielgruppensensitive Formate sind unerlässlich für Konfliktbearbeitung

Eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung erfordert eine methodische Flexibilität, die den spezifischen Kontextbedingungen wie auch den Merkmalen der beteiligten Akteursgruppen Rechnung trägt. Kontext- und zielgruppensensitive Formate sind eine zentrale Voraussetzung, um Verständigung zu ermöglichen, Positionen transparent zu machen und die Grundlage für kooperative Lösungsansätze zu schaffen. Die Wahl und Ausgestaltung der eingesetzten Methoden sollten sich dabei am jeweiligen Konfliktgegenstand, an der Akteursstruktur sowie an den kommunikativen und räumlichen Rahmenbedingungen orientieren.

Verschiedene Formate leisten in unterschiedlichen Phasen der Konfliktbearbeitung spezifische Beiträge zur Verständigung. In der Bearbeitung der Fallbeispiele „Schieferwald“ und „Basaltwald“ zeigte sich, dass Methoden wie *uninterrupted telling*, bei dem Akteure ihre Perspektive ohne Unterbrechung darlegen können, das gegenseitige Zuhören fördern, die Artikulation persönlicher Anliegen in einem geschützten Rahmen ermöglichen und sich besonders für eine Sammlung und Übersicht der Themen eignen, die in der Gruppe besprochen werden sollen. *Dynamic facilitation* hingegen nutzt die Dynamik des Gesprächs, um durch offene, prozessorientierte Moderation Lösungsansätze zu entwickeln, aber auch Bedenken festzuhalten, die aus der Gruppe hervorgehen (zur Bonsen & Zubizarreta 2014). Diese Methode eignet sich besonders in den Phasen 3 und 4, wenn es darum geht, Positionen zu klären, Vertrauen aufzubauen und Lösungsoptionen zu sammeln. Partizipative Formate wie eine gemeinsame Kartengestaltung (*participatory mapping*) oder „World Cafés“ schaffen Räume für eine kollektive Wissensproduktion und ermöglichen es den Akteuren, ihre räumlichen, ökologischen und sozialen Wissensbestände zu visualisieren und miteinander abzugleichen. Diese Methoden fördern die Integration unterschiedlicher Perspektiven und tragen dazu bei, gemeinsame Lösungsoptionen zu entwickeln. Kleingruppen bieten den Vorteil einer intensiveren und vertraulicheren Auseinandersetzung, die gerade bei sensiblen Themen oder asymmetrischen Machtverhältnissen helfen kann. Darüber hinaus haben sich ortsbezogene Formate wie *On-site-Walkshops* als wirkungsvoll erwiesen. Durch den gemeinsamen Waldbesuch

wird eine unmittelbare räumliche Verbindung zum Konfliktgegenstand geschaffen. Akteure konnten ihre Argumente direkt am Ort des Geschehens kontextualisieren, was das gegenseitige Verständnis förderte und abstrakte Diskussionen eine konkrete Grundlage verlieh.

Die Wahl des Formats ist demnach sensitiv auf die jeweilige Konstellation abzustimmen. Eskalierende Konflikte brauchen Methoden, die deeskalierend wirken, emotionalen Ausdruck ermöglichen und Verständnis fördern. In kooperativen Phasen stehen wiederum Formate im Vordergrund, die Kreativität, Lösungsentwicklung und gemeinsame Planung unterstützen. Zielgruppensensitivität bedeutet zudem, dass Formate gewählt werden, die an die kommunikativen Präferenzen, Hintergründe und kulturellen Normen der beteiligten Akteure angepasst sind, um Barrieren abzubauen und inklusives Engagement zu gewährleisten.

6. Beziehungskomponente von Konflikten lässt sich nur schwer über Vertreter*innen adressieren

Aus der Reflexion der Formate folgt, dass Verfahren wie der Runde Tisch bewusst Gelegenheiten für direkte Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten schaffen müssen, um Spannungen zu reduzieren. Direkte Kommunikation, aktives Zuhören und das gemeinsame Erleben des Prozesses sind entscheidend, um Vertrauen aufzubauen, Missverständnisse zu klären und langfristige Kooperation zu ermöglichen. Ohne diese direkten Interaktionen bleibt die Konfliktbearbeitung auf der Beziehungsebene unvollständig, auch wenn die sachbezogene Zusammenarbeit formal geregelt wird.

Die Analyse des Runden Tisches zum „Schieferwald“ zeigt jedoch auch, dass die Beziehungsebene von Konflikten nur schwer über einzelne Vertreter*innen gelöst werden kann. Während Vertreter*innen formale Absprachen treffen oder Interessen bündeln können, lassen sich direkte Unsicherheiten, fehlendes Vertrauen und unterschiedliche Erwartungshaltungen nur im persönlichen Austausch abbauen. Vor allem zwischen Jagdpächter*innen und der Forstwirtschaft wird deutlich, dass gegenseitige Anerkennung von Erfahrung, Wissen und Arbeit zentral für eine konstruktive Zusammenarbeit ist. Die selektive Kommunikation und unterschiedlichen Selbst- und Fremdschreibungen im Konflikt verdeutlichen, dass sich Rollen, Wahrnehmungen und Erwartungen nur schwer über eine Stellvertretung vermitteln lassen.

Die Frage der Repräsentation zeigt hier ein Dilemma: Die Beziehungsebene erfordert direkte Begegnungen. Gleichzeitig kann der Runde Tisch nicht alle Jagdpächter*innen einbeziehen, da die Gruppe sonst zu groß wäre, um effektiv zu arbeiten und andere Akteursgruppen unterrepräsentiert blieben. Eine mögliche Lösung besteht darin, dass Vertreter*innen formal von ihrer Gruppe bestimmt werden, so dass ihre Interessen am Tisch eingebracht werden. Alternativ oder ergänzend können Arbeitsgruppen eingerichtet werden, in denen mehr Personen aktiv beteiligt sind und die Ergebnisse in den Runden Tisch zurückfließen.

7. Vereinbarungen und gemeinsame *Hands-on*-Aktivitäten sind zentral für Annäherung

Konflikte erzeugen häufig Distanz und Misstrauen zwischen den beteiligten Akteuren. Um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten, ist es neben der konkreten Lösungsfindung entscheidend, diese Distanz abzubauen und sich mit den Interessen und Bedürfnissen des Gegenübers auseinanderzusetzen. Aus den Runden Tischen gingen teilweise zeitlich begrenzte Vereinbarungen („*agreements*“, Fickel 2023) hervor, die eine gegenstandsorientierte Zusammenarbeit darstellen. Dabei werden die Unterschiede der Akteursperspektiven anerkannt, dennoch können sich dadurch die Beziehungen der Akteure verbessern. Da Konflikte häufig nicht vollständig aufgelöst werden, können solche Vereinbarungen helfen, einen besseren Umgang mit ihnen zu finden.

Gemeinsame *Hands-on*-Aktivitäten sind ein Beispiel für solche gegenstandsorientierten Vereinbarungen. Im „Basaltwald“ trafen sich bspw. ein*e Revierleiter*in und die Vertreter*innen eines Naturschutzvereins in ihrer Gemeinsamkeit, den Wald erhalten zu wollen, und pflanzten gemeinsam Eschen und Eichen. Auch Ideen wie die Gestaltung eines Themenpfads im „Schieferwald“ durch einen Tourismuskoodinatorin, eine Revierleiterin und Vertreter*innen des Heimatvereins könnten eine zeitlich begrenzte Zusammenarbeit darstellen. Solche Hands-on-Aktivitäten können gemeinsame Verantwortungs- und Zugehörigkeitsgefühle schaffen, indem sie über den unmittelbaren Beteiligungsprozess hinauswirken und die Zusammenarbeit langfristig stärken.

8. Runde Tische mit Mediation erfahren hohen Legitimationswert

Das Gemeindeparlament im „Schieferwald“ und der Gemeinderat im „Basaltwald“ nahmen die jeweils entstandenen Empfehlungen des Runden Tisches einstimmig an. Die Entscheidungsgremien nahmen den Runden Tisch offensichtlich als ein Format wahr, bei dem sowohl Interessenvielfalt als auch Fachkenntnis vorhanden sind und das zu ausführlich ausgehandelten und fundierten Schlüssen kommt. Sie maßen den Ergebnissen des Runden Tisches einen hohen Legitimationswert bei. Gleichzeitig stärkt die Anerkennung durch die Gemeindeparlamente das Vertrauen der Akteure in den Prozess und erhöht möglicherweise die Bereitschaft, auch künftig auf kooperative Aushandlungsformate zu setzen. Die Runden Tische können den Akteuren für zukünftige Entscheidungs- und Dialogprozesse somit als Referenzpunkt dienen.

Die verschriftlichten Ergebnisse der Runde erhalten ebenfalls eine besondere Legitimation, indem sie die Verbindlichkeit der Vereinbarungen sichern und wiederholte Infragestellungen verhindern. Sie fungieren als verlässliche Orientierungspunkte, auf die sich die Teilnehmenden in der weiteren Konfliktbearbeitung stützen können. Ein Beispiel aus dem fünften Runden Tisch im „Basaltwald“ verdeutlicht dies: Als ein Akteur ein Ergebnis erneut diskutieren wollte, verwiesen die übrigen Teilnehmenden darauf, dass es gemeinsam erarbeitet und unterzeichnet worden war. So wirken die dokumentierten Ergebnisse nicht nur klärend, sondern stabilisieren auch längerfristig den Prozess, indem sie als verbindliche Bezugspunkte den weiteren Konfliktverlauf strukturieren.

9. Konfliktbearbeitung mit Mediation hat Grenzen

Eine Mediation kann nur dann gelingen, wenn alle relevanten Akteure freiwillig teilnehmen, zur Kooperation bereit sind und den Prozess als Gelegenheit begreifen, selbst Verantwortung für die Entwicklung tragfähiger Lösungen zu übernehmen. Ein solcher Prozess braucht also ganz konkrete Voraussetzungen. In den untersuchten Fallbeispielen waren diese weitgehend erfüllt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. In den beiden letztlich durchgeführten Konfliktbearbeitungen bestand ein grundsätzlicher Wille zur Verständigung. Es zeigte sich jedoch teilweise eine ungleiche Repräsentation der Akteursgruppen – etwa, wenn zentrale Interessenvertreter*innen nicht anwesend waren oder sich nach den ersten Sitzungen zurückzogen. Solche Konstellationen beeinträchtigen die Offenheit des Austauschs und können den mediationsbasierten Prozess erheblich erschweren.

Die Anwendbarkeit und Wirksamkeit von mediationsbasierten Konfliktbearbeitungsstrategien hängen zudem maßgeblich von der Art des zugrunde liegenden Konflikts ab. Unterschiedliche Konfliktkomponenten – etwa Interessen, Beziehungen oder Werte – stellen jeweils eigene Anforderungen an Kommunikationsbereitschaft, Verhandlungsspielraum und emotionale Offenheit der Beteiligten. Grundsätzlich eignet sich Mediation besonders bei der Konfliktkomponente Interessen, also dort, wo unterschiedliche, aber verhandelbare Ziele bestehen. Auch bei der Konfliktkomponente Beziehungen kann sie wirksam sein, sofern die Beteiligten noch bereit sind, in Kommunikation zu treten und (wieder) Vertrauen aufzubauen. Die Konfliktkomponente Werte stellt dage-

gen eine größere Herausforderung dar, weil Werte auf grundlegenden normativen oder identitätsstiftenden Überzeugungen beruhen, die sich nicht ohne Weiteres aushandeln lassen. Bei Wertkonflikten im Sinne von Fickel & Hummel (2019) versuchen die beteiligten Parteien, ihre jeweiligen Vorstellungen vom „Guten“ oder „Richtigen“ umzusetzen, können dabei jedoch grundlegende, identitätsstiftende normative Bezugspunkte nicht realisieren. Dann bestehen tatsächlich grundlegend andere normative Bezugspunkte – z. B. wenn der Wald als Eigenwert, als rein monetäre Ressource, oder primär als gesellschaftlicher Nutzenbringer im Sinne von Ökosystemleistungen verstanden wird. Die unterschiedlichen Parteien verfolgen dann eigene Wertvorstellungen, auf die sich andere Akteure kaum einlassen können. Hier zu vermitteln, ist nur begrenzt möglich. Bestenfalls lassen sich die Konfliktparteien mithilfe einer neutralen Mediation dazu anleiten, die jeweils zugrundeliegenden Werte zu identifizieren und zu verstehen. Das Ziel ist dann, Empathie für die andere Seite zu entwickeln, darauf aufbauend gemeinsame Werte zu erkennen und letztlich Lösungen zu erarbeiten, die für alle Beteiligten akzeptabel sind. Dies setzt jedoch voraus, dass die eigene Wertvorstellung nicht identitätsstiftend ist oder dass die Akteure eine gewisse Offenheit gegenüber anderen normativen Positionen entwickeln. Besonders zwischen instrumentellen und intrinsischen Wertvorstellungen können schwierige Verhakungen auftreten (Meyer-Abich 1990: 35 ff.).

Vertreten alle Akteure relationale Werte (Himes & Muraca 2018; Chan et al. 2016), kann eine gemeinsame Verständigungsbasis entstehen. Wenn bspw. auch der*die Forstamtsleiter*in grundsätzlich den Wert Erlebbarkeit und Ästhetik der Landschaft teilt, („Der Weg ist sehr schön, das ist der schönste! Da läuft man nicht auf asphaltierten Wegen und hat einen wunderbaren Blick“), lässt sich darauf aufbauen und bei der Konfliktbearbeitung eine Synthese erzielen. In solchen Fällen lassen sich die Wertvorstellungen nicht mehr eindeutig einzelnen Akteuren zuordnen; vielmehr sind hier innerhalb der einzelnen Akteure Wertambivalenzen wahrscheinlich. Dieses geteilte Verantwortungsgefühl und das damit einhergehende Engagement der Akteure können eine Brücke zwischen unterschiedlichen Wertvorstellungen bilden und als Grundlage für einen konstruktiven Dialog am Runden Tisch dienen. In solchen Fällen kann Mediation vor allem dazu beitragen, gegenseitiges Verständnis zu fördern und die Unterschiede sichtbar und handhabbar zu machen – auch wenn keine vollständige Einigung möglich ist. In der Realität und so auch in den Fallbeispielen sind komplexe Konflikte oft eine Kombination bzw. Überlagerung aus diesen verschiedenen Konfliktkomponenten.

Insgesamt zeigen die Fallbeispiele, dass bestimmte Rahmenbedingungen über Erfolg oder Scheitern eines Mediationsverfahrens entscheiden. Dazu gehören insbesondere 1) eine ausreichende Beteiligungsbereitschaft aller relevanten Gruppen, 2) die Aussicht auf zukünftige Zusammenarbeit etwa bei langfristigen Bewirtschaftungsfragen, 3) komplexe aber gestaltbare Themenfelder, bei denen mehrere Interessenlagen berücksichtigt werden müssen, 4) die Möglichkeit, eigenverantwortlich Lösungen zu entwickeln, statt auf juristische oder administrative Entscheidungen zu warten, 5) eine kommunikative Basis, auf der trotz festgefahrener Positionen noch Verständigung möglich ist, und 6) ein gemeinsames Interesse an effizienten Verfahren, die langwierige oder kostenintensive Auseinandersetzungen vermeiden. Gerade in den Fallbeispielen „Basaltwald“ und „Schieferwald“ zeigte sich, dass diese Voraussetzungen weitgehend erfüllt waren: Die Akteure verband ein fortdauerndes Arbeitsverhältnis im regionalen Kontext, sie erkannten wechselseitige Abhängigkeiten an und zeigten die Bereitschaft, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung für Lösungsansätze zu übernehmen. Wo dagegen – wie im „Muschelkalkwald“ – kein lokaler Schlüsselakteur vorhanden war und die Beteiligten keine gemeinsame Perspektive für zukünftige Zusammenarbeit sahen, wurde der Prozess bereits nach der ersten Sitzung beendet. Das Beispiel verdeutlicht, dass Mediation dort an ihre Grenzen stößt, wo Kooperationsbereitschaft, Vertrauen oder Gestaltungsspielräume fehlen.

5 Fazit

In Anbetracht der beschriebenen Komplexität von Waldkonflikten ist uns bewusst, dass zu jedem Abschnitt dieses Textes ein eigenes Buch geschrieben werden könnte. Ziel der Analyse war es daher, einerseits eine inhaltliche Bandbreite aufzuzeigen und andererseits ausgewählte Aspekte exemplarisch zu vertiefen, um differenziertere Einblicke zu ermöglichen. In diesem Fazit reflektieren wir die Anpassung und Anwendung des Analyseschemas, diskutieren die Übertragbarkeit der Ergebnisse und formulieren Anknüpfungspunkte für weiterführende Forschungsfragen.

Das gewählte Analyseschema erwies sich als flexibel an unsere Forschungskontexte anpassbar. Im Verlauf der Untersuchung haben wir es am empirischen Material gespiegelt und weiterentwickelt. Damit leistet diese Publikation zugleich einen Beitrag zur methodischen Fortentwicklung. Die Erweiterung der sozial-ökologischen Konfliktbeschreibung um Komponenten wie Selbst- und Fremdzuschreibungen, Emotionen, Kommunikation und Machtverhältnisse hat sich bewährt. So ließen Selbstzuschreibungen im „Schieferwald“ wie „die Jäger als die Bösen“, „die Wanderer als Buhmänner“ und „die Forsteinrichter als neutrale Gutachter“ spannende Interpretationen zu. Ein Blick auf die Machtverhältnisse am Runden Tisch im „Basaltwald“ wiederum ermöglichte Erkenntnisse über die Marginalisierung von Vorschlägen durch Personen mit geringerem Einfluss ebenso wie über die teilweise vorhandene Machtsensibilität der forstlichen Akteure.

Darüber hinaus liefern unsere Erfahrungen aus der Konfliktbearbeitung relevante Ergänzungen für das Analyseschema (siehe 2.5.3): Während Fickel & Hummel (2019) das Schema entwickelt hatten, um eine Konfliktanalyse vorzubereiten, konnten wir durch die Runden Tische Konfliktanalyse und -bearbeitung als miteinander verschränkte Prozesse verstehen: Eine vorläufige Analyse strukturierte die ersten Interventionen, während die anschließende Konfliktbearbeitung neue Einsichten hervorbrachte. Diese schärfte wiederum rückwirkend die Analyse. So konnten wir die von den Teilnehmenden der Runden Tischen erarbeiteten Ergebnisse in die Analyse aufnehmen und teilweise auch die durch den Prozess entstandenen Systemtransformationen beschreiben.

In Bezug auf unser gewähltes Vorgehen der Konfliktanalyse sehen wir jedoch auch einige Bereiche, die weiter ausgebaut werden könnten: Das Erschließen der Nutzungsdynamiken vorrangig über die Gespräche an den Runden Tischen erlaubt nur oberflächliche Einblicke. Beispielsweise haben wir Praktiken und verwendete Technologien nur exemplarisch erwähnt, ohne dass ein ausgewogener Überblick entsteht. Es empfiehlt sich daher eine ergänzende, genauere Erhebung. Obwohl wir über die Beobachtung der Runden Tische hinaus auch Einzelgespräche geführt haben, haben wir dieses Material erst für zukünftige Publikationen vorgesehen. Einzelgespräche ermöglichen ein sehr viel differenzierteres Bild über bspw. Jagdtraditionen, verwendete Technologien bei der Baumernte oder die Tourismuspläne einer Kommune. Darüber hinaus könnte mit weiterem Material die historische Dimension stärker berücksichtigt werden – sowohl in Bezug auf die Waldgeschichte als auch auf die Genese der Konflikte. Nicht zuletzt sollten auch ökologische Daten sowie weitere Informationen darüber, wie die Akteure das Ökosystem nutzen, noch stärker in die Analyse einbezogen werden. Dies erfordert jedoch eine disziplinübergreifendere Datenerhebung.

Auf Grundlage der Analyse adressieren wir an dieser Stelle unsere dritte Forschungsfrage: Inwieweit lassen sich die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Fallbeispielen auf andere Regionen oder Fälle übertragen? In unseren Schlussfolgerungen beschreiben wir Waldkonflikte als komplex, verflochten und ortsgebunden. Die in den beiden Fallbeispielen gewonnenen Ergebnisse sind also in erster Linie kontextabhängig und spiegeln lokalspezifische sozial-ökologische Konfliktkonstellationen wider. Zudem ist zu berücksichtigen: Beide Waldgebiete bestehen größtenteils aus Kommunalwald und die Teilnahme der Akteure wurde durch engagierte Bürgermeister*innen als lokale Schlüsselakteure initiiert. Des Weiteren waren die Teilnehmenden grundsätzlich gesprächsbereit. Diese Bedingungen begünstigten einen kooperativen Dialog. Bei einem stärker eskalierten Konflikt

oder einem Privatwald ergeben sich vermutlich deutlich abweichende Dynamiken. Dennoch lassen sich unsere übergeordneten Schlussfolgerungen (siehe 4) in vielen anderen Konfliktkontexten in Mitteleuropa als analytische Orientierungspunkte heranziehen, da sie die Vielfalt und Komplexität von Waldkonflikten berücksichtigen.

Transferpotenzial sehen wir folglich eindeutig. Unsere Erkenntnisse fließen auch in zwei Transferprodukte ein: In unserem **Leitfaden** (www.isoe.de/ISOE_Leitfaden_Waldkonflikte_2025.pdf) finden interessierte Akteure Impulse und Hilfen für eine erfolgreiche Bearbeitung von Waldkonflikten. Über einen **Chatbot** (<https://walddialog.isoe.de>) können Förster*innen, private Walbesitzer*innen, Naturschützer*innen, Bürgermeister*innen, Jäger*innen und Bürger*innen personalisierte, wissenschaftlich fundierte und praxistaugliche Antworten auf die Fragen erhalten, die sie beim Thema Waldkonflikte bewegen. Zur Erzeugung der Antworten dienen ausschließlich die Dokumente unseres Forschungsprojekts sowie ausgewählte Publikationen von thematisch verwandten Forschungsprojekten.

Durch ihren umfassenden Ansatz eröffnet unsere Analyse viele offene Fragen und Möglichkeiten für vertiefende Untersuchungen. Vielversprechend wäre zunächst, zusätzliche Fallbeispiele einzubeziehen, um eine größere empirische Basis zu schaffen, mit der sich die Vielfalt von Waldkonflikten noch besser greifen lässt. Gegebenenfalls ließen sich so auch wiederkehrende Muster oder Unterschiede zwischen verschiedenen Konfliktkonstellationen deutlicher identifizieren. Offen bleibt zudem, wie die jeweiligen Mediationsverfahren langfristig wirken. Hier böte sich eine weiterführende Begleitung an, etwa durch längerfristige teilnehmende Beobachtung oder in Form nachgelagerter Evaluationen durch die Teilnehmenden. Beides konnte jedoch im dreijährigen Zeitrahmen des Forschungsprojekts nicht umgesetzt werden. Wie zuvor angeführt, besteht ein weiterer Forschungsbedarf in der stärkeren Integration sozial-ökologischer Indikatoren in die Konfliktanalyse. Zum Beispiel können in der Konfliktbearbeitung gemeinsam Daten zur gruppenspezifischen Nutzung jener Ökosystemleistungen erhoben werden, die die Konflikte bestimmen. Außerdem können einzelne Aspekte unter Rückgriff auf entsprechende wissenschaftliche Theoriediskurse vertieft werden: So ließe sich in Anknüpfung an den Ansatz unserer Kolleg*innen untersuchen, inwiefern anders-als-menschliche Elemente der Umwelt (im „Schieferwald“ z. B. Reh- und Rotwild, Gatter und Trockenheit) als relevante Kräfte in den sozial-ökologischen Konflikten wirken (Rauchecker et al. 2025). In einer weiteren Publikation greifen wir einzelne Erkenntnisse dieser Publikation auf und vertiefen sie, indem wir vor allem die unterschiedlichen Mensch-Waldbeziehungen, die verschiedenen Formen, sich um Wald zu kümmern, und die damit verbundenen Machtverhältnisse in den Blick nehmen.

Abkürzungen

| | |
|----------|-----------------------------|
| BArtSchV | Bundesartenschutzverordnung |
| BNatSchG | Bundesnaturschutzgesetz |
| FFH | Fauna-Flora-Habitat |
| fm | Festmeter |
| ha | Hektar |
| SES | Sozial-ökologisches System |

Material

„Schieferwald“

- Protokoll Sitzung Runder Tisch 22. Januar 2024
- Protokoll Sitzung Runder Tisch 24. März 2024
- Protokoll Sitzung Runder Tisch 27. Mai 2024
- Protokoll Sitzung Runder Tisch 6. August 2024
- Pseudonymisierte Referenz 1: Aktuelle Forsteinrichtung „Schieferwald“
- Pseudonymisierte Referenz 2: Bodenkarte des Landes
- Pseudonymisierte Referenz 3: Vorherige Forsteinrichtung „Schieferwald“
- Pseudonymisierte Referenz 4: Kartenmaterialien des Landesforstbetriebs
- Pseudonymisierte Referenz 5: Bewirtschaftungsplan eines FFH-Gebiets
- Pseudonymisierte Referenz 6: Grunddatenerfassung eines FFH-Gebiets

„Basaltwald“

- Protokoll Sitzung Runder Tisch 8. Februar 2024
- Protokoll Sitzung Runder Tisch 8. Mai 2024
- Protokoll Sitzung Runder Tisch 14. Oktober 2024
- Protokoll Sitzung Runder Tisch 12. Dezember 2024
- Pseudonymisierte Referenz 7: Klimaportal des Bundeslands
- Pseudonymisierte Referenz 8: Digitales Kartentool des Bundeslands
- Pseudonymisierte Referenz 9: Managementplan eines FFH-Gebiets, Fachbeitrag Offenland
- Pseudonymisierte Referenz 10: Kartenmaterialien des Landes
- Pseudonymisierte Referenz 11: Empfehlungen des Landesforstbetriebs zur Baumartenwahl
- Pseudonymisierte Referenz 12: Managementplan eines FFH-Gebiets, Fachbeitrag Wald

„Muschelkalkwald“

- Protokoll Sitzung Runder Tisch 4. März 2024

Literatur

- Becker, Egon, Thomas Jahn (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main: Campus.
- Besemer, Christoph (2009): Mediation. Die Kunst der Vermittlung in Konflikten. Karlsruhe: Werkstatt für gewaltfreie Aktion.
- Brasseur, Guy P., Daniela Jacob, Susanne Schuck-Zöller (Hg.) (2017): Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven. Berlin, Heidelberg: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-50397-3>
- Brietzke, Anna S., Engelbert Schramm, Katharina Heß, Diana Hummel, Michael Kreß-Ludwig, Deike U. Lüdtke (2025): A social-ecological approach to local forest conflict analysis and shaping. *Forest Policy and Economics* 172: 103408. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2024.103408>
- Buijs, Arjen, Anna Lawrence (2013): Emotional conflicts in rational forestry: Towards a research agenda for understanding emotions in environmental conflicts. *Forest Policy and Economics* 33: 104–111. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2012.09.002>
- Chan, Kai M. A., Patricia Balvanera, Karina Benessaiah, Mollie Chapman, Sandra Díaz, Erik Gómez-Baggethun, Rachelle Gould, Neil Hannahs, Kurt Jax, Sarah Klain, Gary W. Luck, Berta Martín-López, Barbara Muraca, Bryan Norton, Konrad Ott, Unai Pascual, Terre Satterfield, Marc Tadaki, Jonathan Taggart, Nancy Turner (2016): Why protect nature? Rethinking values and the environment. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 113(6): 1462–1465. <https://www.pnas.org/doi/pdf/10.1073/pnas.1525002113>
- Denk, Albert, Johanna Siebert (2024): „Grüne Eliten gegen den Volkswillen“. Populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/populismus_factsheet_v2.pdf
- Eckerberg, Katarina, Camilla Sandström (2013): Forest conflicts: A growing research field. *Forest Policy and Economics* 33: 3–7. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2013.05.001>
- Fickel, Thomas (2023): An agonistic perspective on the challenge of biodiversity value integration. *Sustainability* 15(24): 16932. <https://doi.org/10.3390/su152416932>
- Fickel, Thomas, Diana Hummel (2019): Sozial-ökologische Analyse von Biodiversitätskonflikten: Ein Forschungskonzept. ISOE – Materialien Soziale Ökologie 55. Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).
- Fickel, Thomas, Oliver Schulz, Katharina Campe, Carolin Völker, Heide Kerber (2019): Konflikte um die Renaturierung der Nidda. Eine Analyse im Rahmen des Projektes NiddaMan. ISOE – Materialien Soziale Ökologie 54. Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).
- Frick-Trzebitzky, Fanny, Katja Brinkmann, Katharina Koböck, Stefan Liehr, Thomas Fickel (2021): Sozial-ökologische Konfliktanalyse zur Deichsanierung entlang der Weschnitz zwischen Biblis und Einhausen. ISOE – Materialien Soziale Ökologie 64. Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).
- Glasl, Friedrich (1999): Confronting conflict: A first-aid kit for handling conflict. Stroud: Hawthorn Press.
- Halla, Tuulikki, Jana Holz, Reetta Karhunkorva, Jaana Laine (2023): The concept of the human-forest relationship (HFR) – Definition and potentials for forest policy research. *Forest Policy and Economics* 153: 102995. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2023.102995>
- Hellström, Eeva (2001): Conflict cultures – Qualitative comparative analysis of environmental conflicts in forestry. *Silva Fennica Monographs* 2. Helsinki: Finnish Society of Forest Science.
- Himes, Austin, Barbara Muraca (2018): Relational values. The key to pluralistic valuation of ecosystem services. *Current Opinion in Environmental Sustainability* 35: 1–7. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2018.09.005>
- Hinte, Bastian (2023): Untersuchung verschiedener Rad-Band-Kombinationen und deren Einfluss auf den Spurbildungsprozess in Feinerschließungssystemen. Dissertation. Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Georg-August-Universität Göttingen.
- Hummel, Diana, Thomas Jahn, Florian Keil, Stefan Liehr, Immanuel Stieß (2017): Social ecology as critical, transdisciplinary science. Conceptualizing, analyzing and shaping societal relations to nature. *Sustainability* 9(7): 1050. <https://doi.org/10.3390/su9071050>
- Hummel, Diana, Thomas Jahn, Johanna Kramm, Immanuel Stieß (2023): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Grundbegriff und Denkraum für die Gestaltung von sozial-ökologischen Transformationen. In: Marco Sonnberger, Alena Bleicher, Matthias Groß (Hg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, S. 15–29. Wiesbaden: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-37222-4>
- IPCC (2021): *Climate Change 2021 – The Physical Science Basis. Working Group I Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Valerie Masson-Delmotte, Panmao Zhai, Anna Pirani, Sahra L. Connors, Clotilde Péan, Sophie Berger, Nada Caud, Yang Chen, Leah Goldfarb, Melissa I. Gomis, Mengtian Huang, Katherine Leitzell, Elisabeth Lonnoy, J.B. Robin Matthews, Thomas K. Maycock, Tim Waterfield, Ozge Yelekçi, Rong Yu, Baiquan Zhou (Hg.). Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009157896>
- Jakobsson, Rikard, Erika Olofsson, Bianca Ambrose-Oji (2021): Stakeholder perceptions, management and impacts of forestry conflicts in southern Sweden. *Scandinavian Journal of Forest Research* 36(1): 68–82. <https://doi.org/10.1080/02827581.2020.1854341>
- Kolo, Horst, Thomas Knoke (2018): Umgang mit Unsicherheiten und Risiken in der Forstplanung. *AFZ–DerWald* 14/2018: 16–18.

- Kremers, Jasprina, Martijn Boosten (2018): Soil compaction and deformation in forest exploitation. A literature review on causes and effects and guidelines on avoiding compaction and deformation. Wageningen: Stichting Probos. https://www.probos.nl/images/pdf/rapporten/Rap2018_soil_compaction_and_deformation_in_forest_exploitation.pdf
- Lederach, John Paul (2014): Little book of conflict transformation: Clear articulation of the guiding principles by a pioneer in the field. New York: Skyhorse Publishing.
- Lüscher, Peter, Fritz Frutig, Stéphane Sciacca, Sandra Spjevak, Oliver Thees (2019): Physikalischer Bodenschutz im Wald. Bodenschutz beim Einsatz von Forstmaschinen. Merkblatt für die Praxis 45. <https://www.dora.lib4ri.ch/wsl/islandora/object/wsl:20021/datastream/PDF>.
- Mack, Philipp, Jakob Kremer, Daniela Kleinschmit (2023): Forest dieback reframed and revisited? Forests (re)negotiated in the German media between forestry and nature conservation. *Forest Policy and Economics* 147: 102883. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2022.102883>
- Mehring, Marion, Barbara Bernard, Diana Hummel, Stefan Liehr, Alexandra Lux (2017): Halting biodiversity loss: how social-ecological biodiversity research makes a difference. *International Journal of Biodiversity Science, Ecosystem Services & Management* 13(1): 172–180. <https://doi.org/10.1080/21513732.2017.1289246>
- Mette, Tobias, Susanne Brandl, Christian Kölling (2021): Climate analogues for temperate European forests to raise silvicultural evidence using twin regions. *Sustainability* 13(12): 6522. <https://doi.org/10.3390/su13126522>
- Meyer-Abich, Klaus Michael (1990): Aufstand für die Natur. Von der Umwelt zur Mitwelt. München: Hanser.
- Miall, Hugh (2004): Conflict transformation: A multi-dimensional task. In: Alex Austin, Martina Fischer, Norbert Ropers (Hg.), *Transforming ethno-political conflict*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67–89. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-05642-3>
- Milad, Mirjam, Harald Schaich, Werner Konold (2012): Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel – eine Analyse von Vorschlägen aus Forstwirtschaft und Naturschutz. *Allgemeine Forst- und Jagdzeitung* 183: 183–196.
- Moore, Christopher W. (2003): *The Mediation Process. Practical Strategies for Resolving Conflict*. San Fransisco: Wiley.
- Müller, Martin, Nadja Imhof (2019): Käferkämpfe: Borkenkäfer und Landschaftskonflikte im Nationalpark Bayerischer Wald. In: Karsten Berr, Corinna Jenal (Hg.), *Landschaftskonflikte. Raumfragen: Stadt – Region – Landschaft*. Wiesbaden: Springer, S. 313–330. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22325-0>
- Nazari, Meisam, Mohammad Eteghadipour, Mohsen Zarebanadkouki, Mohammad Ghorbani, Michaela A. Dippold, Nataliya Bilyera, Kazem Zamanian (2021): Impacts of logging-associated compaction on forest soils: A meta-analysis. *Frontiers in Forests and Global Change* 4: 780074. <https://doi.org/10.3389/ffgc.2021.780074>
- Nemestothy, Nikolaus (2015): Bedeutung der Bodenverdichtung für Ertrag und Nachhaltigkeit. *BFW-Praxisinformation* 39: 8–13. https://www.waldwissen.net/files/user_upload/Praxisinfo.pdf
- Niemelä, Jari, Juliette Young, Didier Alard, Miren Askasibar, Klaus Henle, Richard Johnson, Mikko Kurttila, Tor-Björn Larsson, Simone Matouch, Peter Nowicki, Rosa Paiva, Luigi Portoghesi, René Smulders, Alan Stevenson, Urmas Tartes, Allan Watt (2005): Identifying, managing and monitoring conflicts between forest biodiversity conservation and other human interests in Europe. *Forest Policy and Economics* 7: 877–890. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2004.04.005>
- O'Brien, Lyla, Agata Konczal, Anna Begemann, Marko Lovrić, Nataša Lovrić, Simon Fleckenstein, Georg Winkel (2025): Forest restoration paradigms and conflicts in Europe. *International Forestry Review* 27, Supplement 1: 8–26.
- Rauchecker, Markus, David Kuhn, Diana Hummel, Thomas Fickel, Thomas Friedrich, Katja Brinkmann, Stefanie Burkhart, Fanny Frick-Trzebitzky, Luca Nitschke (2025): Social-ecological conflicts: An emancipatory conceptual approach by bringing other-than-humans into environmental conflict analysis. *Environment and Planning E: Nature and Space* (online first). <https://doi.org/10.1177/25148486251384764>
- Redpath, Stephen M., R. J. Gutiérrez, Kevin A. Wood, Roger Sidaway, Juliette C. Young (2015): An introduction into conservation conflicts. In: Stephen M. Redpath, R. J. Gutiérrez, Kevin A. Wood, Juliette C. Young (Hg.): *Conflicts in Conservation. Navigating towards solutions*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3–15. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139084574>
- Runkel, Monika (2025): Umweltfreundliches Holzrücken – Pferd und Maschine. Online-Version des Artikels: Runkel, M. (2022): Workshop: Potenziale und Grenzen des Pferdeinsatzes im Wald. *AFZ–DerWald* 2/2022: 12–15, ergänzt durch Doris Hölling (Redaktion waldwissen.net). <https://www.waldwissen.net/de/technik-und-planung/forsttechnik-und-holzernte/waldarbeit/umweltfreundliches-holzruecken-pferd-und-maschine>
- Sarkki, Suomi (2008): Forest dispute and change in Muonio, Northern Finland. *Journal of Northern Studies* 2: 7–27. <https://doi.org/10.36368/jns.v2i2.559>
- Seidl, Rupert, Günther Klöner, Werner Rammer, Franz Essl, Adam Moreno, Mathias Neumann, Stefan Dullinger (2018): Invasive alien pests threaten the carbon stored in Europe's forests. *Nature Communications* 9: 1626. <https://doi.org/10.1038/s41467-018-04096-w>
- Sidaway, Roger (2005): *Resolving environmental disputes. From conflict to consensus*. London: Earthscan.
- Sotirov, Metodi, Mareike Blum, Sabine Storch, Andy Selter, Ulrich Schraml (2017): Do forest policy actors learn through forward-thinking? Conflict and cooperation relating to the past, present and futures of sustainable forest management in Germany. *Forest Policy and Economics* 85: 256–268. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2016.11.011>
- Stein, Ulf, Jenny Tröltzsch, Rodrigo Vidaurre, Hannes Schmitt, Benedict Bueb, Johanna Reineke, Martina Flörke, Thorben Uschan, Frank Herrmann, Stefan Kollet, Niklas Wagner, Ian McNamara, Tom Guggenberger, Matthias Barjenbruch, Thomas Dworak, Guido Schmidt (2024): Auswirkung des Klimawandels auf die Wasserverfügbarkeit – Anpassung an Trockenheit

- und Dürre in Deutschland (WADKlim). Abschlussbericht. Texte 143/2024. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/143_2024_texte_wadklim.pdf
- Trenczek, Thomas, Detlev Berning, Cristina Lenz, Hans-Dieter Will (Hg.) (2017): Mediation und Konfliktmanagement. Baden-Baden: Nomos.
- Wachinger, Gisela, Sarah-Kristina Wist, Johanna Goder, André Schaffrin (Hg.) (2020): Kommunale Planung. Bürger erfolgreich beteiligen. Stuttgart: Kohlhammer.
- Winkel, Georg, Johanna Gleißner, Till Pistorius, Metod Sotirov, Sabine Storch (2011): The sustainably managed forest heats up: Discursive struggles over forest management and climate change in Germany. *Critical Policy Studies* 5(4): 361–390.
<https://doi.org/10.1080/19460171.2011.628002>
- Ziesak, Martin (2004): Entwicklung eines Informationssystems zum bodenschonenden Forstmaschineneinsatz. Dissertation. Lehrstuhl für Forstliche Arbeitswissenschaft und Angewandte Informatik, Technische Universität München.
- zur Bensen, Matthias, Rosa Zubizarreta (2014): Dynamic facilitation. Die erfolgreiche Moderationsmethode für schwierige und verfahrenere Situationen. Weinheim: Beltz.

Danksagung

Wir danken dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) und der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) für die Förderung unseres Forschungsprojekts (Förderkennzeichen: 222ONR234X). Ein herzlicher Dank geht darüber hinaus an die Teilnehmenden der Runden Tische in allen drei Fallbeispielen sowie an die Moderatorinnen Gisela Wachinger und Christine Schmitt. Vielen Dank auch an Katharina Heß für ihre anfängliche Mitarbeit bei der Analyse sowie an Stefanie Steinebach, Henrik Hartmann, Georg Winkel vom Projektbeirat und an Stefanie Burkhart für ihr wertvolles Feedback. Wir danken außerdem Cornelia Reichert für das sorgfältige Lektorat und Harry Kleespies für das Layout dieser Publikation.